

Exklusiv: Christian Constantin über seinen Freund Pascal Couchepin

Nummer 20 – 14. Mai 2009 – 77. Jahrgang
Fr. 5,90 (inkl. MwSt.) – Euro 3,90

DIE WELTWOCHEN



Die Zukunft der Energie

Warum der alternative Weg ein Irrweg ist. *Von Alex Baur*

Was Berlusconi richtig macht

Italiens Premierminister ist beliebter denn je.
Von Stefano Bernasconi

Die erste Venus

Höhlenforscher entdecken die Ur-Frau.
Von Kai Michel





PATEK PHILIPPE
GENEVE

Der Beginn einer unvergänglichen Liebe.



GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Twenty-4® Stahl Ref. 4910/10A,
Ring in Weißgold.



LUZERN ZÜRICH GENEVE LUGANO BERN ST. MORITZ BASEL

Intern

Die Venus von Willendorf ist so etwas wie der erste Star der Weltgeschichte – und das ist für eine alte Dame mit einem Body-Mass-Index von über 50 eine erstaunliche Leistung. Die 25 000 Jahre alte Steinzeitskulptur taucht



Urmutter: Venus von Willendorf.

nicht nur in jedem Schulbuch auf: Mit dem «Willendorf-Award» werden herausragende Studien zur Fettleibigkeit geehrt, Feministinnen verehren in ihr die grosse Urmutter, und vielen Übergewichtigen dient sie als Beweis, dass auch ein schwerer Körper schön sein kann. Nun haben deutsche Archäologen ihre Ur-ahnin gefunden: die noch einmal 10 000 Jahre ältere Venus vom Hohlen Fels. Sie ist die älteste Frauendarstellung der Welt und eines der ältesten Kunstwerke der Menschheit. **Seite 38**

Als *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur vor sechs Jahren – damals noch für die Zeitschrift *GEO* – einen mehrteiligen Report zum Thema «Stromversorgung» in Angriff nahm, stand er der Kernenergie skeptisch bis ablehnend gegenüber. Und er meinte das Thema zu kennen, hatte er doch schon als Teenager mit seinem Stiefvater, einem Atomphysiker, nächtelang über die Gefahren von AKWs gestritten. Nach akribischen Recherchen vor Ort – beim PSI in Würenlingen, im Kernkraftwerk Leibstadt, in den Sondierstollen der Nagra oder bei den Kraftwerken am Grimsel – revidierte unser Autor indes ein Vorurteil nach dem andern. Er kam vielmehr zum Schluss, dass Kernenergie auf absehbare Zeit die mit Abstand sauberste und sicherste Stromquelle ist und dass weder Sonne noch Wind eine realistische Al-

ternative bieten. Aus aktuellem Anlass – die Stadt Zürich will 200 Millionen Franken in Windturbinen investieren, während der Bund die Fördergelder für Alternativenergie verdoppeln will – ging Baur noch einmal kritisch über die Bücher und suchte das Gespräch mit Fachleuten aus beiden Lagern. Dabei stiess er unter anderem auf eine Studie aus Spanien, die plausibel darlegt, warum die staatlichen Subventionen für die (vermeintlichen) Alternativenergien nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind. **Seite 28**

Der Mann braucht Nerven und hat sie auch. Anton Affentranger, Chef des grössten Schweizer Baukonzerns, Implemia, wird seit Monaten vom britischen Hedge-Fund Laxey belagert und persönlich mit Klagen eingedeckt. Er nimmt das sportlich. Und im Interview mit



Resistent: Implemia-Chef Affentranger.

unserem Wirtschaftsredaktor René Lüchinger plaudert er auch über seine Zeit als Banker in den USA und Fernost und darüber, warum der Spanische Bürgerkrieg für seine Familie dramatische Folgen hatte. **Seite 36**

So viel gutaussehende Menschen in einem einzigen Büro hatte unser Autor Holger Christmann schon lange nicht mehr gesehen wie im Londoner Hauptquartier von Net-à-porter. An Natalie Massenet, der Gründerin des global erfolgreichsten Internet-Shops für Designermode, imponierte ihm, dass sie unbeschwert an ihre Idee glaubte – und recht behielt. In der Krise kommt ihr zugute, dass der Markt noch in den Kinderschuhen steckt. Massenet ist überzeugt: Die Zukunft gehört dem Einkauf via Mausclick. **Seite 48**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 203.– (inkl. MwSt.)

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Markus Somm

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Daniel Ammann, Alex Baur, Hanspeter Born, Urs Paul Engeler, Urs Gehrig, Philipp Gut (*Leitung Kultur*), Carmen Gasser, Pierre Heumann (*Naher Osten*), Andreas Kunz, Peter Keller, René Lüchinger (*Leitung Wirtschaft*), Daniele Muscionico, Kai Michel (*Wissenschaft*), Daniela Niederberger, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Eugen Sorg, Mark van Huisseling, Bettina Weber (*Leitung Gesellschaft*)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Max Frenkel, James Hamilton-Paterson, Ludwig Hasler, Jörg Hess, Peter Holenstein, Wolfram Knorr, Albert Kühn, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, André Müller, Franziska K. Müller, Ulf Poschardt, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Oliver Schmuki (*Leserbriefe*), Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Bildredaktion: Catharina Hanreich (*Leitung*), Christophe Bosset, Nadine Hofer (*Assistentin*)

Layout: Catharina Clajus (*Leitung*), Peter Aschmann, Rolf Mundwiler

Infografik: Helmut Germer

Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Gilbert Grap, Beat Kuttinig

Internet: Andreas Thut (*Leitung*)

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsleitung: Maike Juchler

Marketing: Sandra Millius (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Christine Lesnik (*Leitung*), Angela Prisciantelli

Anzeigeninnendienst: Anina Gross, Laura Bazzigher,

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Publicitas web2com AG

Tarife und Buchungen unter: Tel. 044 250 31 91

E-Mail: salesservices.web2com@publicitas.com

Druck: Basler Zeitung, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.



Anpassungsfähigkeit ist ein sicherer Wert in der Zukunft.



Fragen Sie nach detaillierten Unterlagen oder besuchen Sie unsere Showrooms.

USM U. Schärer Söhne AG, CH-3110 Münsingen, Tel. +41 31 720 72 72
Showrooms: Berlin, Bern, Düsseldorf, Hamburg, Mailand, New York, Paris
info@usm.com, www.usm.com

USM
Möbelbausysteme

Obwalden

Die Innerschweizer hatten eine gute Idee mit ihren Sonderzonen. Die *Weltwoche* schliesst einen Vergleich. Von Roger Köppel

Es gal, wie man sich zu der Idee der Obwaldner Behörden stellt, vermögende Steuerzahler mit der Aussicht auf schöne Grundstücke anzulocken (ich finde sie hervorragend): Der Vorstoss steht für die ungebrochene anarchische Kraft des «Kantönligests», der eine Säule der Schweiz und ein Standortvorteil unseres Landes bleibt. Die Obwaldner liefern ein Anschauungsbeispiel für einfallreiche Nischenpolitik und marktwirtschaftliches Denken. Wieso soll man die Top-Verdiener und Reichen kampfflos der Zürcher Goldküste oder dem Archipel Wollerau überlassen? Genau darin liegt ja der Sinn des Föderalismus: Selbst Kantone, die sich an der Peripherie der Wirtschaftszentren behaupten müssen, können durch geschickte Gesetze ihre Nachteile in Qualitäten verwandeln, indem sie etwas besser machen als die andern. Interessant war die erschreckte Reaktion des *Zürcher Tages-Anzeigers*, noch immer ein verlässlicher Seismograf, wenn es um die freudlose Früherkennung gleichheitswidriger Postulate geht. Das Blatt rügt die Obwaldner seit Tagen und bringt jetzt fordernd das Bundesgericht in Lausanne gegen die Schlaumeier aus der Innerschweiz in Stellung («Jeder Obwaldner kann sich vor Bundesgericht gegen die Wohnzonen für Reiche wehren»). Wir rufen unseren Freunden hinter den Bergen zu: Haltet durch und lasst euch nicht unterkriegen. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten sollte die Schweiz an



Anarchische Kraft des «Kantönligests».

ihren Stärken festhalten. Der Wettbewerb der Kantone ist eine ihrer grössten.

Schreiben, was ist» – an dieses Credo hielt sich *Weltwoche*-Autor Urs Paul Engeler, als er den Bericht über die zwei Albaner verfasste, die in ihrer Heimat wegen bestrittener terroristischer Machenschaften unter Anklage stehen, von Interpol (nach wie vor) weltweit zur Verhaftung ausgeschrieben sind und dank einem umstrittenen Entscheid der vormaligen Asylrekurskommission unbehelligt in der Schweiz leben. Die Konstellation ist pikant,

zumal die Schweiz Mitglied von Interpol ist und den albanischen Rechtsstaat über ein Rechtshilfeabkommen explizit anerkennt.

Da die Albaner von sich aus über die *Sonntagszeitung* und die «Rundschau» an die Öffentlichkeit gelangt waren, sahen wir keinen Grund, ihre Identität zu verheimlichen. Illustriert wurde Engeler's Bericht durch eine Reproduktion des nach wie vor gültigen internationalen Haftbefehls, den jedermann auf der Website von Interpol einsehen kann.

Letzte Woche mussten wir uns von der Zürcher Bezirksrichterin Carla Brodbeck eines Besseren belehren lassen: Nach Ansicht der Richterin war es trotz allem unstatthaft, die beiden Albaner beim Namen zu nennen und im Bild zu zeigen. Sachliche Fehler wurden an Engeler's Bericht keine beanstandet – es geht ausschliesslich um die Nichtverheimlichung der Albaner, die nach Ansicht der Richterin einer unnötigen Anprangerung gleichkommt.

Was ist «nötig» für eine korrekt dokumentierte Berichterstattung? Muss die Identität von Personen des öffentlichen Interesses verschleiert werden, auch wenn diese Personen zuvor von sich aus an die Öffentlichkeit getreten sind?

Wir standen vor der Wahl, den Fall durch die Instanzen zu ziehen oder einen Vergleich einzugehen. Hätte die *Weltwoche* die Frage richterlich entscheiden lassen, hätte sie faktisch das gesamte Prozessrisiko getragen. Die Gegenseite hatte dagegen nichts zu verlieren: Richterin Brodbeck hatte den beiden Albanern beziehungsweise ihrem Anwalt unentgeltlichen Rechtsbeistand in Aussicht gestellt.

Vor diesem Hintergrund haben wir auf eine höchstrichterliche Abklärung der Frage verzichtet, ob Leute, die von sich aus an die Öffentlichkeit gehen, sich nicht auch gefallen lassen müssen, öffentlich kritisiert zu werden, und halten fest: Gemäss Richterin Brodbeck ist dies nicht zulässig. Die journalistische Grundsatzfrage bleibt damit freilich offen.

Vergleich

In Sachen

1. Orik Shyti

2. Kreshnik Spahiu

gegen

Weltwoche Verlags AG

betreffend Persönlichkeitsverletzung

Die Parteien schliessen unter Mitwirkung des Gerichts nachfolgenden Vergleich:

1. Die Beklagte erklärt, dass es mit dem in der *Weltwoche* vom 15. November 2007 unter dem Titel «Ein albanisches Märchen» von Urs Paul Engeler und Michael Hoff verfassten Artikel nie die Absicht war, die Kläger in ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Ehre herabzusetzen oder zu

verunglimpfen. Soweit die Kläger oder vereinzelte Dritte diesen Artikel anders verstanden haben sollten, wird dies bedauert.

2. Die Beklagte bezahlt den Klägern eine Genugtuung von je Fr. 8000.–.

3. Die Zahlungen der Beklagten gemäss Ziffer 2 haben spätestens am 31. Mai 2009 zu erfolgen.

4. Die Beklagte verpflichtet sich, den heute von den Parteien geschlossenen Vergleich in der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Weltwoche* nach rechtskräftiger Erledigung des vorliegenden Gerichtsverfahrens an gleicher Stelle wie der beanstandete Artikel, zumindest halbseitig, von der Überschrift «Vergleich» bis und mit Ziffer 8 der Vereinbarung wörtlich zu publizieren.

5. Gestützt auf die Erklärung der Beklagten

unter Ziffer 1 und gestützt auf die Vereinbarung gemäss deren Ziffer 2, 3 und 4 ziehen die Kläger ihre Klage zurück.

6. Die Parteien übernehmen die gerichtlichen Verfahrenskosten je zur Hälfte und verzichten gegenseitig auf Prozessentschädigung.

7. Dieser Vergleich wird für beide Parteien verbindlich, sofern er nicht von einer der Parteien bis zum 11. Mai 2009 (Datum Poststempel) schriftlich beim Gericht widerrufen wird. Stillschweigen gilt als Genehmigung.

8. Mit Erfüllung dieses Vergleichs erklären die Parteien per saldo aller Ansprüche gegenseitig vollständig auseinandergesetzt zu sein.



Hahnenkampf: André Reithebuch. Seite 41



Wunschdenken: Stromzukunft. Seite 28



Dauerbrenner: Berlusconi, Ehefrau. Seite 44



Jugendfreund: Christian Constantin. Seite 12

Aktuell

- 5 Editorial**
- 9 Kommentar** Der Steinbrück von Bern
- 10 Unplausible Kügelchen**
Professor Edzard Ernst erklärt, warum die Homöopathie nicht gefördert werden darf
- 12 Mon ami Pascal** Wer Couchepin kritisiert, hat ihn nicht richtig verstanden
- 13 Es gewinnen die Allerweltsblätter** Das Medienhaus Tamedia kauft gross ein – es fehlen die Ideen
- 14 Essay** Zürich hat nichts aus dem Stocker-Skandal gelernt
- 16 Terrorismus** Im pakistanischen Labyrinth
- 18 Personenkontrolle** Gross, Lüdi, Foiera, Egger, Brunner
- 18 Diplomatie** Wann zeigt sich die USA für die Schweizer Hilfe im Fall Saberi erkenntlich?
- 20 9 Fragen an Boris** Zürcher, Chefökonom Avenir Suisse
- 23 Wirtschaft** Ein drittes Konjunkturprogramm tut not
- 24 Mörgeli** Pro Juventute – Kontra Beerli
- 24 Bodenmann** Schlacht auf der «MSC Melody»
- 25 Medien** 20 Jahre Hochuli
- 25 Wortkontrolle** Willkommen beim «Stresstest»
- 26 Leserbrief**

Hintergrund

28 Milliarden, vom Winde verweht

Milliardenschwere «Ökostrom»-Subventionen sollen die Wirtschaft ankurbeln. Abgelenkt wird vom Kernproblem: Die Schweiz braucht neue AKWs oder Gaskraftwerke

30 Interview

 Das Bundesamt für Energie nimmt Stellung

32 Energie

 Die zehn Lebenslügen der Ökobby

34 Sehr wertvolle Gespräche

Mit viel Geld zu «Peacemakern» ausgebildete Schüler sollen auf dem Pausenplatz Streit schlichten – Experten zweifeln

36 «Es ist Gier und Naivität»

Gespräch mit Implenia-Chef Anton Affentranger über den Clinch des Baukonzerns mit dem Hedge-Fund Laxey

38 Geburt der Venus

Der Sensationsfund der 35 000-jährigen «Venus vom Hohlen Fels» ist die älteste Darstellung der Frau

41 Zimmermann und Gentleman

Der neue Mister Schweiz im Zickenkrieg mit dem Vorgänger

42 Zwietracht unter Freunden

In der Nahostpolitik zeichnen sich Veränderungen im Verhältnis zwischen den USA und Israel ab

44 Berlusconi ärgert seine Gegner

Italiens Premier avanciert zum populären Lieblingsfeind der Wohlmeinenden – zum Leidwesen seiner Gegner

46 Lob der Spitzenmedizin

Chirurg Oswald Oelz über seinen geretteten Freund



High Fashion im Internet: Mode-Unternehmerin Massenet. Seite 48

Interview

48 «Diese Dinge sind natürlich teuer»

Vor neun Jahren gründete Natalie Massenet die Online-Luxus-Boutique Net-à-porter. Heute gehört sie zu den einflussreichsten Frauen im Modebusiness

Stil & Kultur

52 Tonleiter der Erregung «Der Lautenspieler» von Caravaggio

54 Namen Von Heidi Klum bis Carl Hirschmann

55 MvH Mein nackter Lunch

56 Im Gespräch Paul Hunkeler, Chef der Jeansmarke G-Star Raw

57 Luxus Wie das perlt und wie es prickelt

58 Auto Smart Fortwo Cabrio Brabus Xclusive

59 Objekte Blu-Ray-Spieler und 50-Zoll-Plasma-Fernseher von Pioneer

59 Wein Barbera d'Asti, Fratelli Rovero; Barbera d'Alba, Marina Marcarino

60 Bestseller

60 Würde der Vergänglichkeit

Die neuen Erzählungen von Judith Hermann, «Fräuleinwunder» der deutschen Literatur

62 Jazz Andy Sheppard

62 Film «Angels & Demons»

63 Vorsicht, gute Menschen von links

Henryk M. Broder über das Buch des Ex-Linken Jan Fleischhauer

64 Doppelpass Folge 25

66 Hochzeit Lucia Eberle und Jan Ivanovic

Autoren in dieser Ausgabe

Edzard Ernst



Der Deutsche, der an der University of Exeter die weltweit erste Professur für Komplementärmedizin innehat, geht auf Seite 10 hart mit seiner Disziplin ins Gericht. Er zahlt jedem 100 000 Dollar, der ihm die Wirksamkeit der Homöopathie nachweist; bisher hat niemand das Geld abgeholt.

Oswald Oelz



Als Bergsteiger, Expeditionsarzt und Höhenmediziner hat er sich in den 70ern einen Namen gemacht. Auf Seite 46 schreibt der frühere Chefarzt am Zürcher Stadtspital Triemli über seinen Freund Markus Schneider, der nach einer Operation in einem wochenlangen Koma lag.

www.weltwoche.ch

Online-Dossiers

Alle Artikel zu den Themen:

- Umweltpolitik
- Bankgeheimnis / Steuerstreit
- Bundesanwaltschaft
- Sozialhilfe-Missbrauch
- Die Deutschen

finden Sie in unseren Dossiers unter www.weltwoche.ch/dossier

Video: *Weltwoche-Soirée* mit Egon Bahr und Roger Köppel

An der *Weltwoche-Soirée* zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland diskutierte Chefredaktor Roger Köppel mit dem grossen SPD-Politiker, Friedensforscher und Zeitzeugen Egon Bahr über die unglaubliche Erfolgsgeschichte der BRD. Wir haben das Gespräch exklusiv für Abonnenten auf Video aufgezeichnet.

www.weltwoche.ch/video

Platin-Club

Verlosung: Gewinnen Sie 25 × 2 Tickets für das Konzert «Ein Sommernachtstraum» im KKL Luzern
Verlosung: Gewinnen Sie 5 × 2 Tickets für «RAIN - A Tribute To The Beatles» im Musical Theater Basel
Produkt des Monats: 22 % Rabatt auf den FullHD-Projektor Sanyo PLV-Z700 (Fr. 1389.– statt Fr. 1799.–)

Mehr auf www.weltwoche.ch/platinclub

100**Jahre**
Vorsprung durch Technik

Kraftvolle Effizienz auf allen Wegen. Der Audi A4 allroad quattro.

Selbst dort, wo die Strassen nicht asphaltiert sind, ist der neue Audi A4 allroad quattro in seinem Element: Mit seinem permanenten Allradantrieb und der erhöhten Bodenfreiheit bietet er Fahrspass auf allen Strassen und Wegen. Lernen Sie die starke Persönlichkeit des A4 allroad quattro in all ihren Facetten kennen – jetzt auf einer Probefahrt beim Audi-Händler in Ihrer Nähe.

Audi A4 allroad quattro 2.0 TDI: 5-Türer, 125 kW (170 PS), 1968 cm³. Normverbrauch gesamt 6,4 l/100 km. CO₂-Emissionen: 169 g/km (204 g/km: Durchschnitt aller Neuwagen-Modelle). Energieeffizienz-Kategorie B.

* Berechnungsbeispiel, Finanzierung über AMAG Leasing: Audi A4 allroad quattro 2.0 TDI, 75 kW (170 PS). Effektiver Jahreszinssatz 6,59% (Laufzeit 48 Mte./10 000 km/Jahr), Barkaufpreis CHF 59 500.-, Anzahlung 10% CHF 5 950.-, Leasingrate CHF 749.95/Mt., exkl. obligatorischer Vollkasko-Versicherung. Alle Preise inkl. MWSt. Änderungen jederzeit vorbehalten. Die Kreditvergabe ist unzulässig, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

Audi **Swiss** Service Package+

Reparatur 3 Jahre oder 100 000 km
Service 10 Jahre oder 100 000 km
Es gilt jeweils das zuerst Erreichte



Der Steinbrück von Bern

Von Markus Somm — Apartheid für Reiche in Obwalden: Verkehrsminister Leuenberger geisselt per Internet den kleinen Kanton. Der Bundesrat erliegt zentralistischen Sehnsüchten.



Moritz Leuenberger: Angriff auf die Innerschweizer.

Vermutlich noch nie in der Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft hat ein Bundesrat einen kleinen Kanton so beschimpft wie Moritz Leuenberger, Blogger, im Hauptamt Verkehrsminister: Es sei «nichts anderes als Apartheid», was die Obwaldner mit ihrer Raumplanung anstrebten, schrieb der Zürcher in seinen «Notizen zu Politik und Gesellschaft» diese Woche im Internet – und bezeichnete damit die Obwaldner kurzerhand als Rassisten. Darf ein Bundesrat das? Wird das Verkehrsministerium von fortschreitender Steinbrückisierung befallen? Ironisch, dass ausgerechnet Leuenberger sich die Kraftretorik herausnimmt, der Empfindsame, der sich früher als Lordsiegelbewahrer guter Manieren empfahl. Kennt man die Hintergründe, ist sein Verhalten noch irrtierender.

Schöner Wohnen

Übers Wochenende war via *Tages-Anzeiger* bekanntgemacht worden, worüber jeder im kleinen Kanton längst Bescheid wusste. Um gute Steuerzahler anzuziehen, will Obwalden sich die Möglichkeit geben, «Zonen mit hoher Wohnqualität» zu bestimmen. Eine triviale Sache, die fast alle Gemeinden der Schweiz in der einen oder anderen Art praktizieren. Neu ist bloss, dass sich hier ein Kanton neben den Gemeinden das Recht sichern möchte, wert-

volle Lagen einzuzonen. Da Obwalden als ehemaliger Agrarkanton über wenige gute Quartiere verfügt, handelt es sich um neues Bauland. Im Auge hat man Standorte, die gut besonnt sind, eine «Süd-West-Exposition» aufweisen und unter wenig Lärm leiden. Seesicht wäre ideal, Bergpanorama erwünscht, unverbaubare Aussicht ebenfalls. Kurz, es sind Verhältnisse, wie man sie am Zürichberg kennt, einer der teuersten Lagen der Schweiz, wo zum Beispiel der Sozialdemokrat Leuenberger wohnt.

«Vorbildliche Richtplanfestsetzung»

Dass die Rasse oder die Konfession eine Rolle spielen soll, ob man in einer solchen «Zone hoher Wohnqualität» ein Haus bauen darf oder nicht, davon war im Obwaldner Gesetz keine Rede. Einzige Voraussetzung ist: Solvenz. Eine Bedingung, wie sie auch an Leuenbergers Zürichberg gilt. Dass in der Nachbarschaft des empörten Ministers der Quadratmeter so teuer ist, hat nicht zuletzt mit der Zonenordnung zu tun, die eine relativ tiefe Ausnützung vorschreibt, was zu malerischen Gärten mit alten Bäumen führt. Weil das den Boden verknappt, steigen die Preise. Der Zürichberg ist wohl eine der ältesten «Zonen mit hoher Wohnqualität». Warum gönnt Leuenberger den Obwaldnern nicht, was er selber in vollen Zügen geniesst?

Als am Montag die Beamten im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) in Bern auf den neuesten Blog ihres Departementsvorstehers sties- sen, kam Nervosität auf. Den Beamten war bewusst: Der Chef hatte einen Schmarren geschrieben. «Würde er bloss nicht mehr bloggen», knurrte der eine oder andere Beamte. Denn: Was die Obwaldner sich anschickten zu tun, war in Leuenbergers Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (Uvek) seit langem bekannt. Genauer: Leuenberger selber hatte die Apartheid in Obwalden genehmigt. Mehr noch: Auf seinen Antrag hin winkte der Bundesrat den Richtplan des Kantons Obwalden durch. Er musste wissen, worum es ging: In allen Details stand im Entwurf, dass «Zonen mit hoher Wohnqualität» geschaffen werden sollten. Leuenbergers Uvek hatte daran nichts auszusetzen. Man fragte sich bloss, ob Obwalden allenfalls zu viel neues Bauland schuf, und wünschte Rückzonen.

Gönnerhaftes Lob von oben

Ansonsten lobten die Berner Beamten die Kollegen im Waldkanton gönnerhaft: «In diesem Zusammenhang erachten wir auch die Vorgabe an die Gemeinden in Bezug auf die Abstimmung der kommunalen Siedlungsplanung mit dem Service public als sehr zweckmässig.» Bundesbern zwinkerte anerkennend in Richtung Provinz. «Wir betrachten diese Richtplanfestsetzung als vorbildlich», hiess es über Industriezonen.

Und an anderem Ort: «Der Kanton folgt damit auf zweckmässige Art der Empfehlung des ARE und des Bafu (Bundesamt für Umwelt). Wir begrüßen ausdrücklich diese Richtplanfestlegungen, welche der konkreten Umsetzung der strategischen Leitideen des Kantons dienen.» Begeistert, dieser Eindruck stellt sich ein, haben die Beamten im ARE den Obwaldner Richtplan studiert und für gut befunden. Auf der Grundlage dieses Richtplans führten die Obwaldner ihre Apartheid ein.

Bern weiss, was Untertanen brauchen

Dass Leuenberger nicht mehr weiss, was er selber bewilligt hat, ist das eine. So viele Blogs waren zu erledigen. Auch die Schnoddrigkeit ist nebensächlich, wenn auch aufschlussreich. Wie auf dem Pausenplatz suchen sich die Groben die Schwächtigen aus: Steinbrück die kleinen Schweizer; Leuenberger einen der ärmsten Kantone des Landes, der sich bemüht, finanziell über die Runden zu kommen.

Das andere aber – Beunruhigende – ist die ausgeprägte Verachtung für den Föderalismus. Raumplanung ist im Wesentlichen Sache der Kantone. Doch aus jeder Zeile im Bericht des Leuenberger-Departements trieft die kaum zu bändigende Sehnsucht nach Zentralismus: Wir in Bern wollen alles entscheiden und teilen im Amtlichen Blog den Untertanen unsere hohen Beschlüsse mit.

«Unplausible Kügelchen»

Von Edzard Ernst — Am 17. Mai stimmt die Schweiz über die Komplementärmedizin ab. Die Homöopathie steht im Zentrum der Diskussionen. Die Wirkung der alternativen Methoden ist nicht bewiesen. Die Gesundheitsbudgets würden durch diese Placebo-Medizin unnötig strapaziert.



«Betrug am Patienten»: Homöopathikum.

Am 17. Mai wird in der Schweiz über die Komplementärmedizin und damit auch über die Homöopathie abgestimmt. Für den Aussenstehenden mutet das bizarr an. Wie kann man zu einem derartigen Thema Wahlen abhalten? Vielleicht wird man als Nächstes darüber abstimmen, ob Knochenmarktransplantationen okay sind? Fakten, so würde ich meinen, sind nicht demokratisch zu bestimmen. In jedem Fall wäre es wichtig, diesem Votum nicht Meinungen, sondern Daten zugrunde zu legen. Hier also mein Versuch, sie in Sachen Homöopathie zu liefern.

Die Homöopathie geht auf den deutschen Arzt Samuel Hahnemann zurück, der vor etwa 200 Jahren die Grundzüge dieser alternativen Heilkunde formulierte. Sie beruhen im Wesentlichen auf zwei Prinzipien:

1 — Ähnliches wird mit Ähnlichem behandelt: Da die Zwiebel Augen und Nase zum Laufen

bringt — ähnlich wie ein Heuschnupfen —, wird Heuschnupfen mit der Zwiebel behandelt.

2 — Homöopathische Medikamente werden in einer speziellen Art schrittweise verdünnt, bis sie typischerweise kein einziges Molekül der Ausgangssubstanz mehr enthalten.

Beide Prinzipien entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage. Kritiker haben daher zu allen Zeiten die Homöopathie als biologisch unplausibel eingestuft.

Homöopathen reagieren auf eine derart «reduktionistische» Einstellung mit einem milden Lächeln und verweisen auf die «Scheuklappen» der Wissenschaftler. Sie meinen, dass den vermeintlichen Wirkungen der Homöopathika nicht pharmakologische, sondern energetische Prinzipien zugrunde liegen. Allerdings konnte die wissenschaftliche Basis dieser Theorie nie wirklich dargestellt werden. Es ist nach wie vor völlig unklar, welcher Natur

diese Energie sein soll und wie sie, falls sie wirklich existiert, zu Heileffekten im Organismus führen kann.

Als ich als junger Arzt in einem homöopathischen Krankenhaus zu arbeiten begann, war mir klar, dass die Homöopathie eine umstrittene Methode ist. Trotzdem beeindruckte sie mich. Viele Patienten sprachen erstaunlich gut auf die «unplausiblen Kügelchen» an. Was immer die Erklärung sein mochte, die Homöopathie hatte für mich lange Jahre eine gewisse Faszination. Mit anderen Worten, und das erscheint mir in diesem Zusammenhang bedeutsam, ich ging als Befürworter der Homöopathie an die Sache heran.

An der University of Exeter ist es nun seit fast sechzehn Jahren meine Aufgabe, die Homöopathie und andere Formen der Alternativmedizin wissenschaftlich zu erforschen. Hierzu hat mein Team ungezählte Publikationen in medizinischen Fachzeitschriften verfasst und in mehreren Büchern den Kenntnisstand zusammengetragen. Betreffend Homöopathie sind wir zu einem klaren Urteil gekommen: Sie ist nur wirksam, wenn Sie an die Homöopathie glauben.

Zur Homöopathie existieren etwa 200 kontrollierte klinische Studien, die man sich genau anschauen sollte. Man könnte sich die Rosinen herauspicken und so zum Ergebnis kommen, dass einige Studien die Wirksamkeit der Homöopathie stützen. Das wäre natürlich im höchsten Masse irreführend — dennoch wurde es wiederholt von Homöopathen gemacht. Der einzige Weg zu einer haltbaren Aussage ist, das Gesamtmaterial der methodisch besten Studien systematisch zu evaluieren. Mehrere Forschergruppen haben solche Analysen vorgelegt, und nahezu ausnahmslos kam dabei heraus, dass ein Wirksamkeitsnachweis der Homöopathie nicht vorhanden ist. Die jüngste dieser Beurteilungen wurde von einem Schweizer Team in *The Lancet* publiziert. Die Schlussfolgerung ist deutlich: «Die klinischen Effekte der Homöopathie sind Placebo-Effekte.»

Hochgespielte Schwächen der Medizin

Homöopathie-Anhänger sind davon meist wenig beeindruckt. Sie weisen auf Schwächen in diesen Analysen hin und meinen, sie seien aus diesem oder jenem Grund angreifbar. Dazu muss man sagen, dass Schwächen immer existieren. Medizinische Forschung ist selten glas-

klar und lupenrein. Hochgespielt werden Schwächen, obwohl es sich nicht um grundlegende Fehler handelt. Ausserdem liegt nicht eine, sondern liegen über ein Dutzend solcher Analysen vor – die wohl kaum alle völlig von der Hand zu weisen sind. Unweigerlich wird an dieser Stelle auf Tierversuche hingewiesen, die ebenfalls die Homöopathie belegen würden. Dieses Argument ist ebenso beliebt wie falsch. Wenn man die Daten in der Gesamtschau betrachtet, findet man zwar einige positive Studien, insgesamt ähnelt das Bild aber dem der Humanstudien: kein Beweis für Homöopathie.

Wie aber lässt sich erklären, dass viele Menschen dennoch auf homöopathische Therapien ansprechen? Liegt hier nicht ein krasser Widerspruch vor? Ich glaube, nein. Wenn jemand



«Inakzeptabel»: Professor Edzard Ernst.

krank ist, dann erholt er sich meist, egal, ob behandelt oder nicht. Der Volksmund sagt: «Eine Erkältung dauert ohne Arzt sieben Tage und mit eine Woche.» Im Falle einer homöopathischen Therapie kommen weitere Faktoren hinzu. Wenn ein Therapeut Sympathie, Empathie und Zeit aufbringt, kann dies den Placebo-Effekt verstärken. Die Zusammenhänge sind also komplex, aber die Quintessenz ist recht einfach: Die Patient-Homöopath-Beziehung wirkt, das Homöopathikum selbst nicht.

Viele meinen, dass dies reicht: Wer heilt, hat recht! Wen kümmert es, ob ein Placebo-Effekt oder andere Mechanismen eine Rolle spielen? Hauptsache, dem Patienten geht es besser! Dem kann ich nicht zustimmen, aus mehreren Gründen. Zum Beispiel benötige ich kein Placebo, um beim Patienten einen positiven Placebo-Effekt zu erzeugen. Wenn ich ihm ein wirklich effektives Mittel verabreiche, und zwar mit Hin-

gabe, Empathie und Sympathie, dann profitiert er erstens vom Placebo-Effekt und zweitens vom pharmakologischen Effekt des Medikaments. Anders ausgedrückt: Wenn ich ein reines Placebo verschreibe, dann betrüge ich meinen Patienten um den wichtigen Teil des Nutzens.

Besonders problematisch ist, dass eine erfolgreiche Placebo-Therapie voraussetzt, dass der Behandler dem Patienten nicht die Wahrheit sagt. Die Aussage: «Hier, nehmen Sie dieses Scheinmedikament», würde mit Sicherheit eine Wirkung verhindern. Nicht die Wahrheit zu sagen, ist aber unethisch. Lange Rede, kurzer Sinn: Homöopathika sind als Placebo-Therapie in der medizinischen Routine inakzeptabel.

Im Ernstfall lebensgefährlich

Aber die Homöopathie schade doch nicht, wenden manche ein. Auch hier muss ich widersprechen. Zwar sind die Globuli der Homöopathen wohl nebenwirkungsfrei, das bedeutet jedoch nicht, dass die Homöopathie ohne Gefahren ist. Wann immer sie als Alternative zu einer effektiven Therapie bei einer ernstesten Erkrankung eingesetzt wird, kann sie lebensgefährlich werden. Das ist weniger abwegig, als es klingt – schliesslich hat Hahnmann selbst eindrücklich darauf hingewiesen, dass seine Methode keine Ergänzung, sondern eine echte Alternative zur «Schulmedizin» darstelle. Er hat jeden Behandler, der beide Behandlungsweisen kombiniert, als «Verräter» bezeichnet. Es gibt auch Fälle wie den einer Homöopathin, die ihre Krebserkrankung ausschliesslich homöopathisch behandelte und so innerhalb weniger Monate starb.

Viele Homöopathen (und Anthroposophen auch) raten ab, Kinder zu impfen. Stattdessen empfehlen sie die «homöopathische Immunisierung». Es gibt keinen schlüssigen Beleg dafür, dass diese vor Infektionskrankheiten schützt. Hier liegt also der Fall einer Substitution einer effektiven Massnahme (Impfen) durch eine ineffektive Intervention (Homöopathie) vor, die zu ernstesten Gesundheitsfolgen führen kann. Die Masern-Epidemie in der Schweiz zeigt: Verlieren wir als Bevölkerung unsere «Herdenimmunität», sinkt also die nötige Impfquote dadurch, dass Eltern auf derartige Fehlinformationen reinfallen, haben wir es schnell wieder mit längst überwunden geglaubten Krankheiten zu tun.

Mein Fazit? Als Schweizer wüsste ich, wie ich abzustimmen hätte. In jedem Gesundheitssystem sind heute die Mittel knapp. Ich würde mit meiner Stimme dafür plädieren, dass das ohnehin limitierte Budget nicht weiter durch eine Placebo-Medizin geschmälert wird.

Simon Singh, Edzard Ernst: Gesund ohne Pillen – Was kann die Alternativmedizin? Hanser. 398 S., Fr. 37.50

Mehr zum Thema: **Lob der Spitzenmedizin.** Seite 46.



VICTORINOX
SWISS ARMY



INFANTRY VINTAGE
JUBILEE EDITION

Inspiziert von der Einzigartigkeit des Original
Swiss Army Knife, Ihr Begleiter für's Leben

www.victorinoxswissarmy.com

Mon ami Pascal

Von Christian Constantin — Wer Pascal Couchepin kritisiert, hat ihn nicht richtig verstanden. Das Rezept für eine glückliche Zusammenarbeit mit ihm ist ganz einfach.



Verliebt in die Schweiz: Bundesrat Couchepin.

Seit Wochen wird mein Freund Pascal Couchepin von Leuten kritisiert, die ihn überhaupt nicht verstehen. Ich kenne Pascal seit meiner Jugendzeit. Er hat damals seine Karriere als Politiker begonnen und am Gymnasium in Martigny als Aufpasser in der Nachhilfestunde gearbeitet. Dort habe ich ihn kennengelernt, und später, als ich Architekt war und er Bürgermeister und Notar, hatte ich oft mit ihm zu tun. Ich kenne Pascal seit 37 Jahren und weiss genau, wie er funktioniert und wie man mit ihm umgehen muss.

So wie meine Leidenschaft der Fussball ist, ist Pascals Leidenschaft die Politik. Er ist ein Staatsmann, einer, der für die Politik geboren wurde. Mit seinem grossen Herzen und dem ausgeprägten sozialen Gewissen steht er bei den Freisinnigen viel eher links als rechts. Seine Kritiker sagen, Pascal mache, was er wolle, egal, was die anderen ihm raten. Das kann ich nicht bestätigen. Pascal macht, was nötig ist – so ist das. Ich jedenfalls bevorzuge lieber einen Bundesrat, der selber weiss, was richtig ist und was zu tun ist. Oder wollen Sie lieber jemanden, der ständig macht, was die anderen ihm sagen?

Pascal war ein Junge, der sehr schnell auf sich alleine gestellt war, er hatte früh seinen Papa verloren. Er musste stark sein und mehr leisten als die anderen, denn im Wallis werden die besten Posten in Politik und Wirtschaft oft

innerhalb einer Familie vergeben. Dadurch hat Pascal früh eine unglaubliche Auffassungsgabe entwickelt. Er hat Probleme immer viel schneller gesehen als die anderen. Vor allem aber hat er sich nie geschämt, diese Probleme zu benennen, sie zu lösen, dafür einzustehen und gegen alle Widerstände zu verteidigen. Es ist doch so: Die Leute hören viel lieber, dass immer die Sonne scheint. Pascal aber sagt: Morgen wird es vielleicht regnen, und wenn ihr nicht nass werden wollt, müsst ihr halt einen Schirm kaufen.

Das aktuelle Problem ist doch nicht Pascal Couchepin, sondern das kranke Gesundheitssystem. Pascal versucht es zu lösen, so gut es geht – das können Sie mir glauben. Aber schon vor ihm sind viele an diesem Problem gescheitert. Die heutigen Berechnungen der Kosten basieren alle auf einem Durchschnittsalter von vielleicht 72 Jahren. Dabei werden wir mittlerweile weit über 80 Jahre alt. Und warum ist das so? Weil die Menschen eine viel bessere medizinische Versorgung haben und unser Gesundheitswesen eines der besten der Welt ist. Nur steigen damit auch die Ansprüche. Und wenn wir diese erfüllen wollen, kann das nur mit höheren Prämien funktionieren. So, wie Pascal das fordert.

Vergangene Woche las ich in der Zeitung, dass er eine Journalistin mit den Worten «Hau-

en Sie ab!» abgekanzelt hat. Wenn er dies wirklich gesagt hat, tut es ihm leid, da bin ich mir ganz sicher. Denn im Umgang mit der Presse hat er eigentlich grosse Fortschritte gemacht. Er weiss genau, dass man als Politiker mit kritischen Fragen leben muss. Man darf sich darüber aufregen – aber einer Journalistin nicht solche Dinge sagen. Sobald ich ihn treffe, werde ich ihn darauf aufmerksam machen. Aber nochmals: Die schlimmsten Diktatoren sind nicht diejenigen, die laut herumschreien. Sondern die, die leise und unbemerkt schlimmere Dinge anstellen, als eine freche Journalistin abzukanzeln.

Ein Anruf aus dem Bundeshaus

Ich treffe Pascal regelmässig, und wir reden über die verschiedensten Dinge. Ich habe ihn oft gefragt, ob er dies oder das für mich machen könnte. Und er hat mir stets aufrichtig gesagt, was möglich ist und was nicht. Meinen Rat braucht Pascal nicht. Trotzdem hört er mir immer zu, wenn ich ihm meine Meinung sage. Wenn er etwas gut findet, verwendet er es in seiner Arbeit. Da bin ich mir sicher. Und wenn er etwas schlecht findet, wird er es hoffentlich vergessen. Er hat mich auch schon aus dem Bundeshaus angerufen und gesagt: «Christian, heute Morgen habe ich dich im Radio gehört. Was du gesagt hast, fand ich toll, und ich habe es gleich meinen Kollegen weitererzählt.»

Die Frage, ob er mit starken Persönlichkeiten zusammenarbeiten kann – so wie Blocher es im Bundesrat war oder ich es in Martigny bin –, stellt sich doch gar nicht. Er muss mit ihnen zusammenarbeiten! Vielleicht hat Pascal manchmal Mühe, wenn er mit seinen Ideen auf Widerspruch stösst. Wahrscheinlich ist es auch tatsächlich so, dass er eine Lösung längstens im Kopf hat. Aber wenn die Ideen seiner Gegner gut sind, wird er sie gebrauchen. Das habe ich selbst erlebt, als ich Häuser für ihn gebaut habe. Wir hatten oft heftige Auseinandersetzungen. Am Ende haben wir uns aber immer gefunden. Man muss mit ihm hart diskutieren und seine Ideen überzeugt verteidigen. So einfach ist das.

Seine Kritiker sollten wissen: Pascal ist ein Ehrenmann, der zu seinem Wort steht und bei dem man weiss, was man hat. Wenn ich mit ihm rede, spüre ich, dass er richtig verliebt ist in die Schweiz. Auf solche Politiker müssen wir stolz sein. Für das Ende seiner Karriere wünsche ich ihm, dass die Menschen das zu schätzen lernen. Und dass er selber die «Epoche Couchepin» in der Schweizer Politik würdevoll und ebenso grossartig abschliesst, wie sie damals bei uns in Martigny begonnen hat.

Christian Constantin ist Präsident des FC Sion und Architekt in Martigny, dem Heimatort von Pascal Couchepin.

Aufgezeichnet von **Andreas Kunz**

Es gewinnen die Allerweltsblätter

Von Peter Ziegler – Das Zürcher Medienhaus Tamedia kauft gross ein, aber es fehlen die Ideen. In Bern wird die würde- und kraftlose Verschmelzung von *Bund* und *Tagi* vollzogen.



Zwischenlösung: Tamedia-Präsident Supino, Espace-Media-Eigentümer von Graffenried.

Alle auf Tauchstation. Berns führende Politiker und Meinungsmacher mögen sich nicht mehr öffentlich zur Zukunft von *Bund* und *Berner Zeitung* äussern. Sie schweigen, die einen opportunistisch, andere fatalistisch. Sie warten ab, warten auf den bevorstehenden Entscheid des Tamedia-Verwaltungsrats, wie es mit der Berner Presse weitergehen soll. Bei Redaktionsschluss war dieser noch nicht bekannt, doch wird jederzeit damit gerechnet.

Zwar hat viel Lokalprominenz die Petition «Rettet den *Bund*» unterschrieben, doch Vorstellungen, die über romantische Artenschutzübungen hinausgreifen, haben diese Leute bislang nicht vorzulegen vermocht. Ihre Energien scheinen sich darin zu erschöpfen, die Espace-Media-Hauptaktionäre Erwin Reinhardt-Scherz und Charles von Graffenried «vaterlandslose Gesellen» zu schelten, da sie ihre Mediengruppe nach Zürich an die Tamedia verscherbelt und erst noch auf ein spezifisches Mitspracherecht betreffend künftiger Ausgestaltung des Berner Pressewesens verzichtet hätten.

Schwachstrom-Variante

Meine Einschätzung: Der Tamedia mangelt es letztlich an Innovationskraft und verlegerischem Gestaltungswillen, um in Bern ein zukunftsfähiges Projekt zu realisieren. Ein

solches wäre: mit einer Vorwärtsstrategie aus dem resignativen Bern-ist-wirtschaftlich-zuschwach-für-zwei-Zeitungen ausbrechen, die beiden Berner Blätter fusionieren und unter dem Titel *Der Bund* eine publizistisch herausragende Zeitung lancieren.

Ein Qualitätstitel, der über den Polit-, Wirtschafts-, Kultur- und Wissensstandort Bern/Espace Mittelland umfassend berichtete und ihn gleichzeitig gesamtschweizerisch zur Geltung brächte. Eine Zeitung, auf die Bern stolz sein könnte. Ein Blatt, deren führende Redaktoren über jene Unabhängigkeit, Bildung, Kultur und Liberalität verfügten, um fair mit der Ein-Zeitung-Problematik umgehen zu können.

Welch Bereicherung ein solcher *Bund* für Medienlandschaft, Polis und Diskurs wäre! Doch aus dem kühnen Wurf wird wohl nix. Die Tamedia ist stark im Produktezukauf, aber schwach in der Produkteinnovation. Ergo wird sie, sagen Insider, die mutlose Variante wählen: *BZ* bleibt *BZ*, und der *Bund* seinerseits übernimmt mehrheitlich die Inhalte des *Tages-Anzeigers* und konzentriert sich aufs Lokalbernerische, derweil sich der *Tages-Anzeiger* beim *Bund* bedient und so von dessen journalistischen Spitzenleistungen profitiert.

Auf der einen Seite also eine *Berner Zeitung* *BZ*, wohl weiter boulevardisiert, auf der ande-

ren Seite ein *Züri*-lastiges Mischprodukt – und das Ganze verkauft unter dem Etikett «Berner Medienvielfalt». Überzeugend? Kaum. Erstens ist das eine Zwischenlösung; eher früher als später muss unter realökonomischem Druck gleichwohl fusioniert werden, das dann freilich bei noch schwierigeren Bedingungen. Und zweitens ist die in Aussicht gestellte Vielfalt hohl; es fehlt die Substanz.

Es bleibt beim Einheitsbrei

Bei näherer Betrachtung des während der letzten Jahre in Bern von den Medien Dargebotenen stösst man vor allem auf Doubletten. Es gibt kaum ein politisches Geschäft, eine Wahl, ein öffentliches Problem von Belang, bei denen *Bund* und *BZ* unterschiedliche Standpunkte eingenommen haben. Die Vielfalt reduziert sich auf den Zeitungstypus: hier Qualitätstitel, dort Allerweltsblatt. Würde das nun besser? Nein. Denn der *BZ* – in Berns relevanten Kreisen nie sonderlich ernst genommen – fehlt schlicht die journalistische Potenz für jenen charakterstarken Auftritt, der als echter «Beitrag zur Berner Pressevielfalt» wahrgenommen werden könnte. Und das künftige *Züri*-geprägte Mischprodukt *Bund* wird ohnehin kein «richtiges» Berner Blatt mehr sein.

Der Trend ist klar. Er läuft hinaus auf eine Agglomerisierung des Medienstandorts Bern. Der Medienstandort Bern verliert seine publizistische Eigenständigkeit und wird zu Zürichs Medien-Suburb. Bezeichnend hierfür ist die kürzlich erfolgte Ernennung des Chefs einer gemeinsamen Bundeshausredaktion von *TA* und *Bund*, was bedeutet: Dem *Bund* wird die Möglichkeit genommen, seinen nationalen Standortvorteil (Bundeshaus-Nähe) und USP (*unique selling proposition*; Stimme aus der Bundesstadt zur Bundespolitik) auszuspielen. Bezeichnend auch, dass sich der *TA* beim gegenseitigen – bereits vor dem strategischen Entscheid des Tamedia-VR eingeleiteten (!) – Artikelaustausch regelmässig die publizistischen Filetstücke des *Bunds* schnappt.

Gut möglich, dass die Agglomerisierung noch weiter getrieben wird: durch die Einführung einer Bern-Splitausgabe der *Neuen Zürcher Zeitung*. Die *NZZ* hat zwar als Zeitung wie als Gruppe enorme Probleme, als Folge von Missmanagement und verpassten Chancen, aber sie hat auch einen neuen CEO. Der ist mit den Berner (Markt-)Verhältnissen bestens vertraut. Schlägt er in Bern zu, wird es spannend. Für die Berner freilich nur noch als Zuschauer, nicht mehr als Akteure. Eine Situation ohne Würde.

Peter Ziegler war Chefredaktor des *Bunds* von 1989 bis 1995.



Essay

Kuscher bleiben unter sich

Mit einem faulen Trick will der Zürcher Stadtrat die Sozialhilfe in der grössten Schweizer Stadt der politischen Kontrolle entziehen. Er hat nichts, aber auch gar nichts aus dem Debakel von Monika Stocker gelernt.

Von Esther Wyler

Es ist nicht so wichtig für die Bevölkerung, wie die Sozialhilfe funktioniert – wichtig ist, dass sie funktioniert», erklärte der Zürcher Sozialvorsteher Martin Waser (SP) letzte Woche, als er eine geplante Reorganisation der Zürcher Sozialhilfe den Medien vorstellte. Wasers Worte klingen pragmatisch, sind aber auslegungsbedürftig. Selbstverständlich kann man von der Öffentlichkeit nicht erwarten, dass sie sich für verwaltungstechnische Abläufe interessiert. Man kann Wasers Statement aber auch so verstehen: Die Öffentlichkeit und deren Vertreter sollen sich gefälligst aus den Interna der Verwaltung heraushalten, die schon weiss, was sie tut. Denn genau diese Grundhaltung zieht sich wie ein roter Faden durch die geplante Reorganisation.

Kurze Rückblende: Seit 2006 (Spanienfall) machten diverse Medien, voran die *Weltwoche*, eine Reihe von Missbrauchsfällen publik, die gravierende Systemmängel beim (Zürcher) Sozialwesen aufzeigten. Es ging dabei weniger um die banale Tatsache, dass Sozialhilfebezügler nicht schlechtere, aber eben auch nicht bessere Menschen sind als andere, sondern vielmehr um ein eklatantes Desinteresse beim Sozialamt, den grassierenden Missbrauch zu bekämpfen. Zum Teil mangelte es auch an geeigneten Mitteln, zum Teil an der Kontrolle.

Die Debatte erreichte ihren Höhepunkt vor gut einem Jahr mit dem erzwungenen Rücktritt von Departementsvorsteherin Monika Stocker (Grüne), welche die Missstände stets ignorierte, dementierte oder schönredete. Der Tiefpunkt folgte auf dem Fuss mit dem «Blitzgutachten Arbenz», das Stocker vor ihrem Abgang noch schnell (auf Kosten der Steuerzahlenden) in Auftrag gegeben hatte und das zum Schluss kam, die Fürsorgeleistungen würden in Zürich zu fabelhaften 99,9 Prozent korrekt ausgerichtet. Das einzige Problem seien zwei pingelige Controllerinnen, die ihren Job zu ernst genommen hätten. Das Problem schien mit deren fristlosen Entlassung gelöst.

Immerhin gab die Zürcher Stadtregierung bei der Universität St.Gallen eine wissenschaftliche Untersuchung der verwaltungstechnischen Abläufe in Auftrag, die (nach den Wahlen) im Oktober 2008 genau zum gegenteiligen Schluss gelangte: Das System der Zürcher Sozialhilfe biete – so der Expertenbericht – viele Risiken für Pannen, sei zu wenig trans-

parent und ineffizient, weise Doppelspurigkeiten, fragwürdige Kontrollen und einen Wirrwarr an Kompetenzen und Zuständigkeiten auf.

Im Brennpunkt der Kritik stand auch die Sozialbehörde, ein vom Parlament gewähltes vierzehnköpfiges Milizgremium unter dem Präsidium des Departementsvorstehenden. Diese demokratisch legitimierte Behörde überwacht den Vollzug des Gesetzes und übt gegenüber dem Sozialdepartement eine Aufsichts- und Kontrollfunktion aus. Eine umfassende Reform dieser in mancherlei Hinsicht



Fauler Kompromiss: Stadtrat Martin Waser.

überforderten Behörde wird seit Jahren diskutiert.

Tatsache ist allerdings: Die Verantwortung für die publik gewordenen Missstände und Auswüchse im Stadtzürcher Sozialwesen liegt nicht bei der Sozialbehörde, sondern bei den Sozialen Diensten. Jahrelang wurde die interne Fallkontrolle mit Billigung der Direktorin nicht korrekt umgesetzt. Doch statt die externe Kontrolle auszubauen, missbraucht der Stadtrat den dramatischen Befund aus St.Gallen nun, um die Kompetenzen der Sozialbehörde weiter zu beschneiden und diese vollends zu einem Kopfnickergremium mit

demokratischer Alibifunktion zu degradieren. Die Fürsorge entzieht sich damit faktisch jeder politischen Kontrolle. Stadtrat Waser wollte die Sozialbehörde gleich ganz abschaffen. Diese forderte ihrerseits vielmehr eine Verstärkung ihrer Aufsichtsfunktion mit einer vom Sozialdepartement unabhängigen Geschäftsstelle. Man einigte sich schliesslich auf einen «Kompromiss», den Martin Waser und Urs Lauffer (FDP), Vizepräsident der Sozialbehörde, nun einvernehmlich loben.

Demnach soll die Sozialbehörde zwar beibehalten, aber auf neun Mitglieder verkleinert werden und auf eine eigenständige Geschäftsstelle verzichten. Die Behörde soll nur noch über Ausnahmefälle entscheiden und gibt ihre Kontrollfunktion vollends an die Verwaltung ab, die sich nun faktisch selber kontrolliert. Stadtrat Waser bleibt weiterhin Sozialvorsteher und Präsident der Sozialbehörde – ein Doppelmandat, das selbst Monika Stocker als problematisch bezeichnete.

Das ist kein vernünftiger Kompromiss, wie von den meisten Medien voreilig begrüsst, sondern ein fauler. Schade, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit nichts, aber auch gar nichts gelernt hat. Statt sich einer externen Kontrolle zu öffnen, bleiben die sozial Engagierten unter sich. Und die Sozialbehörde hält an ihrem willfährigen Schmuskurs mit der Verwaltung und am Weg des geringsten Widerstands fest. Dabei wäre gerade in Zeiten der Krise eine Instanz bitter nötig, die dem eigenmächtigen Schalten und Walten der Verwaltung, deren Allwissenheits- und Machtanspruch entgegnetreten könnte.

Bleibt anzumerken: Selbst die besten Modelle nützen nichts, wenn eine neue Betriebskultur mit denjenigen Personen kreiert werden soll, die in der Vergangenheit dafür gesorgt haben, dass Missstände tabuisiert, Realitäten ignoriert, bestehende Kontrollsysteme nicht umgesetzt, Kritiker diskriminiert und kaltgestellt worden sind. Klar ist auch: Der Entscheid für eine gute und mutige Personalpolitik, die kritische Kaderleute fördert und Abstand nimmt vom herrschenden Kuschertum, liegt beim Departementsvorsteher.

Esther Wyler: Die Autorin arbeitete als Juristin und Controllerin beim Sozialamt der Stadt Zürich und wurde im Herbst 2007 entlassen, weil sie den «BMW-Skandal» öffentlich gemacht hatte.

**Ich hätte nie gedacht,
dass mein Freund plötzlich Kinder will.**

Weil sich das Leben nicht immer an unsere Pläne hält: Vorsorge und Finanzplanung mit der Nummer 1. Seit über 150 Jahren bürgt Swiss Life für Sicherheit, Qualität und Kontinuität rund um die Vorsorge. Unsere Spezialisten kennen die zentralen Fragen, die sich in jeder Lebenslage stellen, beraten Sie ganzheitlich und erstellen für Sie Vorsorge- und Finanzlösungen, die genau auf Sie abgestimmt sind. Für finanzielle Sicherheit in allen Lagen. Tel. 0848 841 000. www.swisslife.ch



SwissLife
Bereit für die Zukunft.

Im pakistanischen Labyrinth

Von Urs Gehriger — Pakistan ist ins Zentrum der US-Aussenpolitik gerückt. Obama fordert von Islamabad ein entschlossenes Vorgehen gegen die Taliban. Die Chancen auf Erfolg stehen schlecht.



«Wir haben ein neues Kapitel aufgeschlagen»: pakistanische Militäroffensive im Swat-Tal.

Wäre George W. Bush noch im Amt, ginge ein Schrei des Entsetzens durch die Welt. Im Nordwesten Pakistans sind 360 000 Menschen auf der Flucht – eine Dimension, wie man sie seit der Teilung des indischen Subkontinents 1947 nicht gesehen hat. Auslöser ist eine Militäroffensive gegen die Taliban, veranlasst auf intensiven Druck Washingtons. Barack Obama hat es geschafft, die westliche Öffentlichkeit von der Dringlichkeit des Kampfes gegen die expandierenden Extremisten zu überzeugen.

Das ist die gute Nachricht. Die schlechte lautet: Im pakistanischen Volk ist Obamas Botschaft nicht angekommen. Gemäss einer am Montag publizierten Umfrage des International Republican Institute sehen bloss 10 Prozent der Pakistaner im Terrorismus die wichtigste Herausforderung des Landes. Doch dies ist bloss ein Grund, warum die laufenden Militäraktionen gegen Islamisten kaum von Wirkung sein werden. In den Machtzentren des pakistanischen Establishments fehlt es am Willen, den Kampf entschlossen zu führen.

Die Regierung: In einer Mischung aus Leichtsinn und Schwäche hat das Kabinett unter Asif Ali Zardari im Februar das pittoreske Swat-Tal – wegen seiner Höhenlandschaft die «Schweiz Pakistans» genannt – einem lokalen Taliban-Clan überlassen und ihm erlaubt, dort die Scharia einzuführen. Doch statt damit wie erhofft,

die Islamisten zu befrieden, wurde das Territorium von ihnen umgehend als Basis für weitere Ausgriffe genutzt. Innert Tagen rückten sie in die Distrikte Buner und Lower Dir vor. Plötzlich standen die Zeloten keine 100 Kilometer von der Hauptstadt Islamabad entfernt. «Das ist so nahe an Islamabad, wie die East Hamptons von Manhattan entfernt sind», sagt Washingtons Spezialemissär Richard Holbrooke.

Die US-Regierung schaltete auf höchste Alarmstufe. Pakistans Instabilität sei «eine tödliche Gefahr für die Sicherheit unseres Landes und der Welt», warnte Aussenministerin Hillary Clinton. Nur unter Druck lenkte Zardari ein, ein massives Truppenaufgebot nach Swat zu schicken. Dem Credo seiner verstorbenen Ehefrau Benazir Bhutto, welche bis zu ihrer Ermordung 2007 gelobte, rigoros gegen die Islamisten vorzugehen, scheint Präsident Zardari nicht verpflichtet.

«Taliban für regnerische Tage»

Die Armee: In einem ersten Fazit zeigte sich die US-Regierung mit der Militäroffensive nordwestlich von Islamabad zufrieden. «Wir haben ein neues Kapitel aufgeschlagen», so Richard Holbrooke. «Die Aktion übersteigt unsere Erwartungen.» Das Statement sagt weniger aus über das Mass der Erwartungen als über die Effizienz der pakistanischen Armee.

Entgegen den Beteuerungen der Generalität sind die Streitkräfte keineswegs in blendender Verfassung. Im entscheidenden Sektor – dem Anti-Guerilla-Kampf – fehlt es ihr an Kompetenz. Ein halbes Dutzend Offensiven hat die Armee seit 2004 im Grenzgebiet zu Afghanistan lanciert; jedes Mal ist sie mit einer blutigen Nase vom Schlachtfeld zurückgekehrt.

Mehr noch als an Kompetenz fehlt es am Willen. Die Zeiten, als Pakistans Armee eine vorwiegend säkulare Institution war, sind längst vorbei. Die Zahl der fundamental islamisch und anti-amerikanisch gesinnten Offiziere ist seit Jahren im Steigen begriffen. Aus Sicht des Offizierskorps sitzt der Feind nicht in Afghanistan, sondern in Indien. So hat sich die Armeeführung bisher standhaft geweigert, nennenswerte Kontingente von der Ost- an die Westgrenze zu verschieben. Den Kampf gegen die Taliban erachtet man nicht als vitale Aufgabe. Im Gegenteil. Aus Sicht der pakistanischen Strategen sind die bärtigen Fanatiker ein Gegengewicht zum indischen Einfluss in Afghanistan, wo Delhi nach der alliierten Invasion 2001 zahlreiche Konsulate eröffnet hat. «Wir halten uns die Taliban für regnerische Tage warm», erklärt ein ehemaliger Geheimdienstler im Gespräch mit der *Weltwoche*.

Der Geheimdienst: Die grösste Hypothek im Kampf gegen die Islamisten ist der pakistanische Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI), ein undurchsichtiges Geflecht von Seilschaften und Strippenziehern, die ihren Einfluss bis tief ins Lager der Islamisten pflegen. Wiederholt hat die amerikanische National Security Agency Nachrichten abgehört, die belegen, wie ISI-Agenten Islamisten über Angriffe informierten und ihnen so die Flucht ermöglichten. Zudem haben die USA Beweise präsentiert, wonach der ISI bei der Planung des Anschlags auf die indische Botschaft in Kabul letztes Jahr (54 Tote) beteiligt war. In jüngster Zeit häufen sich Treffen zwischen ISI-Offizieren und Taliban-Kommandanten. Dabei geht es um die Intensivierung der Angriffe vor den afghanischen Wahlen im August. Unter allen Umständen soll verhindert werden, dass das Land am Hindukusch zur Ruhe kommt.

Derweil lässt sich Islamabad den Kampf gegen die Islamisten teuer bezahlen. Die US-Regierung schlägt dem Kongress vor, in den nächsten fünf Jahren 7,5 Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe im Umfang von 3 Milliarden zu sprechen. Angst vor weiterem Ausgreifen der Taliban hat die Gegner des Kredits weitgehend verstummen lassen. Was das Geld wert ist, wird man erst in einigen Monaten sehen. Möglicherweise wird das Feuer von Swat eingedämmt. Wirklich löschen will es kaum jemand. «Pakistan hängt vom amerikanischen Geld ab, welches die Spiele mit den Taliban generieren», sagt ein pakistanischer Ex-Geheimdienstler. «Ohne US-Dollars würde die pakistanische Wirtschaft kollabieren.» ○

The greatest luxury in life is time.
Savour every second.



BREITLING *for* BENTLEY

Leistungsstärke. Luxus. Exklusivität. Breitling und Bentley räumen beide der Perfektion absolute Priorität ein: kompromisslose Zuverlässigkeit und Präzision, Prestige und Performance. In den Breitling Ateliers wie in den Bentley Werkstätten im englischen Crewe spielt modernste Technologie mit altherwürdiger Tradition perfekt zusammen. Die aus Leidenschaft für schöne Mechanik entstandene Kollektion Breitling *for* Bentley bietet Kennern eine reichhaltige Palette von Ausnahmehronografen an. In sämtlichen Handgelenkinstrumenten ticken von Uhrmachern auf dem Zenit ihres Könnens akribisch zusammengesetzte Hochleistungsmotoren. Ästhetisches Raffinement pur. Denn Zeit ist der wahre Luxus!



The Bentley 6.75

Automatikchronograf mit Grossdatum. Variabler Tachometer (exklusives System).
Offiziell COSC-zertifizierter Chronometer.

breitlingforbentley.com

Gross, Lüdi, Foiera, Egger, Brunner

Mit den Vorwürfen, die *Weltwoche* verbreite «infame Lügen» und arbeite mit «bewussten Irreführungen», reagierte ein empfindlicher SP-Nationalrat **Andreas Gross** auf die kleine Notiz von vergangener Woche, wonach er sich selbst auf der Homepage des Bundes als «Parlamentarier mit der höchsten Präsenz im Ratsaal» des Europarats feiere und dass er im Ausland jährlich Rekordspesen von rund 170 000 Steuerfranken verursache. Gross wollte die Berner Parlamentsdienste gar verpflichten, eine offizielle Gegendarstellung zu verfassen. Ein solches Unterfangen wäre allerdings als Schuss nach hinten losgegangen. Zwar hat Gross die peinliche Selbstlobeshymne nicht selbst eingetippt; sie wurde jedoch auf dessen ausdrücklichen «Wunsch» hin verfasst, wie die Europaratsdelegation bestätigt. Bereits im letzten Jahr hatte Gross seine häufige Anwesenheit in Strassburg mit einem offiziellen Communiqué publik machen wollen. Dass der politische Globetrotter die Schweiz rund 170 000 Franken kostet, kann ebenfalls nicht bestritten werden: Der stolze Betrag umfasst Gross' internationale Reisekosten, seine Taggeldentschädigungen (von 425 bis 850 Franken pro Tag) sowie Spesenpauschalen von 370 Franken pro Tag. Zugestehen möchten wir Gross trotzdem, dass seine Rekordabsenzen im Nationalrat nicht wegen einfachen Schwänzens zustande kommen, sondern durch seinen «Auftrag der Eidgenossenschaft» am Europarat in Strassburg. (upe)

Ein klein wenig aufgeregt waren die drei Studenten und SVP-Mitglieder **Michael Lüdi**, **Tiziano Foiera** und **Patric Egger**, als sie am vergangenen Donnerstag an der Universität Zürich zum «SVP-Studentenlunch» einluden. Wird überhaupt jemand kommen? Oder müssen sie an der traditionell linken Uni sogar mit einem Störmanöver rechnen? Vorsichtshalber hatten die Initianten ihre Kundgebung durch reine Mundpropaganda beworben und darauf verzichtet, am schwarzen Brett der Uni eine Einladung aufzuhängen. Die Befürchtungen verflüchtigten sich allerdings schnell – bald sassen mehr als zwanzig Interessierte (etwa ein Drittel davon Frauen) im Säli des Restaurants «Oberhof» und diskutierten bei *Züri-Gschnätzlets mit Nüdeli* ihre zukünftigen Politprojekte. SVP-Präsident **Toni Brunner**, als Stargast geladen, erzählte bereitwillig aus dem politischen Nähkästchen und nahm den Anlass gewohnt locker: «Wären wir nur zu viert gewesen, hätten wir halt einen Jass geklopft. Am besten den *Zwicker*, einen typischen SVP-Jass: Man hat weder Freunde noch Partner, sondern nur Gegner.» (aku)

Schlechter Lohn

Von **Urs Gehriger** — Nach der Schweizer Hilfe für die Freilassung der Journalistin **Saberi** stellt sich die Frage: Wann zeigen sich die USA erkenntlich?



Hohe Priorität: Journalistin Saberi.

Mit der Freilassung der iranisch-amerikanischen Journalistin **Roxana Saberi** räumt Teheran ein Hindernis für die von US-Präsident **Barack Obama** initiierte Politik der offenen Tür aus dem Weg. Gemäss Einschätzungen aus dem US-Aussenministerium ist dem Entscheid ein Ringen zwischen Hardlinern und Befürwortern einer vorsichtigen Annäherung vorausgegangen. Die überraschend schnelle Freilassung der 32-jährigen Frau, die wegen angeblicher Spionage zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, könne als Etappenerfolg der Moderaten gelesen werden.

Da im Iran der religiöse Führer, **Ajatollah Chamenei**, in staatspolitisch wichtigen Fragen das letzte Wort hat, ist die Revision des Urteils bemerkenswert. Offenbar, so ein Offizieller des State Department, habe man auf höchster Ebene erkannt, dass substanzielle US-Avancen ausbleiben würden, solange der Fall Saberi, der in den USA grosse Popularität erlangt hat, ungelöst bleibe.

Während die Umstände der Freilassung undurchsichtig bleiben, steht fest, dass die Schweiz als Schutzmacht der USA im Iran hinter den Kulissen einen substanziellen Beitrag geleistet hat. US-Aussenministerin **Hillary Clinton** dankte offiziell für die Hilfe: Bis zur Freilassung habe man eng mit den Schweizer Kollegen in Teheran zusammengearbeitet.

Involviert waren allerdings nicht einzig EDA-Vertreter im Iran. Über verschiedene Kanäle hat das Schweizer Aussenministerium immer wieder im Fall Saberi vorgesprochen. Sowohl in Kontakten zwischen Bundesrätin **Micheline Calmy-Rey** mit ihrem iranischen Kollegen, Aussenminister **Mottaki** als auch auf der Ebene der Staatssekretäre, sei der Fall mit hoher Priorität behandelt worden, wie Quellen bestätigen, die von der Angelegenheit detaillierte Kenntnis haben.

Einen positiven Beitrag für die nun erfolgte Wende hat offenbar Bundespräsident **Hans-Rudolf Merz** geleistet. Dies anlässlich des in der Öffentlichkeit heftig kritisierten Treffens mit dem iranischen Präsidenten **Achmadinedschad** am 19. April in Genf. Dabei legte Merz dar, dass die Angelegenheit einer Annäherung zwischen den USA und dem Iran im Weg stehe und mahnte an, der Journalistin einen fairen Prozess zu garantieren.

Inwiefern sich **Achmadinedschad** von den Worten des Schweizer Regierungschefs hat beeinflussen lassen, steht im Raum. Tatsache ist, dass er sich am Tag nach dem Treffen mit Merz in die Justiz einschaltete und das Oberste Gericht bat, das Strafmass gegen Saberi nochmals zu überdenken.

Nach der Hilfeleistung der Schweiz stellt sich einmal mehr die Frage, ob und wie sich der Einsatz der Schweiz in den bilateralen Beziehungen zu den USA niederschlägt. Zwar hat die Schweiz «nur» pflichtbewusst ihr Mandat als Schutzmacht ausgeführt. Es braucht allerdings nicht viel Fantasie, auszumalen, dass man sich im EDA erhofft, das mustergültige Benehmen – **Guantánamo-Häftlinge**, **Türkei-Armenien-Annäherung**, **Iran-Diplomatie** etc. – werde irgendwann mit einer substanziellen Geste Washingtons honoriert.

Anzeichen dafür sind derzeit nicht zu erkennen. Zeitgleich mit der Befreiung Saberis ist die Schweiz in Washington wieder auf einer Sündenliste aufgetaucht. Fünfzig US-Parlamentarier haben zwei Gesetze lanciert, welche härtere Sanktionen gegen den Iran fordern. Damit sollen ausländische Firmen belangt werden, welche Iran Benzin liefern. Namentlich erwähnt wird einzig die Schweiz. Konkret geht es um die Firmen **Glencore**, **Trafigura** und **Vito**, allesamt multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz. Es sei «besonders bedenklich», heisst in einem Gesetzesentwurf, dass diese Firmen «mehr als 80 Prozent» der iranischen Benzinimporte abdecken. ○

Boris Zürcher

Für den Chefökonom der Denkfabrik Avenir Suisse ist die Personenfreizügigkeit in der Krise kein Problem. Im Gegenteil: Nur dank Zuwanderung gebe es wieder Stabilität.



«Wir können uns doch jetzt nicht einfach abschotten»: Volkswirtschaftler Zürcher.

In einem Buch von letztem Herbst bezeichneten Sie die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften als sehr positiv für die Schweiz. Mittlerweile hat die Krise Einzug gehalten. Wird Ihr Befund standhalten?

Absolut. In einer Krise können die Leute dank der Personenfreizügigkeit unser Land auch wieder verlassen, oder sie wollen gar nicht mehr erst kommen. Man benötigt ja einen gültigen Arbeitsvertrag, um in der Schweiz arbeiten zu können.

Braucht es keine Zuwanderungs-Kontingente, wie das Bundesrätin Widmer-Schlumpf jetzt fordert?

Nein. Formell sind die Kriterien zwar erfüllt, um die Ventilklausel anzuwenden, die zu einer Kontingentierung führen würde. Praktisch aber ist das nutzlos. Über das vergangene halbe Jahr hinweg haben

wir gesehen, dass bereits ein deutlicher Rückgang der Zuwanderung stattfindet.

Doch die Arbeitslosigkeit steigt. Das zeigt: Die Zugewanderten bleiben hier, wenn sie ihren Job verlieren.

Die Personenfreizügigkeit basiert auf den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Gegenseitigkeit. Mit ihrer Arbeit in der Schweiz haben die Zuwanderer Rechte erworben. Durch ihre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung besitzen sie nun auch einen Anspruch auf Leistungen.

Hätte man die Ventilklausel vor einem Jahr eingeführt, wäre die Zahl der arbeitslosen Zuwanderer heute kleiner.

Im Nachhinein lässt sich das einfach behaupten. Die Krise hat die Schweiz erst im Spätherbst erfasst. Im vergangenen Frühling, als man die Klausel allenfalls hätte einführen müssen, hat die Wirtschaft ge-

brummt und der Bedarf an Arbeitskräften war gross. Eine Kontingentierung wäre auf Ablehnung gestossen.

Im Abstimmungswahlkampf zur Personenfreizügigkeit wurde behauptet, die gutqualifizierten Zuwanderer würden im Fall einer Rezession wieder in ihr Land zurückkehren. Das erweist sich nun als falsch. Haben die Befürworter gelogen?

Man hat klar gesagt, dass die Zuwanderer die gleichen Rechte am Arbeitsmarkt erwerben wie wir. Die zwei Prinzipien Gegenseitigkeit und Nichtdiskriminierung sind fundamental. Daran gibt es nichts zu rütteln. Jetzt kann man nicht im Nachhinein kommen und etwas rückgängig machen, was jahrelang für Wachstum sorgte.

Mit der Ventilklausel hat man im Abstimmungswahlkampf die Ängstlichen und Zweifelnden beruhigt. Wenn man sie in der Krise nicht einsetzt, ist das ungläubig.

Die Ventilklausel würde das Problem gar nicht lösen. Mit einer Kontingentierung könnten wir Arbeitsstellen nicht besetzen, die nach wie vor gebraucht werden. Wir können uns doch jetzt nicht einfach abschotten und aus einem arbeitslosen Schweizer Banker eine Pflegefachfrau machen.

Von den neu Zugewanderten haben 58 Prozent einen tertiären Bildungsabschluss – eine Quote, die doppelt so hoch ist wie unter Schweizern. Wie wird sich das in der Krise auswirken?

Die jetzige Krise ist derart tief, dass auch gut Qualifizierte arbeitslos werden. Üblicherweise wirkt sich eine Rezession hauptsächlich auf schlechter Qualifizierte aus.

Dann behalten die hochqualifizierten Zuwanderer ihren Job und die vergleichsweise schlechter qualifizierten Schweizer verlieren ihn – oder arbeiten bald unter einem ausländischen Chef?

Die Schweizer sind ja auch hervorragend qualifiziert. Die Statistiken zeigen, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko der Schweizer im Vergleich zu den Zugewanderten kleiner ist. Was wichtig ist: Die Zuwanderung war immer komplementär. Es ging nie darum, einen Schweizer zu ersetzen. Im Gegenteil: Durch die ausländischen Arbeitskräfte wurden viele Stellen für Schweizer überhaupt erst geschaffen.

Wie wird sich der Arbeitsmarkt entwickeln?

Ich befürchte eine Zunahme auf bis zu 250 000 Arbeitslose in einem Jahr. Langfristig übertüncht die Krise ein fundamentales Problem: die demografische Entwicklung. In zehn Jahren werden wir auf dem Arbeitsmarkt ein riesiges Problem haben, das wir nur durch eine weitere Zuwanderung lösen können.

Die Fragen stellte **Andreas Kunz**.

Business Class für alle.

Mit den aktuellen Business Class Preisen von Austrian Airlines, inkl. preisgekröntem Gourmetmenüs von DO&CO, flachen Schlaf-Fauteuils mit 195cm Bettlänge und wertvollen Statusmeilen bei Miles & More. Via Wien, Europas schnellsten Transferflughafen.

www.austrian.com

Bangkok, Delhi, Dubai, Kairo* ab **CHF 2800.–**

Peking ab **CHF 2900.–** | **Tokio** ab **CHF 3800.–**

Austrian 
We fly for your smile.

 **VIE** Vienna
International
Airport
Open For New Horizons.

Weitere Destinationen und Buchungen auf www.austrian.com oder in Ihrem Reisebüro. *Die Flüge nach Kairo sind mit grosszügigen Komfortsitzen (keine Schlaf-Fauteuils) ausgestattet. Preisbeispiele für Abflüge ab Zürich, inkl. Retourflug, Taxen und Gebühren, exkl. Ticket Service Charge. Tarif unterliegt Spezialbedingungen. Platzzahl beschränkt. Änderungen vorbehalten. Buchungszeitraum bis 15. Juni 2009, Reisezeitraum bis 31. August 2009. Sammeln Sie Meilen mit Miles & More.



**Nicht für Jungs, sondern für Männer.
Der neue Golf GTI ab sofort bei Ihrem Volkswagen Partner.**

17-Zoll-Alufelgen, rote Bremssättel, verchromte Abgas-Endrohre – den Respekt, den der neue Golf GTI optisch einfordert, rechtfertigt er durch seine Performance. Sein 2.0-l-Turbo-TSI®-Motor mit 210 PS (155 kW)* beschleunigt in 6.9 Sekunden von 0 auf 100 km/h und bremst in 2.9 Sekunden von 100 auf 0 km/h. Bei nur 7.3 l/100 km (170 g CO₂/km). Damit dann nur der Fahrspass den Puls erhöht, sorgen ABS, ESP und XDS für maximale Sicherheit. Jetzt liegt es am Fahrer, die legendäre GTI-Fahrdynamik zu erleben. Bereits für 40'800 Franken.

Erst wenn ein Auto Innovationen allen zugänglich macht, ist es: Das Auto.



Das Auto.

Hilfe für die Konjunktur

Von Bernd Schips — Ein drittes Stabilisierungsprogramm gegen die Rezession tut not. Investitionen in bauliche Infrastruktur und Programme für arbeitslose Jugendliche sind vordringlich.



Belebung der Konjunktur.

Die Nationalbank hat schrittweise Voraussetzungen für eine Überwindung der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase geschaffen. Die Wachstumsabschwächung geht aber in erster Linie auf einen praktisch weltweiten «Einbruch» der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zurück. In Volkswirtschaften, deren Wertschöpfung in hohem Masse vom Export verarbeiteter Produkte, von Dienstleistungen oder von Rohstoffen abhängt, sind deshalb die Folgen dieser Entwicklung besonders spürbar. Nur in wenigen Wirtschaftsbereichen gibt es Anzeichen dafür, dass eine exzessive Ausweitung der Produktionskapazitäten für einen Teil des eingetretenen Nachfragerückgangs verantwortlich ist.

In einer derartigen Situation wird die Geldpolitik weitgehend wirkungslos. Mit diskretionären fiskalpolitischen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen kann jedoch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt werden. Entscheidend für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen solcher fiskalpolitischer Massnahmen ist jedoch, dass die makroökonomische Situation richtig eingeschätzt wird, strukturelle Fehlentwicklungen dadurch nicht «konserviert» werden und die entstehenden Budgetdefizite entweder durch Rücklagen gedeckt sind oder später wieder kompensiert werden.

Der Bundesrat und die eidgenössischen Räte haben auf die sich gegen Ende 2008 abzeichnende Rezession relativ rasch reagiert. Die beschlossenen Massnahmen, wie beispielsweise das beabsichtigte zeitliche Vorziehen ohnehin geplanter Investitionen und Unterhaltsarbeiten, eine verlängerte Kurzarbeitsdauer und verbesserte Absicherungsmöglichkeiten für Exporte, sind dabei durchaus geeignet, den aus ökonomischer Sicht grundsätzlich von Konjunkturbelebungsprogrammen zu erfüllenden Kriterien zu genügen.

Vorzugsweise sind im Rahmen derartiger Stabilisierungsprogramme Projekte in Angriff zu nehmen, die nicht nur zu einer kurzfristigen Belebung der Nachfrage führen, sondern langfristig auch das Wachstumspotenzial erhöhen. Besonders geeignet sind deshalb Investitionen in die bauliche Infrastruktur, in die Forschung sowie in die Aus- und Weiterbildung. Das Problem ist dabei – zumindest in der Schweiz – nicht so sehr die Finanzierung dieser Vorhaben, als vielmehr die zeitgerechte Verfügbarkeit geeigneter Projekte. Planung, Bewilligung, Ausschreibung und Vergabe benötigen immer einige Zeit. Die Ankündigung von Massnahmen zur Konjunkturbelebung darf daher nicht mit dem Zeitpunkt der praktischen Umsetzung verwechselt werden. Ein Grossteil der im In- und Ausland zur Wieder-

belebung der Konjunktur geplanten Massnahmen wird deshalb auch erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 effektiv Wirkung entfalten können. Zusammen mit dem absehbaren Ende des Lagerabbaus könnte es daher durchaus sein, dass in der zweiten Jahreshälfte auch die konjunkturelle Talsohle durchschritten werden kann. Einige wenige Indikatoren geben bereits Anlass für eine solche optimistische Lagebeurteilung.

Ist deshalb die Vorbereitung eines dritten Stabilisierungsprogramms überhaupt noch notwendig? Angesichts der anhaltenden Unsicherheiten über die weitere Entwicklung kann die Antwort auf diese Frage nur «Ja» lauten. Gerade mit der Vorbereitung und der Bekanntmachung der Details eines solchen Programms für den Eventualfall einer noch länger dauernden rezessiven Phase können die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger entscheidend zur Rückgewinnung des Vertrauens von Investoren und Konsumenten in die wirtschaftliche Zukunft beitragen.

Projekte für arbeitslose Jugendliche

Das dritte Stabilisierungsprogramm sollte auch langfristig lohnende Massnahmen für Problemgruppen, wie arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene ohne feste Anstellung, beinhalten. Die bereits laufende Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung sollte im Rahmen eines dritten Programms aber noch stärker als bisher mit Weiterqualifizierungsaktivitäten verbunden werden. Einnahmeseitige Massnahmen sollten jedoch nur für Haushalte mit einer gegen null tendierenden Sparquote ins Auge gefasst werden. Deren erhoffte Multiplikatorwirkung ist wesentlich geringer als ausgabeseitig ansetzende Massnahmen. Es ist deshalb auch zu prüfen, ob der geplante vorzeitige Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer nicht noch etwas aufgeschoben und zur Finanzierung der aus konjunktureller Sicht notwendig gewordenen Ausgaben verwendet werden kann.

Prozyklisch wirkende Abgabenerhöhungen, etwa bei der Arbeitslosenversicherung oder zur Beseitigung von Unterdeckungen bei Pensionskassen, sollten jedoch unbedingt zeitlich aufgeschoben werden und müssen auch im Rahmen des ins Auge gefassten dritten Programms explizit angesprochen werden.

Für den Fall einer doch noch länger dauernden Rezessionsphase sollte auch schon jetzt darüber nachgedacht werden, wie das dann aufgrund abnehmender Steuererträge erfahrungsgemäss zu erwartende prozyklische Einnahmeverhalten und Ausgabegebaren der Kantone und Gemeinden weitgehend verhindert werden kann.

Bernd Schips ist emeritierter Professor für Nationalökonomie an der ETH Zürich und leitete bis 2005 die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH.

Pro Juventute – Kontra Beerli

Von Christoph Mörgeli

Das der freisinnige Filz ein florierendes Unternehmen in eine Non-Profit-Gesellschaft verwandeln und schliesslich in den Ruin führen kann, hat der Sturzflug der Swissair bewiesen. Nun hat der gleiche Parteifilz auch noch die Non-Profit-Stiftung Pro Juventute an die Wand gefahren: Sie schreibt pro Jahr drei bis fünf Millionen Franken Verlust. Das Grounding steht kurz bevor.

Als der frühere FDP-Bundesrat Rudolf Friedrich das Stiftungsratspräsidium von Pro Juventute niederlegte, rückte seine Parteikollegin Christine Beerli nach. Was Beerli für diesen Job qualifizierte ausser ihr Parteibuch, war nicht erkennbar: In den zwölf Jahren als Berner Ständerätin hat sie exakt einen familienpolitischen Vorstoss eingereicht.

Mit dem Einzug Beerlis begann der systematische Niedergang dieser 1912 gegründeten Traditionsstiftung. Wer von Vetternwirtschaft profitiert, betreibt sie meist auch selber. So stellte die Bielerin Christine Beerli ihre Freundin Simone Bonjour an und eröffnete für sie eine neue, entsprechend kostenintensive Pro Juventute-Zweigstelle in ... Biel. Zuvor gab es nur Büros in Zürich, Lausanne und Lugano.

Beerli kam, sah und entliess. 2002 wurde der bisherige Finanzchef von Pro Juventute entlassen. An mangelnder Leistung kann es nicht gelegen haben: Während dessen vierzehnjähriger Amtszeit waren Einnahmen und Ausgaben noch im Lot. Kräftig mitgemischt hatte Brigitte Zünd, zuvor Präsidentin der Stiftungskommission und Stiftungsrätin. Dieser «Non-Profit-Job» brachte ihr offensichtlich zu wenig ein. Von nun an bezog Zünd als Vorsitzende der Geschäftsleitung einen Lohn von rund 200 000 Franken. Bezahlt aus Spendengeldern und ermöglicht durch die unentgeltliche Arbeit Tausender von freiwilligen Pro Juventute-Helfern.

Seither ging es mit den Finanzen bergab. Um Geld reinzuholen, liess Beerli 2007 den Hauptsitz an der Zürcher Seehofstrasse veräussern. Für fünfzig bis sechzig Millionen. Man brauche dieses Gebäude nicht, flötete sie, schliesslich wolle Pro Juventute armen Kindern helfen. Mittlerweile schrumpfte das Stiftungskapital auf fünfzehn Millionen Franken. Beerli rief nach mehr öffentlichen Geldern. *Et voilà:* FDP-Parteifreund und Innenminister Pascal Couchepin sorgte für einen gesetzlichen Bundesbeitrag von 2,7 Millionen Franken pro Jahr. Der Filz lebt.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Schlacht auf der «MSC Melody»

Von Peter Bodenmann — Wenn wirklich einmal Piraten ein Schweizer Schiff angreifen, zeigt sich, wie überflüssig unsere Armee ist.



Wehrhaft: Kreuzfahrtschiff «MSC Melody».

Hat nicht Bundesrätin Micheline Calmy-Rey vor einiger Zeit verlangt, Schweizer Spezialeinheiten müssten Schweizer Schiffe vor Überfällen schützen?

Hat sich nicht Ueli Maurer, der Chef der besten Armee der Welt, geweigert, seine Truppen in See stechen zu lassen? Weil die Armee erstens südlich von Gondo nichts verloren habe. Zweitens für Einsätze auf Schiffen nicht trainiert und ausgerüstet sei. Und es drittens an einer gesetzlichen Grundlage fehle.

Die «MSC Melody» ist ein etwas älteres Kreuzfahrtschiff. Es gehört der italienisch-schweizerischen Reederei Crociere mit Sitz im steuergünstigen Genf. Ein Schiff also, das die Schweizer Armee nach dem Willen unserer Genfer Aussenministerin hätte beschützen sollen.

Der böse Zufall will es, dass am 26. April 2009 sechs Piraten die «MSC Melody» kapern wollten. Der Kapitän sass an der Bar und unterhielt sich angeregt mit zwei Damen. Der beweglichste der Piraten kletterte derweil an einem Seil die Bordwand hoch, als eine aufmerksame Passagierin den Angriff entdeckte und Alarm schlug. Die auf Deck anwesenden Passagiere griffen mutig zur Selbsthilfe. Sie bewarfen den angreifenden Piraten mit Stühlen und Tischen. Dieser fiel nach erfolgten Treffern ins Wasser. Die nervösen Piraten schossen in die Luft und kurz darauf wenig treffsicher auf Passagiere. Zwei von ihnen wurden leicht verletzt.

Erst als die Schlacht auf der «MSC Melody» entschieden war, tauchten deren Sicherheitsleute auf. Mit Wasser aus Feuerwehrschräuchen und trefferlosen Pistolenschüssen begleiteten sie den Abzug der bewaffneten Fischer.

Der Kapitän versuchte, bevor er abtauchte, den Vorfall in ein für ihn günstigeres Licht zu rücken. Die Reederei ihrerseits widersprach den anderslautenden Darstellungen der Passagiere – unter denen sich auch Schweizer befanden – nicht.

Eigentlich eine Geschichte für Fernsehstationen. Die rasenden Reporter des Schweizer Fernsehens hätten sich mit einem Heli auf die «MSC Melody» einfliegen lassen müssen. Um vor Ort zusammen mit den Passagieren deren Heldentaten zu rekonstruieren. Dies unter tatkräftiger Mithilfe des multifunktionalen Sicherheitsexperten Albert Stahel von der ETH Zürich. Um dann die Bilder von der Schlacht auf der «MSC Melody» durch Ueli Maurer kommentieren zu lassen.

Nix da. Ein Trost bleibt: Die Armee ist nachweislich so überflüssig wie ein Kropf. Selbst für asymmetrische maritime Schlachten genügen in der Regel ein paar Stühle und Tische. Und wenn nicht, hilft auch etwas Lösegeld. Unerfahrene Schweizer Rambo-Truppen hätten nur das Leben von Passagieren und erbosten Fischern gefährdet.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

20 Jahre Hochuli

Von Kurt W. Zimmermann — Das wichtigste Arbeitsinstrument vieler Zeitungsjournalisten bleibt leider der Kalender.



Berlin, 9. November 1989: Die Mauer ist offen.

Am schlimmsten wird es am 9. November. Dann jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 20. Mal. Ähnlich schlimm wird es am 6. Juni. Dann jährt sich die Landung der Alliierten in der Normandie zum 65. Mal. Vermutlich ist beiderorts Barack Obama dabei.

Zeitungsjournalisten und Politiker haben eines gemeinsam. Sie fühlen sich von Gedenk- und Jahrestagen magisch angezogen. Bei Politikern ist das in ihrem Hang zur Symbolik begründet. Bei den Journalisten ist es eher ihre Faulheit. Denn Gedenktage haben den Vorteil, dass man den passenden Artikel schon 20 oder 65 Jahre vorher planen kann.

Wir müssen leider ein Vorurteil über Journalisten korrigieren. Sie seien dynamisch und spontan, denken viele. Das Gegenteil ist wahr. Sie sind oft bürokratische Verwalter.

Viele Journalisten haben Angst vor dem Unvorhersehbaren. Sie hassen das Unerwartete. Sie lieben das Planbare, das Vorhersehbare. Doch planbar ist nur, was nicht aktuell ist.

Bizarre Szenen auf Redaktionen erlebt man immer dann, wenn gegen Abend unerwartete Aktualität eintritt, ein Erdbeben etwa oder ein Attentat. Wenn nun der diensthabende Blattmacher dafür zwei bis drei Seiten freischaufeln will, dann erntet er lauten Protest. Seine Kollegen wehren sich dagegen, dass ihr tagelang vorbereiteter Artikel zu 20 Jahren Mauerfall oder 65 Jahren Normandie aus dem Blatt gekippt werden soll.

Weil Journalisten das Spontane hassen und das Planbare lieben, betreiben sie Agenda-Journalismus bis zur Absurdität.

Nur ein paar Beispiele aus diesen Tagen. Da ist der 20. Todestag von Kleinbauer René Hochuli (*Aargauer Zeitung*). Da ist es ein Jahr her seit dem Erdbeben in Sichuan (*Basler Zeitung*). Da sind 20 Jahre Alpeninitiative (*Berner Zeitung*). Da gibt es 100 Jahre den Bergführerverband (*Zürichsee-Zeitung*). Da sind es 60 Jahre Strassburger Staatenbund (NZZ).

Besonders krass haben wir diese Fixierung bei den ersten 100 Tagen von Obama erlebt. Jedes Käseblättchen lieferte eine Würdigung dieser Zufälligkeit des Dezimalsystems. Nicht Aktualität bestimmt in diesen Fällen die Themenauswahl, sondern verstaubte Kalendermentalität.

Das deutschsprachige Verzeichnis der Jahrestage von 2009 hat 144 Seiten. Allein in dieser Woche werden Dutzende fällig, etwa 100 Jahre Giro d'Italia, 60 Jahre Berlin-Blockade und der 125. Todestag von Bedrich Smetana. Überall hauen nun die publizistischen Bürokraten von langer Hand in die Tasten. Das ist reiner Convenience-Journalismus, vorgekocht wie Fischstäbchen und Gulaschsuppe.

Rückgrat der Publizistik

Die Nachschau auf das Gestern und Vorges-tern ergänzt sich regelmässig mit der genauso blutarmen Vorschau auf das Morgen und Übermorgen. Vorschauen auf Parlamentsdebatten, auf Generalversammlungen und Staatsbesuche gehören ebenso sehr wie Jahrestage zum Rückgrat der Publizistik. Auch hier gibt es im Regelfall nichts zu erzählen, was Spannung verspricht. Dennoch lieben die Lehnstuhl-Redaktoren diese vorhersehbare Langeweile über alles.

Die risikoarme Grundhaltung vieler Journalisten hat den Zeitungen in den letzten Jahren einen zunehmenden Nachteil in der Konkurrenz mit dem Internet eingetragen. Internetjournalisten sind jung und schnell. Ihre Arbeit ist stark durch Spontaneität getrieben. Zeitungsjournalisten sind älter und langsamer. Ihre Arbeit ist stark von der Agenda getrieben.

Wenn nun Verleger davon reden, Zeitungen müssten als Gegenreaktion auf das Netz vermehrt Hintergrund, Analyse und Vertiefung bieten, ist das höchst riskant. Sie erheben damit die Beschaulichkeit und Betulichkeit ihrer Journalisten erst recht zum Programm.

Die planen dann einen Artikel über das 15-Jahr-Jubiläum des Internets.

Willkommen beim «Stresstest»!

Von Peter Keller

Nebst den verpufften Milliarden hat uns die Finanzkrise immerhin ein paar neue Wörter beschert: «Subprime»-Papiere (eine Bezeichnung für minderwertige Hypothekendarlehen), «Bad Banks» (eine staatliche Mülldeponie für ebendiese Ramschhypotheken) und jetzt noch den «Stresstest». Beim «Stresstest» handelt es sich nicht um eine Beziehungskrise zwischen Melanie Winiger und ihrem hip-hoppenden Ehegatten, sondern um ein Krisenszenario, dem Grossbanken unterworfen werden. Was passiert, wenn die Rezession länger dauert und sich verschärft? Kollabiert die Bank? Braucht sie eine weitere Milliardeninfusion?

Obamas Finanzministerium hat die amerikanischen Banken eben einem 45-tägigen «Stresstest» unterzogen. Dabei wurden die Bücher der neunzehn grössten Institute durchwuselt. Allein die Bank of America würde laut Abschlussbericht eine weitere Kapitalspritze von 33,9 Milliarden Dollar benötigen. Oder noch weit mehr: Man munkelt, die US-Banken hätten das ursprüngliche Ergebnis mit der Regierung heruntergehandelt.

Wie bei Modewörtern üblich, stürzt sich umgehend eine Horde von Zeitgeisthyänen auf den Begriff. Der freisinnige Zürcher Kantonsrat Urs Lauffer warnt bereits vor einem kommenden «Stresstest» für die Sozialhilfe. Die Krise lasse einen massiven Anstieg von Fürsorgefällen befürchten. Schon heute beziehen in der Stadt Zürich vier Prozent der schweizerischen und acht Prozent der ausländischen Bevölkerung Sozialhilfe. Die hohe Zahl von Ausländern erklärt sich der *Tages-Anzeiger* mit dem kontinuierlichen Abbau unqualifizierter Arbeitsplätze in den letzten Jahren. Vielleicht müsste man diesen politisch korrekten Ansatz auch einmal einem «Stresstest» unterziehen. Schliesslich werden jetzt im Finanzsektor vor allem qualifizierte Jobs freigesetzt.

Doch wie fit ist der Schweizer Finanzplatz? Da beruhigt der HSG-Bankenprofessor Beat Bernet in der «Tagesschau»: «Wir kennen solche Stresstests schon seit vielen Jahren.» Damit wäre auch gerade geklärt, was diese Prüfungen wert sind: nichts – oder je nach Betrachtungsweise sechzig Milliarden Franken. Denn die UBS rasselte trotz hochgelobter Aufsichtsverfahren in den Abgrund – und verschaffte so jedem Schweizer Steuerzahler seinen ganz persönlichen «Stresstest».

Im Internet

www.weltwoche.ch/wortkontrolle

Leserbriefe

«Für jedes neugebastelte Gesetzlein müssen vorher zehn bestehende in gleicher Sache abgeschafft werden.» *Jürg Aeschbacher*

Sechs gute Wünsche

Nr. 19 – «Hymne auf die Deutschen»;
Verschiedene Autoren zum 60. Geburtstag
der Bundesrepublik

Gesetzt den Fall, ich wäre eine gute Fee, würde ich Deutschland sechs Dinge erfüllen: 1. Den Politikbetreibenden für mindestens zwei Legislaturperioden die Politik wegnehmen. 2. Für jedes neugebastelte Gesetzlein müssen vorher zehn bestehende Gesetze in der gleichen Sache abgeschafft werden. 3. Es darf maximal so viel Geld ausgegeben werden, wie eingenommen wird. Nicht umgekehrt. 4. Nach zwei Legislaturperioden ist Schluss. Für Parlament und Regierung. Dann wird neu gewählt. 5. Die einzelnen Bundesländer erhalten die Freiheit, Steuersätze in eigener Regie festzulegen. 6. Bei wichtigen Entscheiden, die Bundesländer wie ganz Deutschland betreffen, hat das Volk das letzte Wort. Punkt 1 bis 4 wünsche ich mir auch für die Schweiz.

Jürg Aeschbacher, Moosseedorf

Vorgestern ruft Ihr Abonnementverkäufer bei mir an – er macht seine Sache gut! Nein, es sei nicht mehr Christoph Blocher (bis vor kurzem real, jetzt symbolisch gemeint), der unliebsame Artikel respektive Autoren persönlich zensuriert, nein, es arbeiten nun neue Autoren am Heft. Ich war überredet – ich gebe der *Weltwoche* nochmals eine Chance. Es fehlt mir nämlich ein gutes und erst noch grafisch ansprechendes Heft. Schon heute die erste Ausgabe im Briefkasten – ein Lob auf die Deutschen. Hellblond, blauäugig, arisch, sexy – wie interessant ... Und dann präsentiert sich das Heft genau wie fast jede andere Ausgabe der *Weltwoche*, die ich vor die Augen bekam – testosterontriefend verklemmt, (Macht-)Männer und sexy Girls ... Ein Ausrutscher ist Frau Merkel, aber an ihr führte in dieser Nummer über Deutschland ja kein Weg vorbei, blöd. Nun bin ich eben eine Frau, ich glaube nicht unattraktiv, aber bestimmt nicht *molto sexy*, sondern eine von

den Zürcherinnen, die die unterschwellige Negativdeutung erhalten (MvH). Kurz, ich bin einfach eine Frau wie Sie, die Sie alle nicht *molto sexy* Männer sind. Da ich als ernstzunehmender Mensch für Sie aber weder als Thema noch als Typ existiere, kann ich leider auch Ihr Heft nicht abonnieren – dies können ja nur



«Die breite Erfahrung des Wirtschaftsprüfers hält Ihnen unzählige Wege offen.»

Prof. Dr. Giorgio Behr, dipl. Wirtschaftsprüfer,
Unternehmer, Schaffhausen

Giorgio Behr geb. 1948 | verheiratet, Vater von vier Söhnen | 1970 Tenente fucilieri di montagna | 1971 Lizenziat & Handelsschullehrer | 1972 Berufseinstieg bei KPMG | 1973 Aufstieg NLA Handball als Spieler | 1974 Doktorat & Vorprüfung WP | 1975 Rechtsanwalt | 1978 dipl. Wirtschaftsprüfer | 1979 Aufstieg NLB Handball als Trainer, dann Forschungsaufenthalt University of Washington, Seattle | 1982 Controlling & Restrukturierungen in der Industrie | 1984 Aufbau eigener Beratungsgesellschaft, später Verkauf an Partner | 1989 Professur Universität St. Gallen | 1991 Aufbau des eigenen Industrieunternehmens | 2005 Schweizer Meister Handball als Präsident | 2006 Präsident der Treuhand-Kammer | Hobbys: Tauchen, Museums-Bahn und Handball |

Wirtschaftsprüfung: Wo Karrieren geboren werden. www.treuhand-kammer.ch

existierende Personen. Schade! Pech gehabt.
Martina Hauser, Zürich

Oberflächliche Übereinkunft

Nr. 19 – «Die trotzig Haltung – sie steckt den Deutschen im Blut»; Interview von Roger Köppel mit Althistoriker Alexander Demandt

Ich bin sprachlos. Ich beobachte die Entwicklung der *Weltwoche* zwar seit Jahren mit Skepsis, entdecke aber immer wieder mit Freude «andere», alternative Sichtweisen in Beiträgen

einzelner Autoren und weiss in diesem Sinne den diskursiven Beitrag des Blattes innerhalb der Schweizer Medienlandschaft durchaus zu schätzen. Das Interview von Herrn Köppel mit Alexander Demandt ist jedoch unkritisch und in jedem Sinne problematisch. Ich mag die Deutschen genauso sehr oder wenig wie ich alle anderen Nationalitäten mag, einschliesslich der Schweizer. Doch was leistet ein Interview wie «Die trotzig Haltung (...)» anderes, als Allgemeinplätze zu festigen, ahistorisch zu vereinfachen, zu verallgemeinern und zu beschönigen? Das ist in jeder Hinsicht bedauernd, denn anscheinend fehlt es Herrn Köppel ja nicht am nötigen Wissen für intellektuelle Tiefe und kritische Distanz. Aber der Wille, in die Tiefe zu gehen, der ein Kraftakt wie kaum ein anderer ist, keine Frage, der fehlt, und so verweilen, der Fragende und der Antwortende in allgemeiner Übereinkunft an der Oberfläche; dort, wo scheinbar keine Widersprüche lauern, dabei ist sie der gefährlichste aller geistigen Zustände. *Reto Thüring, Basel*

Geknechtete Sinne

Nr. 19 – «Mein Gott, ihr versteht's nicht besser»; Interview mit Helmut Thoma über RTL

Helmut Thoma meint, Goethe hätte «an RTL grossen Spass gehabt». Das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Denn einerseits war Goethe sehr sorgsam mit seiner Zeit («Ich habe nichts betrieben, was meine Zeit rauben könnte») und hätte sicher beklagt, dass die heutigen Deutschen (noch mehr als die Schweizer) dem Fernsehen immer mehr Zeit opfern – im Durchschnitt 225 Minuten, fast vier Stunden pro Tag – und immer weniger Zeit für eigene Aktivitäten haben, zum Beispiel das Lesen. Andererseits hat er in den

«Zahmen Xenien» geradezu prophetisch vor der Faszination des Visuellen gewarnt: «Dummes Zeug kann man viel reden, kann es auch schreiben, wird weder Leib noch Seele töten, es wird alles beim Alten bleiben. Dummes aber, vors Auge gestellt, hat ein magisches Recht; weil es die Sinne gefesselt hält, bleibt der Geist ein Knecht.» Diese Faszination der bewegten Bilder wird von den Anbietern im Fernsehen, im Netz und von Computerspielen ausgenutzt, um schon Kinder an Apparate zu fesseln – ganz nach dem Motto von Helmut

Thoma auf seiner Website: «Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler.»
Friedrich Denk, Zürich

Ungewöhnliche Argumente

Nr. 19 – «Das Zaffaraya-Prinzip»; Urs Paul Engeler über die «Progr»-Abstimmung

Ausgerechnet die Volkspartei hat ein Problem damit, dass das Volk entscheiden soll. Sie hat versucht, den Urnengang mit juristischen Mitteln zu verhindern. Obwohl ihr das misslungen ist, will sie dem Stimmvolk weismachen, die Abstimmung sei nicht rechtens. Was wäre passiert, wenn der Stadtrat, wie von der SVP gefordert, dem Volk nur eine statt zwei Varianten vorgelegt hätte? Bei einem Nein wäre eine zweite Abstimmung nötig gewesen, was Kosten verursacht hätte. Der Stadtrat hat also pragmatisch und im Sinne der Steuerzahler entschieden. Ein detaillierter Finanzierungsplan liegt ebenso vor wie ein Plan für die professionelle Sanierung. Die Spendenzusagen laufen über eine unabhängige Anwaltskanzlei, und die meisten Spender sind namentlich bekannt. Einer von ihnen ist Hansjörg Wyss, ein milliardenschwerer Unternehmer. Es sei daran erinnert: Die Künstler wollen das Gebäude weder besetzen noch geschenkt bekommen, sondern kaufen. *Carola Ertle, Bern*

Alles andere als ein böser Lügner

Nr. 19 – «Vogel im Sinkflug»; Peter Hartmann über den verkannten GC-Sportchef

Mit grosser Freude habe ich Ihren Bericht zu Erich Vogel, dem Doyen des Schweizer Fussballs schlechthin, zur Kenntnis genommen. Endlich einmal kein Boulevard-Bashing und keine Blossstellung von GC und dem Verwaltungsrat, dem Vogel als aktiver Geschäftsführer angehört. Sie haben sein Wesen im leider viel zu kurzen Bericht sehr gut erfasst und differenziert dargestellt. Dafür erhalten Sie von einem leidenden und oftmals belächelten, treuen GC-Fan ein Lob. Vogels Engagement für den Schweizer Fussball, insbesondere für GC, ist beachtlich und ist zu würdigen. Andersdenkende Persönlichkeiten mit grossem Erfolg werden in der Schweiz nicht geliebt, sie stören – vor allem im Fussball, wo es zu viele Schwätzer, sprich Schönwetterfussballer, gibt. *Stefan Schläppi, Wettingen*

Nachholbedarf

Nr. 19 – «Vier Stunden Schlaf reichen»; Wortkontrolle von Peter Keller

Gut möglich, dass es eine Anzahl Leute gibt, die mit drei, vier Stunden Schlaf auskommen und trotzdem voll leistungsfähig sind. Es fragt sich bloss, in was für Abständen sie diese drei, vier Stunden schlafen: jeweils nach acht, nach zehn oder zwölf Stunden Wachsein? Möglich

wäre auch: Es sind Künstler, und sie können während Sitzungen, die den grössten Teil der «Arbeitszeit» besetzen, mit offenen Augen Schlaf nachholen, ohne dass es am Tisch jemand merkt. *Philipp Bohren, Aarau*

Zu wenig hofiert?

Nr. 19 – «Nicht mein Hotel»; Mark van Huisseling über das «Dolder Grand»

«Nicht mein Hotel», schreibt MvH in seiner Spalte über das «Dolder Grand». Ein bisschen Frustration, scheint mir, schimmert aus seinen Zeilen. Hat man ihn zu wenig hofiert? Der sonst geistreiche Kolumnist bringt nichts, was nicht schon bekrittelt worden ist. Seit das grandiose Hotel seine elegante Pforte geöffnet hat, hört man die Schnöder, Besserwisser, ungefragten Ratgeber und wohlmeinenden Schulterklopper. Wir haben die Nase voll davon; denn sie stammen alle aus Zürich, wo sich mit Neid gepaarte zwinglianische Biederkeit mit dem grossen Wurf schwertut. Ausserhalb, vor allem im Ausland, ist das Echo fantastisch. Wen schert es, wenn MvH mit der Grösse und dem Hochdeutsch sprechenden jungen Personal Mühe hat? Neu ist sein Satz: «Anmassung trifft Geld.» Die Wortwahl fällt auf ihn zurück. Er war eingeladen, zahlte keinen Rappen Geld, logierte auch nicht im «Dolder», nutzte den Anlass unfein, um Häme über den Eigentümer zu schütten, und weiss angeblich über alles Bescheid, sogar über die Belegungsrate. Das ist anmassend. Und er verärgert viele *Weltwoche*-Leser, die auf das «Dolder Grand» stolz sind. *Ulrich Kohli, Rechtsanwalt, Zürich*

Gut ausgebildete Wrestler

Nr. 19 – «Nacht der Giganten»; Urs Gehriger über die Magie des Wrestling-Sports

In der Bildlegende «Inszenierung des Todes als Parodie» ist Ihnen ein Fehler unterlaufen: Nicht Hornswoggle stemmt einen zwergwüchsigen Witzbold, sondern Finley, der Vater des Zwergwüchsigen, stemmt seinen Sohn Hornswoggle hoch, um ihn dann auf Marc Henry («the strongest man in the world») zu werfen. Zudem wäre es aufschlussreich gewesen, wenn der Autor ein paar Worte zur Ausbildung der Wrestler verloren hätte. Diese müssen – zumindest in den USA – in Judo, Karate, Ringen und Boxen eine klar bestimmte Fertigkeit erlangen, ehe sie von einer renommierten Wrestling-Schule aufgenommen werden. Und schliesslich wäre nebst der WWE auch ihre seit 2001 höchst erfolgreiche Konkurrentin, die TNA, zu erwähnen. Sonst aber herzliche Gratulation zum äusserst lebendigen, anschaulichen Artikel! *Alfred H. Wettstein, Zollikerberg*

Der Leser hat recht, wir entschuldigen uns für die Verwechslung in der erwähnten Bildlegende. *Redaktion Weltwoche*

Valiant.
Zum Glück
nur in der
Schweiz.

Aus gutem
Grund.

www.valiant.ch

VALIANT

Milliarden, vom Winde verweht

Milliardenschwere Subventionen für «Ökostrom» sollen die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Die Gelder nützen langfristig weder der Natur noch der Wirtschaft. Sie lenken bloss vom Kernproblem ab: Die Schweiz braucht dringend neue AKWs oder Gaskraftwerke. *Von Alex Baur*



Launen der Witterung: Windräder in Grenchen SO.

Eigentlich kann man da nur staunen. 200 Millionen Franken will die Zürcher Stadtregierung in den nächsten Jahren für «Windenergieanlagen im In- und Ausland» ausgeben – und weil man nicht über konkrete Projekte und Standortfragen diskutieren mag, wird einfach ein Blankoscheck gefordert. Die Zürcher Stimmbürger, die am kommenden Wochenende über die Vorlage befinden sollen, wissen nicht, ob sie mit ihrem Geld Windräder auf dem Irchel oder in Island subventionieren. Wird die Stadt selber bauen oder bauen lassen? Es scheint niemanden zu kümmern. Lediglich die SVP opponiert, lauwarm. Womit das 200-Millionen-Ding so gut wie angenommen ist.

Die einzigen Abstimmungsplakate, die in Zürich ausgehängt wurden, stammen von den Elektrizitätswerken (EWZ) und preisen die Vorteile von «Naturstrom». Die Wähler werden auf ihre eigenen Kosten beworben. Sie zahlen

auch die kürzlich an alle Stimmbürger persönlich versandten Briefe, in denen der Stadtrat den Stimmbürgern seine «umwelt- und klimaverträglich ausgerichtete Energiezukunft» empfiehlt. Ohne jede Widerrede. Wenn es um «Öko» geht, ist in Zürich vieles erlaubt.

Von der Immobilienblase zur Ökoblase

Die Limmatstadt liegt zweifellos im Trend. In den letzten Jahrzehnten haben die Regierungen rund um den Erdball Milliardenbeträge investiert in «erneuerbare Energieträger» wie Wind, Sonne oder Biogas. Gemäss einer Studie der Uno werden mit alternativen Stromquellen jährlich weltweit 148 Milliarden Dollar umgesetzt. Allein in Deutschland generierte die boomende Solarbranche (jährliche Wachstumsrate 50 Prozent) im Vorjahr 7 Milliarden Euro Umsatz. Die Wirtschaftskrise hat die Hausse nicht gebremst, im Gegenteil. US-Prä-

sident Barack Obama will zur Wiederbelebung der Wirtschaft 150 Milliarden Dollar in Alternativenenergie pumpen, die EU zieht mit Förderprogrammen für *green jobs* nach.

Vereinzelt gibt es Stimmen, die vor den Folgen eines staatlich finanzierten Ökobooms warnen, der sich zum Bumerang entwickeln könnte. Auch am Anfang der Immobilienblase in den USA standen gutgemeinte, mit Steuermilliarden finanzierte Programme, die den Erwerb von Eigenheimen mit günstigen Krediten und Subventionen unterstützten. Die Förderprogramme lösten einen Boom aus, der, wie jeder künstlich erzeugte Rausch, schliesslich in einen schrecklichen Kater mündete.

Dass diese Warnungen mehr als graue Theorie sind, zeigt eine Studie der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid*. Der spanische Staat steckte seit der Jahrtausendwende 28,67 Milliarden Euro in die Förderung von Wind-, Son-

nen- und Miniwasserkraftwerken. Die Schaffung «nachhaltiger» Jobs gehörte zu den Zielen. Tatsächlich wurden 50 200 neue Stellen geschaffen. Doch die Studie kommt zum Schluss, dass jeder *green job* im Schnitt 2,2 Stellen in der realen Wirtschaft zerstörte. Der Grund: Zum einen fehlte das in massiv überbewertete und ineffiziente Energiequellen investierte Geld an anderen Orten. Daneben hatte eine Verteuerung der Elektrizität, welche die Programme indirekt zur Folge hatten, eine Abwanderung der Schwerindustrie ins Ausland provoziert.

Damit nicht genug: 65 Prozent der geschaffenen *green jobs* fielen bei der Bauwirtschaft an und gingen gleich wieder verloren, nachdem die Projekte erstellt worden waren, 25 Prozent der Stellen betrafen wenig produktive Bereiche wie Bürokratie, Marketing und Engineering, lediglich 10 Prozent der Jobs bezogen sich auf die eigentliche Produktion von Strom.

Ein Promille Strom aus Sonne und Wind

Trotzdem wurde die Elektrizität in Spanien im gleichen Zeitraum knapper und um durchschnittlich 50 Prozent teurer; würde man die Subventionen auf den Konsumenten überwälzen, stiege der Strompreis um weitere 31 Prozent. Zwar wurde mehr Kapazität an alternativer Energie installiert, als ursprünglich geplant war – doch in der Praxis lieferten die Wind- und Solaranlagen weniger und vor allem nicht dann, wenn der Strom rar und teuer war. In der Euphorie um den «grünen» Strom hatte man es versäumt, in die konventionellen Werke zu investieren. Es kam zu Lieferengpässen.

In der Schweiz, wo die Stromversorgung bislang vorrangig Sache von Gemeinden und Kantonen war, gibt es zahllose Kässeli zur Förderung alternativer Stromquellen. Allein im Kanton Zürich zählte die NZZ im letzten Jahr neben den kantonalen insgesamt 29 kommunale Förderprogramme. Seit dem 1. Januar 2009 werden die alternativen Stromlieferanten zudem bundesweit über den Strompreis mit jährlich bis zu 320 Millionen Franken subventioniert. Die Resultate sind ernüchternd: Sonne und Wind decken bislang nicht einmal ein Promille unseres Strombedarfs.

Trotzdem fordern Politiker von links bis rechts weitere Subventionen. Das Fördergesetz des Bundes war noch nicht einmal in Kraft, als die Ökolobby und das Bundesamt für Energie (BFE) eine Verdoppelung der Fördergelder verlangten. Die Berner Regierung fordert in einer Standesinitiative gar eine unbegrenzte Subventionierung aller Alternativanlagen. Das Anliegen wird auch vom Bauernverband unterstützt. Die in der Bewirtschaftung von Subventionen geübten Landwirte haben auch beim Ökogeschäft die Nase weit vorne. Die Alternativenergie ist schon lange kein Tummelfeld für Idealisten mehr. Der Bund sichert den Investoren eine risikofreie Eigenkapitalrendite von brutto zehn Prozent.



60 Prozent des Schweizer Stroms: Wasserkraft.



50 Prozent teurer: Solaranlage in Spanien.



Steigende Nachfrage: Atomkraftwerk.

Kaum beziffern lassen sich die versteckten Quersubventionierungen. Die enormen bürokratischen und technischen Aufwendungen, die eine Vielzahl von Minikraftwerken verursachen, werden voll auf die grossen Elektrizitätswerke abgewälzt. Bei einem durchschnittlichen Marktpreis von 8 Rappen pro kWh müssen die Werke den subventionierten «Ökostrom» überdies für 12 Rappen pro kWh aufkaufen – egal, ob sie für den Strom Verwendung finden oder nicht. Für die Alternativen gibt es derweil keinerlei Anreiz, den Strom zu produzieren, wann er gebraucht wird. Währenddem Konsumenten Hoch- und Niedertarife verrechnet werden, kassieren sie rund um die Uhr den vollen Tarif.

Hier liegt das Hauptproblem von Wind- und Sonnenenergie, das keine Subvention aus der Welt zu schaffen vermag: Die Produktion ist den Launen der Witterung vollumfänglich ausgeliefert. Diese Unwägbarkeit macht den von Marketingspezialisten zum «Qualitätsprodukt» hochstilisierten «Ökostrom» wirtschaftlich betrachtet praktisch wertlos. Die Planung und Steuerung einer möglichst konstanten Produktion ist ein zentrales Element der Stromversorgung. Nach den Gesetzen der Physik

Jeder *green job* zerstörte im Schnitt 2,2 Stellen in der realen Wirtschaft.

muss immer exakt so viel Strom ins Netz eingespeist werden, wie gerade verbraucht wird – nicht mehr und nicht weniger. Aber Solar- und Windstrom fliesst nicht dann, wenn er sollte, sondern dann, wenn Wind und Wetter wollen.

Besser sieht es aus mit der sogenannten Biomasse, womit in der Regel Holz oder Naturgas gemeint sind. In Kehrlichtverbrennungsanlagen, die sich als Lieferanten von Strom und Wärme bewährt haben, wird heute schon im grossen Stil Holz zur Energiegewinnung verbrannt. Wie schon bei der Landwirtschaft führen die Subventionen zu absurden Marktverzerrungen: Sie treiben den Preis für das Brennmaterial in die Höhe – und machen die nicht subventionierten Heizkraftwerke unrentabel. Wer einmal am Subventionstropf hängt, hat eine Garantie auf Besitzstandswahrung.

Die als zukunftssträchtige Neuheit gepriesene Windenergie ist fast so alt wie die menschliche Zivilisation. Doch auch die Fotovoltaik – die Umsetzung von Licht in Elektrizität – wurde schon vor über 150 Jahren entdeckt. Im Weltall wird die Solarenergie seit den 1950er Jahren bei Satelliten kommerziell genutzt. Auf der Erde hat sie sich nie durchgesetzt. Und das mit gutem Grund. Würde man alle Dächer der Schweiz mit Solarzellen bestücken, so zeigen Berechnungen, könnte man damit gerade mal 20 Prozent des Strombedarfs decken – sofern die Sonne scheint und sofern es nicht

«Wir kommen nicht um neue thermische Kraftwerke herum»

Wie sieht unser Strommix in zwanzig Jahren aus? Wo sind die Grenzen der Alternativenergie? Brauchen wir neue AKWs oder eher Gaskraftwerke? Das Bundesamt für Energie nimmt Stellung.



«Enormer Wachstumsmarkt»: BFE-Vizedirektor Michael Kaufmann.

Herr Kaufmann – wie sieht der Strommix in der Schweiz in zwanzig Jahren aus?

Heute sind wir bei knapp 60 Prozent Wasser, rund 40 Prozent Kernenergie sowie 2 bis 3 Prozent anderen erneuerbaren Stromquellen. Das Parlament hat das Ziel festgelegt, den Anteil der erneuerbaren Energie um 10 Prozent zu erhöhen, also um 5400 Gigawattstunden. Nun kommt es auf das Verbrauchswachstum an, das uns im schlechtesten Fall die zusätzliche Produktion wieder wettmacht. Ich gehe allerdings davon aus, dass wir bei den Erneuerbaren deutlich mehr zulegen können. Zudem müssen wir alles tun, um den Stromverbrauch in den Griff zu kriegen.

Grundsätzlich gibt es die Grundlast, die heute hauptsächlich von AKWs abgedeckt wird, und die Spitzenlast, die wir mit Wasserspeicherwerken befriedigen. Wo werden die alternativen Energien für Entlastung sorgen?

Es geht nicht darum, eine Energie gegen die andere auszuspielen, sondern um eine Diversifizierung. Jede Technologie soll entsprechend ihren Potenzialen ausgebaut werden. Biomasse und Geothermie, von der wir uns viel versprechen, könnte man bandmässig einsetzen. Wind und Sonne können wir weniger einordnen, weil die

Produktion witterungsbedingt grossen Schwankungen ausgesetzt ist. Wahren wir aber die Relationen – wenn wir von Wind und Sonne reden, dann reden wir bis 2030 von bestenfalls 10 Prozent an der Gesamtproduktion. Und die können wir problemlos ausgleichen.

Hier liegt doch der kapitale Haken; bei der Geothermie wissen wir nicht, ob sie im grossen Stil funktioniert – und mit dem teuren Wind- und Sonnenstrom können wir nicht rechnen, weil die Produktion völlig unberechenbar ist.

Wir brauchen Regelenergie, um die Lücken auszugleichen. Das ist das tägliche Business der Netzbetreiber. Doch gerade in der Schweiz haben wir eine hervorragende erneuerbare Quelle für Regelenergie: die Pumpspeicherkraftwerke.

Pumpspeicherwerke werden von Umweltverbänden bekämpft und auch verhindert – Beispiel Grimsel und Greina.

Ich kann Ihnen auch positive Beispiele nennen. Zurzeit werden in der Schweiz zwei grosse Pumpspeicherprojekte umgesetzt, Linth-Limmern im Kanton Glarus und Nant de Drance im Wallis. Dort hat es kaum Einsparungen gegeben, weil man sich für den Bau mit den Umweltverbänden einigte. Dazu kommt der internationale Ausgleich, der

immer wichtiger wird. Die Pumpspeicherkraftwerke sind deshalb auch aus Sicht der Erneuerbaren der grosse Trumpf der Schweizer Stromwirtschaft.

Wenn wir den Strom im Ausland einkaufen, dann wird die Versorgung weniger sicher und teurer. Abgesehen davon sind die Überlandleitungen schon heute am Anschlag – neue Leitungen sind noch schwieriger zu bauen als Kraftwerke.

Sicher braucht es Importe, das ist schon heute so in der liberalisierten Stromversorgung. Europäisch nimmt der Anteil der Erneuerbaren stark zu, vor allem der Windenergie. Das braucht tatsächlich Leitungskapazitäten. Ich sage: International gesehen sind gute Leitungen sogar noch wichtiger als neue Grosskraftwerke.

Genau hier liegt doch das Problem. Wir reden von Alternativenergien, die bestenfalls eine Ergänzung ohne klare Rolle sind – doch im Jahr 2020 geraten wir in ein Stromloch von ganz anderen Dimensionen. Mit den Alternativenergien wird dem Bürger vorgaukelt, es werde etwas getan – doch wir brauchen neue AKWs. Dieses Thema findet bei Ihnen nicht statt.

Das stimmt doch gar nicht. Wir haben einen klaren Auftrag vom Bundesrat: Erstens müssen wir die Effizienz steigern, zweitens erneuerbare Energien fördern, und drittens kommt der Bau von neuen Grosskraftwerken früher oder später. Wir haben die möglichen Szenarien in den Energieperspektiven 2035 klar aufgezeigt. Wir kommen bei dauernd steigendem Stromverbrauch und ohne scharfes Sparszenario nicht um den Bau neuer thermischer Kraftwerke herum – das ist so, das bestreiten wir nicht. Die Frage aber, ob dies ein neues AKW oder ein Gaskombikraftwerk sein soll, haben nicht wir zu beantworten. Das ist eine politische Diskussion. Wir weisen lediglich auf die Vor- und Nachteile hin, die alle Optionen haben.

Auch die Förderung von Wind- und Sonnenenergie ist eine hochpolitische Äusserung. Ihr Genosse Rudolf Rechsteiner sagt es klar: «Jede Windturbine ist ein Plakat gegen die Atomenergie.» Wie halten Sie es mit der Kernenergie?

Es geht nicht um meine Meinung. Ich habe vom Bundesrat den Auftrag, im Rahmen von «Energie Schweiz» die Stromeffizienz und die Erneuerbaren wirksam zu fördern. Das tun wir mit Engagement.

Sie weichen aus.

Persönlich bin ich gegenüber der Kernenergie skeptisch. Ich finde Gaskraftwerke intelligenter, weil sie energetisch effizienter sind und erst noch einen grossen Teil der CO₂-Emissionen kompensieren.

Gemäss Umfragen würde ein neues AKW knapp angenommen, ein Gaskraftwerk hätte beim Volk keine Chance. Doch statt das heisse Eisen endlich anzupacken, schiebt der Bund den Entscheid vor sich hin. Der Grund liegt darin, dass das BFE eine SP-Hochburg ist – vom obersten Chef, Bundesrat Moritz Leuenberger über BFE-Direktor Walter Steinmann und Ihre Person bis zu den unteren Chargen.

Diese Unterstellung ist mir zu blöd. Auch die politische Linke wirft uns vor, wir würden zu wenig machen – allerdings im gegenteiligen Sinn. Wir stehen von allen Seiten unter Druck, aber arbeiten hart an verlässlichen Konzepten. Letztlich muss aber die Stromwirtschaft die richtigen Investitionen tätigen. Sie hat wegen der geschützten Märkte jahrelang nichts getan. Und dann muss die Politik entscheiden.

Sie können massiv Einfluss nehmen. Das BFE setzte zum Beispiel durch, dass die grossen Kraftwerke alle sogenannten Systemleistungen zu tragen haben. Fazit: Die AKWs zahlen, die Kleinen profitieren.

Das stimmt nicht, denn es ist technisch völlig logisch, dass die Grossen diese Aufgabe zu übernehmen haben. Noch einmal: Wir haben den klaren Auftrag, die Stromproduktion zu diversifizieren. Da müssen Grosse und Kleine mitmachen und alle gute Bedingungen haben. Es ist politisch gewollt, dass erneuerbare Energien finanziell gefördert werden. Es handelt sich um eine gezielte Anschubfinanzierung von zum Teil noch jungen Technologien, die zwar ausgereift sind, aber für die Phase der Markteinführung noch Unterstützung brauchen. Verglichen mit den Subventionen, die in anderen Ländern ausgeschüttet werden, sind unsere Zuschüsse sehr beschränkt. Es ist unser Ziel, dass die neuen Technologien eines Tages selbsttragend werden. Deshalb fahren wir die Fördergelder über die Jahre auch sukzessive zurück.

Wie bei der Landwirtschaft werden hier mit Subventionen Systeme aufgeblasen, die am Markt vorbeiproduzieren. Sie zwingen die Elektrizitätswerke, den Alternativstrom jederzeit für 12 Rappen pro kWh zu kaufen – Strom, den diese vielleicht gar nicht brauchen, den sie auf dem Markt für durchschnittlich 8 Rappen oder noch weniger haben könnten. Es gibt null Anreiz für die Alternativen, den Strom dann zu produzieren, wenn er gebraucht wird.

Solar- und Windenergie sind tatsächlich nicht steuerbar. Dafür sind sie weitgehend emissionsfrei. In einem Punkt muss ich Ihnen allerdings recht geben: Bei erneuerbaren Stromquellen, die steuerbar sind, etwa bei Biogas, könnten wir mit flexiblen Tarifen entsprechende Anreize setzen. Wir prüfen diese Fragen und arbeiten an einer neuen Regelung.

Seit Anfang Jahr werden die Alternativenenergien mit jährlich 320 Millionen Franken vom Bund gefördert. Der Fonds ist bereits ausgeschöpft. Jetzt fordern Sie bereits neue Fördergelder. Das zeigt doch, dass die Subventionen viel zu hoch sind.

Falsch. Es zeigt nur, dass das Interesse enorm ist. Das ist doch positiv. Es ist auch richtig und gewollt, dass man mit erneuerbarer Energie eine normale Rendite erzielen kann. Indem wir die Fördergelder für neue Anlagen jährlich reduzieren, zwingen wir die Branche zur Innovation. Wir befinden uns hier in einem enormen Wachstumsmarkt, und es wäre schade, wenn die Schweiz diese Chance in Zeiten der Wirtschaftskrise verpassen würde. Mich erstaunt es, dass diese Erkenntnis bei der *Weltwoche* noch nicht angekommen ist.

Wir beschäftigen uns sogar intensiv mit diesem Phänomen. Eine Studie aus Spanien vergleicht den Ökoboomb mit der Immobilienblase und zeigt erschreckende Parallelen. Seit dem Jahr 2000 hat Spanien 28,7 Milliarden Euro in Wind- und Sonnenenergie investiert. Das Elektrizitätsproblem wurde nicht gelöst, doch der Strom wird so teuer, dass die Industrie abwandert. Die nächste Generation wird die Fördermilliarden zahlen müssen, die bereits heute anderswo fehlen. Ist das nachhaltig?

Bitte nicht die Schweiz mit Spanien vergleichen. Die haben ganz andere Strompreisniveaus. Zudem basiert dank der Wasserkraft unsere Stromversorgung heute schon zum grössten Teil auf günstiger erneuerbarer Energie. Mit Förderabgaben von 0,45 bis 0,6 Rappen pro kWh für neue Erneuerbare haben wir die Kosten im Griff. Die Wirtschaft wird geschont, die Schwerindustrie wurde ja von der Vergütung ausgenommen. Wir sind also nicht blind und ziehen fortlaufend unsere Lehren, auch aus Fehlern, die andere gemacht haben.

Michael Kaufmann, 55, ist Vizedirektor des Bundesamtes für Energie (BFE) und leitet das Programm «Energie Schweiz». Nach dem Studium der Agronomie an der ETH Zürich war Kaufmann zunächst als Sekretär der SP von Kanton und Stadt Bern, danach als Journalist, Publizist und Berater tätig.

Die Fragen stellte **Alex Baur**.

zu heiss wird. Denn bei steigender Hitze sinkt die Produktivität der Solarzellen.

Der Stromkonsum wird heute in der Schweiz zu rund 40 Prozent durch Kernenergie gedeckt, welche die sogenannte Grundlast liefert. Die restlichen 60 Prozent stammen aus Wasserkraftwerken. Die wertvollste Energie produzieren sogenannte Pumpspeicherwerke: Wenn zu viel Strom vorhanden ist, pumpen sie damit Wasser in höhere Lagen; wenn Knappheit herrscht und die Marktpreise in die Höhe klettern, liefern die fein regulierbaren Anlagen genau so viel Strom, wie benötigt wird.

Das BFE wiegt die Nation im Irrglauben, dass etwas gegen die Stromlücke getan werde.

Die unzuverlässigen Alternativenenergien haben in diesem System kaum Platz; sie liefern weder Grund- noch Spitzenlast. Das BFE geht davon aus, dass die alternativen Energieträger (Biomasse und Miniwasserwerke inklusive) in zwanzig Jahren bestenfalls 5400 Gigawatt Strom liefern. Was dies bedeutet, zeigt eine andere Rechnung: Bereits im Jahr 2020 tut sich eine viel grössere Stromlücke von 17000 Gigawatt auf. Dannzumal werden die ersten AKWs aus Altersgründen stillgelegt, während die Atomlieferverträge mit Frankreich auslaufen. Diese decken heute rund einen Zehntel unseres Strombedarfs. Nicht berücksichtigt wurde in dieser Rechnung die absehbare Zunahme der Nachfrage, die nicht zuletzt auf das Konto umweltschonender Technologien wie Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen geht.

Zunahme der Nachfrage

Obwohl das BFE den gravierenden Versorgungsengpass nicht bezweifelt (siehe nebenstehendes Interview), konzentrieren sich seine Kampagnen auf alternative Energieträger. Damit wiegt man die Nation im Irrglauben, dass etwas gegen die die Stromlücke getan werde und dass «grüne» Energie bloss eine Frage des Preises seien. SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner geht noch einen Schritt weiter und erklärt offen: «Jede Windturbine ist ein Anti-AKW-Plakat». Dass Wind und Sonne unser Stromproblem nicht lösen werden, weiss auch er. Die Öko-Bewegung setzt deshalb auch auf «Zukunftstechnologien» wie Geothermie, von denen indes niemand weiss, ob sie je im grossen Stil funktionieren werden; und an Sparszenarien, die durch die real wachsende Nachfrage freilich Jahr um Jahr Lügen gestraft werden.

Immerhin räumt mittlerweile auch das BFE ein: Selbst wenn die optimistischsten Spar- und Alternativszenarien in Erfüllung gingen, kämen wir um den Bau neuer Grossanlagen nicht herum.** Zur Wahl stehen Atom- oder Gaskraftwerke, eine andere Alternative gibt es nicht. Die Zeit eilt. Planung und Bau eines

Die zehn Lebenslügen der Ökolobby

Der Anti-AKW-Lobby ist es mit steter Propaganda gelungen, ihre Mythen tief in den Köpfen zu verankern. *Von Alex Baur*

Mythos 1: «Der Strom von Wind und Sonne ist im Moment zwar noch teuer, doch die höhere Stromqualität macht den Aufpreis wett.»

Tatsache ist: Strom ist Strom, egal, aus welcher Quelle er kommt. Der Mehrwert ist ideologischer Natur, ökonomisch betrachtet ist der vermeintliche (siehe unten) «Ökostrom» praktisch wertlos. Weil immer nur genau so viel Strom produziert werden muss, wie konsumiert wird, ist die Verfügbarkeit der entscheidende Faktor. Doch wegen der Witterung ist die Produktion von Solar- und Windanlagen weder planbar noch steuerbar und unterliegt extremen Schwankungen. In Norddeutschland laufen Kohlekraftwerke zeitweise im Leerlauf, um bei Bedarf die Produktionsschwankungen von Windanlagen abdecken zu können.

Mythos 2: «Die Alternativenenergien sind umweltfreundlich, weil sie keine Ressourcen verbrauchen und kein CO₂ erzeugen.»

Tatsache ist: In Anbetracht der geringen Produktivität und der beschränkten Lebensdauer fällt bei den alternativen Stromerzeugern die sogenannte graue Energie massiv ins Gewicht. Das heisst: Für die Herstellung von Solarzellen wird so viel Energie aufgewendet, wie die Anlage in drei bis sechs Jahren erzeugt (bei der Windenergie sind es zwei bis sechs Monate). Entsprechend gross ist der Verschleiss an Rohstoffen und Raum. Das renommierte Paul-Scherrer-Institut (PSI) hat errechnet, dass bei der Erzeugung einer Kilowatt-

stunde Atomstrom zehnmal weniger CO₂ anfällt als bei der gleichen Menge Solarstrom (siehe Grafik).

Mythos 3: «Die Kernenergie ist überholt, die Zukunft gehört den alternativen Energieträgern.»

Tatsache ist: Die Windenergie wird seit Urzeiten genutzt, die Umwandlung von Sonnenlicht in Elektrizität wurde vor 170 Jahren entdeckt – trotzdem konnten sich beide Technologien in der Stromproduktion nie durchsetzen. 1921 bekam Albert Einstein den Nobelpreis, weil er die Grundlagen zur Fotovoltaik lieferte, seit den 1950er Jahren werden Solarzellen bei Satelliten kommerziell genutzt. Im gleichen Zeitraum wurden die ersten zivilen Kernreaktoren gebaut und seither laufend weiterentwickelt. Der nächste Schritt ist die Kernfusion, die kaum radioaktive Abfälle hinterlässt.

Mythos 4: «Die Wirtschaft hat kein Interesse, alternative Energieträger zu fördern, die auch von der Wissenschaft vernachlässigt werden.»

Tatsache ist: Alternativenenergie ist ein seit Jahren boomendes Business – allerdings ein hochsubventioniertes. Gemäss Uno setzte die Branche allein im Jahr 2007 weltweit 148 Milliarden Dollar um. Seit 1990 wendet die öffentliche Hand in der Schweiz jährlich über 100 Millionen Franken zur Erforschung von erneuerbaren Energien (EE) und Sparmassnahmen auf (die Kern- und Fusionstechnologie erhielt rund 50 Millionen). Dazu kommen direkte Subventionen in Milliardenhöhe. Trotzdem bewegt sich der Anteil der EE an der Gesamtproduktion im Promillebereich.

Mythos 5: «Die Kernenergie wird subventioniert.»

Tatsache ist: Das Gegenteil ist der Fall. Die Schweizer AKWs haben Rückstellungen in Milliardenhöhe für den künftigen Abbau der Anlagen und die Endlagerung der nuklearen Abfälle gemacht. Auf Kosten der AKWs werden heute alternative Energieträger quersubventioniert. Die Kernenergie verfügt schon lange über keine gewichtige Lobby mehr – sehr wohl aber ihre professionell organisierten Gegner.

Mythos 6: «Subventionen an alternative Energieträger fördern die Innovation.»

Tatsache ist: Mit dem neuen Fördergesetz wurde das Gegenteil erreicht. Weil die Vergütungen für Alternativstrom fünf Prozent Rendite bei voller Amortisation garantieren, besteht kein Anreiz, die Anlagen zu optimieren, zu erneuern oder der Nachfrage anzupassen.

Mythos 7: «Alternativenenergie schafft neue und nachhaltige Arbeitsplätze.»

Tatsache ist: Eine spanische Studie hat gezeigt, dass jeder «grüne» Job 2,2 Stellen in der realen Wirtschaft vernichtete, weil das Geld für andere Projekte fehlte oder weil die Industrie wegen der Strompreise ins Ausland abwanderte. Die Fördergelder haben lediglich einen kurzen Boom im Baugewerbe ausgelöst, die meisten Solarzellen werden mit billigem Kohlestrom in Fernost fabriziert.

Mythos 8: «Tschernobyl ist überall.»

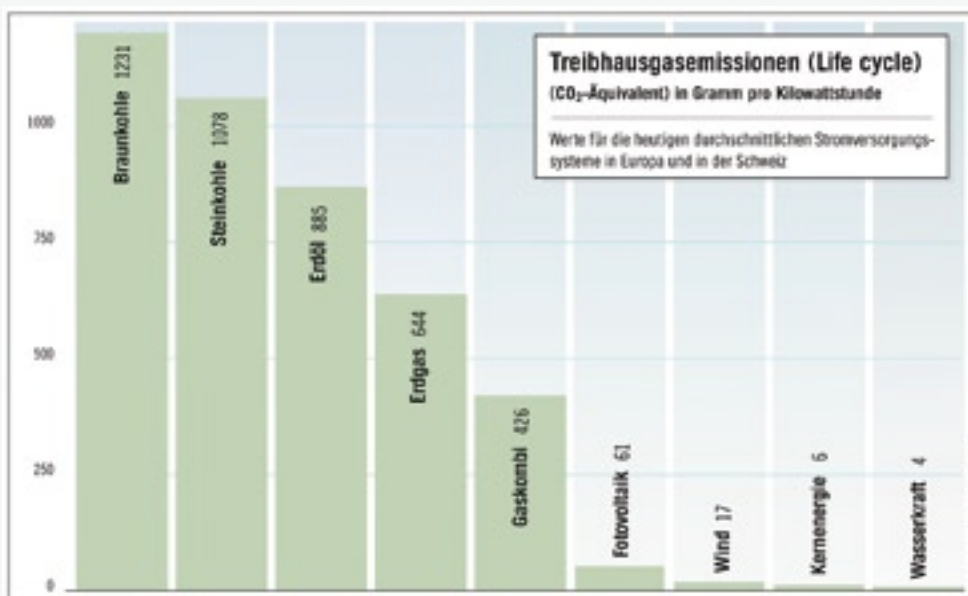
Tatsache ist: Bei der weltweit bisher einzigen AKW-Katastrophe mit Todesfolgen starben 1986 in Tschernobyl gemäss Schlussbericht der Atomenergieagentur IAEA und der WHO insgesamt 56 Menschen; dazu kommen 9000 mutmassliche Krebserkrankungen. Die Havarie im teilweise militärisch genutzten Reaktor «Wladimir Iljitsch Lenin» wäre in einem westlichen Kraftwerk technisch nicht möglich.

Mythos 9: «Keine Versicherung übernimmt die vollen Risiken einer AKW-Katastrophe.»

Tatsache ist: Jede Versicherung ist nach oben begrenzt. Mit der Forderung nach einer höheren Deckung wollen AKW-Gegner lediglich den Atomstrom verteuern.

Mythos 10: «Die Entsorgung von nuklearen Abfällen ist nicht gelöst.»

Tatsache ist: In der Schweiz wurde eine sichere Endlagerung von der Bundesbehörde Nagra nachgewiesen. Gemessen an all den giftigen chemischen Abfällen, die wir der Nachwelt hinterlassen, geht es hier um sehr kleine Mengen. Der nukleare Brennstoff, den ein AKW pro Jahr verbraucht, hat im Kofferraum eines Autos Platz. Neuere Anlagen werden ausserdem immer effizienter.



AKWs beanspruchen zehn bis zwanzig Jahre. Die Politiker von links bis rechts, deren Zeithorizont meist nicht über die nächsten Wahlen hinausreicht, scheuen diesen Kampf. Die Leader der Wirtschaft, die am staatlich finanzierten Alternativboom nebenbei gut verdienen, meiden das mit Image-Risiken beladene Thema erst recht.

Der grösste Unsicherheitsfaktor der Kernenergie ist weder technischer noch ökologischer, sondern politischer Natur. Eine zentrale Rolle spielen die Sozialdemokraten, die in den 1960er Jahren die Kernenergie in der Schweiz aus ökologischen Überlegungen noch entscheidend vorangetrieben hatten. In den 1970er Jahren kippte die SP auf die Seite der AKW-Gegner. Die Gründe waren pragmatischer Art: Während der sozialistische Kerngedanke an Sex-Appeal einbüsste, wanderten die Wähler am linken Rand zu den neugegründeten Grünen ab.

Blühende Geschäfte mit der Angst

Nach der medial angeheizten Panik um die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die 1986 in der Sowjetunion 56 Todesopfer forderte und im Westen Tausende von verunsicherten Menschen auf die Strasse trieb, schien das Ende der Kernenergie besiegelt. Bis tief ins bürgerliche Lager hinein wollte sich kaum ein Politiker mehr die Finger verbrennen an einem Thema, das erledigt schien. Organisationen wie Greenpeace bewirtschafteten die Ängste um die komplexe Kerntechnologie professionell. Der Kampf um die AKWs wurde zu einer Glaubenssache, die eine nüchterne Diskussion schwierig macht.

Doch die Politiker könnten sich verrechnet haben. Gemäss einer repräsentativen Umfrage sprach sich im letzten April eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten aus der Region Mühlebühl für den Bau eines neuen AKW aus. Ebenso deutlich werden Gaskraftwerke abgelehnt. Mit gutem Grund. Gaskraftwerke sind eigentliche CO₂-Schleudern.

Doch CO₂-Emissionen dürften in Zukunft nicht mehr gratis zu haben sein. Mit einem Ausstoss von lediglich 6 Tonnen CO₂ pro Einwohner ist die Schweiz gemessen am Schnitt der OECD-Länder (11 Tonnen pro Kopf), hervorragend positioniert. Dies ist vor allem unserer fast abgasfreien Stromproduktion zu verdanken, die rund einen Viertel des Energieverbrauchs deckt. Gaskraftwerke würden diesen Vorteil mit einem Schlag vernichten.

Statt sich der lästigen Atomdiskussion zu stellen, lenkt man in Bern seit Jahren mit irrationalen Sparszenarien vom Thema ab. AKWs finden in den Planungen und Verlautbarungen des BFE, das sich unter Energieminister Moritz Leuenberger (SP) zu einer sozialdemokratischen Festung gemausert hat, kaum noch statt. Die Zeit spielt für den Kernkraftgegner Leuenberger. Anders als AKWs lassen sich Gaskraftwerke zur Not relativ schnell und ohne Volksabstimmung erstellen.



Bewirtschaftung der Angst: AKW-Gegner

Der grösste Haken liegt bei den Lieferanten. Während der nukleare Brennstoff vor allem aus den USA, Kanada, Australien und Südafrika stammt, begäbe sich die Schweiz mit der Option Gas in die Abhängigkeit von unberechenbaren Partnern wie Russland und dem Iran. Die Reise von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) nach Teheran zur Unterzeichnung eines Gasvertrages war ein Fanal und Warnsignal. Ihr demütiger Auftritt mit dem Kopftuch illustriert, welchen Preis unsere Politiker zu zahlen bereit sind, um der unangenehmen Atomdebatte auszuweichen.

Die Konstellation ist irrwitzig: Um auf die Kernenergie zu verzichten, will Europa mit gigantischem Aufwand Gas aus dem Iran um die halbe Welt pumpen – und finanziert damit ein Land, das offiziell auf neue Kernkraftwerke setzt und darüber hinaus inoffiziell an der Atombombe bastelt. Das widerspricht nicht nur jeder politischen, sondern auch jeder ökonomischen und ökologischen Vernunft.

Weltweit befinden sich 115 neue Kernkraftwerke in Planung oder im Bau. Vor allem die Länder in Osteuropa und Asien setzen auf eine neue Generation von AKWs. Die in Westeuropa einflussreiche Ökobewegung strebt einen radikalen Umbau der Stromproduktion an: weg von den Grosskraftwerken, hin zu lokalen Minilieferanten. Alle liefern gemäss diesem Konzept ihren Strom in einen kontinentalen Strompool, aus dem sich jeder bedienen darf.

Auf dem Papier sieht der Traum vom europäischen Einheitspool verlockend aus. Nur weiss niemand, ob der elektrische Sozialismus je funktionieren wird. Um die witterungsbedingten Produktionsschwankungen auszugleichen, müsste man neue Leitungen und gigantische Stromspeicher bauen, die erst

noch erfunden werden müssen. Generell sind die Minikraftwerken gemessen an den Grossanlagen extrem teuer und ineffizient.

Die Elektrizitätswerke der Stadt Zürich unter der Leitung von Stadtrat Andres Türlér (FDP) beanspruchen in dieser Utopie eine Pionierrolle. Für einen kleinen Aufpreis bekommen die Stadtbewohner vermeintlich atomfreien «Ökostrom» geliefert, sofern sie sich nicht aktiv dagegen zur Wehr setzen. Doch aus der Steckdose fliesst derselbe Strom wie eh und je. Das System, das dahinter steckt, weckt falsche Illusionen.

Weil Zürich selber kaum Wind- und Solarstrom produziert, wird dieser in Form von «Zertifikaten» zugekauft, hauptsächlich im Ausland. Der Wert dieser Papiere ist rein ideologischer Natur: Sie bestätigen lediglich, dass irgendwo auf der Welt eine bestimmte Menge «Ökostrom» produziert und konsumiert wurde. Man kauft also nicht die Energie, sondern, nach dem Prinzip des mittelalterlichen Ablasshandels, einen abstrakten Öko-Mehrwert.

Den grössten Teil der Wohlfühl-Zertifikate bezieht die Stadt Zürich zurzeit aus Norddeutschland. Ein kleiner Teil stammt vom *Elektrizitätswerk Ursern*, das im Gotthardgebiet eine Windturbine betreibt. Obwohl das kleine Werk heute schon Schwierigkeiten hat, die willkürlich anfallende Windenergie mit einem Wasserspeicherwerk auszugleichen, sind drei weitere Windanlagen geplant. Das Geschäft mit den Öko-Zertifikaten rentiert.

So kommt es, dass die Einheimischen am Gotthard zwar den teuren «Ökostrom» produzieren und konsumieren, dafür aber den normalen Preis bezahlen – den ökologischen «Mehrwert» verkaufen sie als Zertifikate an die Zürcher, die nach wie vor ihren Strom aus dem AKW Beznau verbrauchen.

Wenn sich die Zürcher dadurch besser fühlen, ist das ihre Sache. Die Frage ist, wie lange sie sich derartigen Luxus, welcher der Natur keinen messbaren Vorteil bringt und die absehbare Stromlücke nicht schliesst, noch leisten wollen – und können. Die Erfahrung aus Spanien hat es gezeigt: jeder Franken, der für Illusionen und Prestigeprojekte vergeudet wird, fehlt später für reale Investitionen. Die Rechnung für den ökonomischen und ökologischen Leerlauf werden ihre Kinder und Enkel bezahlen.

Im Internet

Exklusiv für Weltwoche-Leser: Zusammenfassungen von Hans-Werner Sinns «Das grüne Paradoxon», Thomas L. Friedmans «Was zu tun ist» und Rudolf Rechsteiners «Grün gewinnt». Kostenlos auf www.getabstract.com/weltwoche

* Study of the Effects on Employment of Public Aid to Renewable Energy Sources. Universidad Rey Juan Carlos, März 2009

** Energieperspektiven 2035 – Management Summary. Bundesamt für Energie, Januar 2007

Sehr wertvolle Gespräche

An den Schulen sind sogenannte Peacemaker der letzte Schrei: Kinder, die auf dem Pausenplatz Streit schlichten und für Frieden sorgen. Manche Experten sind skeptisch. Sicher ist: Mit dem Projekt lässt sich Geld verdienen. Von Daniela Niederberger, Jojakim Cortis & Adrian Sonderegger (Bild)



«*Gratisausbildung in Sozialkompetenz und Auftrittskompetenz*»: Peacemaker an der Schule Gmeindmatt Hombrechtikon.

Auf dem Pausenplatz streiten zwei Schüler, «Fick di, Mann», ruft der eine, der andere hebt schon die Hand zum Schlag. Da tritt ein weiterer Schüler dazwischen, er trägt eine orange Weste oder ein farbiges T-Shirt und sagt: «Was ist euer Problem? Kann ich euch helfen?»

Es handelt sich um einen Friedensstifter oder Peacemaker. Das sind Kinder, meist zwei pro Klasse und von den anderen Schülern gewählt, die auf dem Pausenplatz Streit schlichten sollen. Sie sind an den Schulen derzeit in Mode – rund sechzig Schulen in der Deutschschweiz haben Peacemaker. Die Kinder lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, heisst es, es gehe um den Abbau von Vorurteilen und Rassismus und ganz allgemein um die Förderung des Friedens.

Wer könnte dagegen sein? Eine super Sache, so scheint es. Über 1500 Schülerinnen und Schüler sind im Einsatz. Das dachte man auch

im Winterthurer Primarschulhaus Altstadt, als man vor einigen Jahren Drittklässler zu sogenannten Peacemakern ausbildete. Die Schule war eine der ersten, und es gab begeisterte Medienberichte. Die Kinder wurden in Workshops geschult. Wenn die Streithähne behaupteten, der andere habe angefangen, lernten sie, weise zu sagen: «Es ist nicht wichtig, wer angefangen hat – wichtig ist, wer wieder aufhören kann.» Sie lernten, dass die zentrale Schlussfrage sei: «Wie fühlst du dich?» Denn oft realisierten die Täter nicht, welche Gefühle sie beim Opfer auslösten. So weit die Theorie.

Friedensstifter mit Chefallüren

In der Praxis klagten die Peacemaker bald, man wolle ihre Hilfsangebote nicht annehmen, sie würden ausgelacht, insbesondere beim «Wie fühlst du dich?». Das Projekt war kein Erfolg. Die eigentlich zu «Konfliktmana-

gern» ausgebildeten Schüler entwickelten sich in eine ungewünschte Richtung weiter und gebärdeten sich als Chefs. Sie nutzten ihren Status und begannen, die anderen Kinder herumzukommandieren, wie der heutige Schulleiter Michael Peter erzählt. Ausserdem sei das Ganze ein «Riesenaufwand» gewesen. Weil die Schüler nach der sechsten Klasse ins Oberstufenschulhaus wechselten, mussten laufend neue Friedensstifter ausgebildet werden. Die «Ausbildung» fand in Form von anderthalbtägigen Workshops statt, die nicht gratis waren. Und vielleicht am wichtigsten: Es gab gar kein Gewaltproblem, ausser man geht so weit, normale Raufereien und Hänseleien darunter subsumieren zu wollen.

An der Schule Gmeindmatt in Hombrechtikon gibt es seit acht Jahren Friedensstifter. Derzeit sind 28 im Einsatz bei 220 Schülern. Es ist Nachmittagspause, die Buben spielen Ball, die

Mädchen stehen in Gruppen herum. Rund 10 Peacemaker schlendern mit der Journalistin über den Pausenplatz, gebraucht werden sie nirgends. Sie erzählen, weshalb sie sich für das Amt gemeldet haben. Sie wollen «etwas für die Gemeinschaft tun», «helfen», und sie denken: «Es bringt einem etwas für später im Leben.» Mussten sie schon eingreifen? Nicht wahn-sinnig häufig, aber es sei sicher gut, dass sie einfach da seien. Eine erzählt von zwei Burschen, die aufeinander losgingen, und plötzlich habe einer ein Messer in der Hand gehalten.

Meist geht es um Unterschwelligeres. Kürz-lich bekamen sie mit, wie ein Mädchen von an-deren Mädchen geschnitten und ausgestossen und im MSN-Chat beleidigt wurde. Sie mel-deten dies dem Lehrer, und «in einer konzer-tierten Aktion», wie Lothar Janssen von der Beratungs- und Präventionsstelle der Schule sagt, habe man in der Klasse interveniert. Der Lehrer sprach mit dem Opfer, die Friedensstif-ter mit den Täterinnen.

Gegen «rechte Freunde»

Gelten sie bei den Klassenkollegen nicht als Streber? «Nein, die beneiden uns.» Weil: Alle paar Wochen dürfen die Peacemaker zwei Stun-den zur Weiterbildung und haben dann frei. Generell genossen sie einen «gewissen Respekt». Einmal stand ein wütender Vater bei Janssen im Büro, der nicht wollte, dass sein Sohn in der Schule den Polizisten spielt. Er musste jedoch mit ansehen, wie auch der jüngere Sohn ein be-geisterter Friedensstifter wurde. Janssen sagt, die Peacemaker seien fest im Schulalltag veran-kert. Vielleicht auch, weil man auf orange Wes-ten und dergleichen verzichte. Im ersten Jahr seien die Peacemaker als «Schiessi-Piesi» ver-höhnt worden. Doch das seien Kinderkrank-heiten bei solchen Projekten.

Wie aber kommt eine ruhige Landschule auf die Idee, ihre Schüler zu Friedensstiftern zu machen? Wenn es kaum Frieden zu stiften gibt. Schulleiter Matthias Borer spricht von «Sensibilisierung», man wollte zeigen, «dass man etwas tun kann gegen Streit und Gewalt», es gehe um «Hinstehen und Mut haben». Die Schüler erhielten als Nebeneffekt «eine Gratis-ausbildung in Sozialkompetenz und Auftritt-kompetenz». Auftrittskompetenz? Die Schü-lerinnen und Schüler stellten ihr Projekt schon an der Pädagogischen Hochschule vor und in einem Bundesamt in Bern. Ausserdem schaffe das Ganze Identität.

Der konkrete Anlass vor acht Jahren waren laut Janssen «rechte Freunde» gewesen, die mit Schweizerkreuz-T-Shirts und markigen Sprüchen auf dem Pausenplatz auftraten. Das störte die Lehrer sehr. Eine Zeitlang waren des-halb Schweizerkreuze auf Textilien verboten.

Im Oberstufen-Schulhaus Letzi in Zürich hatten die Friedensstifter in der Pause auch nicht viel zu tun. Deshalb wurde das Tätig-keitsprofil geändert. Die Schüler können nun

Termine mit ihnen vereinbaren, etwa bei Ärger mit einem Mitschüler. Jeweils zwei Peace-maker sitzen dann im Streitschlichtungsraum mit den Konfliktparteien zusammen. In der Regel sind keine Erwachsenen dabei, wie Schulsozialarbeiter Zeljko Maticic sagt. Es wird ein Protokoll verfasst für den Klassenleh-rer und ihn. Meistens geht es um Dinge wie: «Der sagte, du hättest über mich gesagt ...» Um Gerüchte und ums «Abemache».

Maticic glaubt, die Streitschlichtung helfe, körperlicher Gewalt vorzubeugen. Ihm ist aber klar, «dass es immer Konflikte geben wird, wo 300 Leute aufeinandertreffen». Auf-fallend sei, dass sich vor allem Mädchen für den Job meldeten. Zum Schluss sagt er zur Journalistin, er habe das Gespräch als sehr wertvoll empfunden.



«Nonsens»: Psychologe Guggenbühl.

Der Kinderpsychologe Allan Guggenbühl steht den Peacemaker-Projekten skeptisch gegenü-ber. «Konflikte zwischen Kindern müssen Erwachsene lösen. Man bürdet Kindern Dinge auf, die sie gar nicht bewältigen können.» Als «Nonsens» bezeichnet er die Idee, Kinder (vor allem Buben) müssten nur über Gefühle reden lernen, dann seien sie weniger gewalttätig. «Das ist eine Verweichlichung der Buben.» Ausserdem werde das «Anpassertum» geför-dert. Sobald sich jemand auffällig benimmt oder vielleicht etwas «gspässig» ist, kom-men beflissene Friedensstifter daher und erkundigen sich, was los sei. In Hombrechtikon etwa stellten sie fest, dass es auf dem Pausen-platz Kinder gab, die immer allein dastanden. Das meldeten sie dem Schulsozialarbeiter. Der ging auf die Isolierten zu: «Ich habe gehört, du hast keinen Kontakt? Stimmt das?» Er sprach auch mit den Eltern. Jetzt könnte man sagen,

es sei doch gut, dass die Kinder das beobachten und helfen wollen. Aber vielleicht sei es den Schüchternen erst recht peinlich, so ins Ram-penlicht gezerrt zu werden. Man nehme ihnen auch die Möglichkeit, selber und im eigenen Tempo auf andere Kinder zuzugehen.

«Happig teuer»

Laut Allan Guggenbühl bauen die Peacema-ker-Projekte oftmals auf dem (auch von den Medien geförderten) Klischee vom gewalt-tätigen Pausenplatz, das so generell nicht stimme. Schulleitungen wollen gut dastehen. Friedensstifter zu haben, das tönt gut, man handelt «proaktiv».

Für den Berner Pädagogikprofessor Fritz Osterwalder können die Friedensstifter-Pro-jekte eine gute Massnahme sein, um mehr Ruhe auf die Pausenplätze zu bringen. Sie dispensier-ten die Lehrpersonen aber nicht, selber präsent zu sein. Er glaubt nicht, dass ältere Schüler da-mit überfordert sind, bei jüngeren Schülern Streit zu schlichten, mahnt aber, in der Diskus-sion um Gewalt an Schulen das Augenmass nicht zu verlieren: Nicht jeder Streit zwischen Schülern sei eine Katastrophe, nicht jedes «Ran-geln» eine Vorstufe zum Amoklauf. «Man muss aufpassen, dass man nicht dramatisiert und alles regeln will.»

An einer Zürcher Schule fand kürzlich eine Projektwoche zum Thema Frieden statt, und es wurden Peacemaker ausgebildet. Obwohl es laut dem Schulleiter, der nicht genannt sein will, keine Gewaltproblematik gab. Seine Vor-gängerin hatte das Projekt eingefädelt. Er kri-tisiert: «Es ist happig teuer.»

Die Schulen können das Projekt Peacemaker pfannenfertig einkaufen – bei einer Organi-sation, hinter der der Amerikaner Ron Halbright steht. Er war Jugendarbeiter in Baltimore, be-avor er in die Schweiz kam, wo er merkte, «dass das Thema Rassismus wenig konstruktiv ange-gangen wurde». Er lancierte eine Schweizer Sektion des amerikanischen National Coalition Building Institute (NCBI). Das «Brückenbauer-Institut» war in den USA ursprünglich gegrün-det worden, um Konflikte zwischen Juden und Schwarzen zu lösen. Ein ähnlicher Konflikt existierte hierzulande zwar nicht, aber Hal-bright wusste die Idee mit den Peacemakern den-noch zu verkaufen. Am Anfang findet jeweils eine Projektwoche zum Thema Frieden statt, durchgeführt von Halbright und seinen Leu-ten. Danach werden die Lehrer und die Schüler in der Kunst des Friedienstiftens ausgebildet.

All dies kostet. In Hombrechtikon gingen seit 2005 gut 20 000 Franken an die Organisation. Was von 2001 bis 2005 an NCBI floss, gab die Schule nicht an. Wohl mindestens 10 000 Fran-ken im Jahr.

Halbright wehrt sich gegen die Vorwürfe. Die Peacemaker-Projekte seien so erfolgreich, weil sie wirksam seien und weil Gewalt an Schulen ein grosses Thema sei. ○

«Es ist Gier und Naivität»

Anton Affentranger, Präsident des grössten Schweizer Baukonzerns Implenla, spricht über die Belagerung seiner Firma durch einen Hedge-Fund, seine spanischen Wurzeln und seine Erfahrungen als Banker in New York und Fernost. *Von René Lüchinger und Helmut Wachter (Bild)*

Herr Affentranger. Sie outen sich als Fan des FC Barcelona. Weil dieser Klub von einem Schweizer gegründet worden ist?

Nein. Mein Sohn ist Fussballer. Als wir in Zürich gewohnt haben, sind wir oft zu GC gegangen, später in Genf zu Servette. Auf internationaler Ebene ist es Barcelona. Vielleicht auch, weil ich dort Familie habe.

Sie haben spanische Vorfahren.

Ja. Im Spanischen Bürgerkrieg war meine Familie auf der Seite der Verlierer, also bei den Roten. Mein Grossvater mütterlicherseits hatte alle männlichen Familienmitglieder zum Kampf überredet, und dann sind die alle gefallen. Meine Grossmutter ist daraufhin mit allen Witwen und deren Kindern nach Argentinien ausgewandert. Ich kenne sie nur aus Erzählungen. Sie muss aber eine resolute Frau gewesen sein. Ein Familienzweig lebt in Barcelona.

Sie selber sind in Argentinien geboren.

Meine Mutter fand einen Job als Sekretärin in einer Nestlé-Fabrik und lernte dort meinen Vater kennen, einen Käser aus dem luzernischen Hinterland.

Wie kommt ein Schweizer Käser in eine argentinische Nestlé-Fabrik?

In den fünfziger Jahren kam es bei Nestlé zu einem Wachstumsschub. Überall auf der Welt stellten sie Fabriken hin, und es mangelte an Milchspezialisten. In der Schweiz haben sie dann viele Käser angestellt. So kam mein Vater nach Argentinien.

Spanische Vorfahren, in Südamerika aufgewachsen: Was ist schweizerisch in Ihnen?

Als Schüler kam ich in ein Internat in der Schweiz. Ich bin in einer bipolaren Welt aufgewachsen. Mein Vater, der bodenständige Bauer, dank dem ich Wurzeln habe im Luzernischen, mich dort zu Hause fühle. Auf der anderen Seite ist es Spanien, Südamerika, wo das Temperament herkommt.

Sie wurden Banker bei der alten SBG. Nicht gerade naheliegend bei der Vorgeschichte.

Ich bin nicht zur Bank gegangen, um Banker zu werden. Ich wollte raus in die Welt. Als ich dann in der Bank war, habe ich mich in New York mit Projektfinanzierung beschäftigt. Das waren grosse Entwicklungsprojekte, die wir etwa mit der Weltbank gemacht haben. Bei der Implenla beschäftigen mich ähnliche Fragestellungen.

Vom Finanzzentrum New York gingen Sie dann als Chef der SBG Hongkong nach Asien. Ihr prägendstes Erlebnis?

Für uns war Wall Street natürlich der Nabel der Finanzindustrie. In meinem Büro in Hongkong hing aber eine Weltkarte, auf der Asien im Zentrum liegt, Europa in der linken Peripherie, Amerika in der rechten. Ich setzte mich hin, dachte: Auf dieser Karte ist etwas falsch. Diese asiatische Sicht auf die Welt hat bleibenden Eindruck hinterlassen.

Wie sehen Sie das heute?

Wenn ich in Asien bin, sehe ich das heute genauso. Das chinesische Zeichen für China besteht ja aus einem Viereck und einem trennenden Strich in der Mitte. Was so viel bedeutet wie «die Leute im Zentrum» oder eben «das Zentrum der Welt». Das spüren wir Ausländer in China sehr stark. Wir hören da nicht dazu.

Die Krise hängt mental stark mit den Banken zusammen. Sie sind von Haus aus Banker, haben in der Grossbank gearbeitet und später auch als Partner bei einer Genfer Privatbank. Wie steht es um diesen Berufsstand?

Ich habe viele Freunde in Banken in Zürich oder Genf. Viele fragen sich: «Was haben wir falsch gemacht?» Die Verunsicherung ist vorhanden, egal ob Gross- oder Privatbank. Bei den Genfer Bankiers spüre ich eine gewisse Verärgerung über die UBS. Die Schuld schieben viele an diese Adresse. Was meines Erachtens verkürzt ist. Man kann nicht sagen: Die UBS ist schlecht und alle anderen gut.

Ist das einfach eine allgemeine Entgleisung, wie sie in den Wirtschaftszyklen immer wieder vorkommt? Oder Gier nach dem Motto «Man nehme, was geht»?

Es ist Gier. Es ist Naivität. Es ist das Unverständnis für das, was man tut. Eine Geisteshaltung, welche entgleist ist, die nicht nur innerhalb der UBS vorhanden war. Vielleicht dort besonders, aber nicht nur dort.

Marcel Ospel pflegte zu sagen: «Ich bin nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.» Das klingt nicht nach Zweifeln am eigenen Tun.

Dass der UBS-Chef sich in der Eigeneinschätzung als Teil der Lösung gesehen hat, ist sogar nachvollziehbar. In seinen Augen hat er dank seinen Beziehungen frisches Geld im Mittleren Osten und in Singapur beschafft und neue Aktionäre ins Boot geholt. Aus heutiger Sicht muss man aber auch sagen, dass er die Lage auch nicht mehr richtig eingeschätzt hat.

Als Ospel an die Spitze der Bank rückte, bei der Fusion zur UBS, haben Sie die Bank verlassen. Warum?

Persönlich hatte ich damals das Gefühl, dass die SBG, wo ich herkam, die stärkere Bank war. Finanziell in jedem Fall. Für mich habe ich gedacht: «Kein guter Deal.» Und es gab Möglichkeiten für Neues. Es gab aber auch Zeiten, wo ich mich fragte, ob es richtig war zu gehen. Nach ein paar schwierigen Jahren ging die Bank ja ab wie eine Rakete. Wir alle haben die UBS in dieser Zeit bewundert.

Heute sind Sie Präsident des grössten Baukonzerns der Schweiz, der Implenla, des einzigen Baukonzerns mit einer Blume im Logo. Wie sind Sie darauf gekommen?

Wir hatten viele banale Logovorschläge auf dem Tisch. Dann hat die präsentierende Agentur gesagt: «Wir haben noch etwas.» Wahrscheinlich haben sie sich zuerst nicht getraut, uns das zu zeigen. Dann haben wir spontan gesagt: «Das ist es.»

Haben Sie nie Zweifel gehabt?

Nein. Aber ich vergesse nie: An der Generalversammlung, als wir das Logo zum ersten Mal gezeigt hatten, schaute ich in die Runde der Aktionäre und sah offene Münder ...

Seit Monaten liegen Sie mit dem britischen Hedge-Fund Laxey im Clinch, der mittlerweile die Hälfte der Firma besitzt. Sie aber haben nur knapp fünf Prozent der Stimmrechte eingetragen. Erinnern Sie sich noch an den ersten Kontakt?

Es war kurz vor Ostern 2007, als wir die Nachricht erhielten, Laxey habe zehn, zwölf Prozent des Kapitals übernommen. Ich hatte noch nie etwas von denen gehört.

Warum ist Laxey eingestiegen?

In der Absicht, schnelles Geld zu machen. Sie hielten Implenla für unterbewertet, wollten die Kontrolle übernehmen und dann die Firma international mit Gewinn verkaufen.

Wie haben Sie reagiert?

Ich habe Laxey gesagt, dass sie einen Fehler gemacht haben, und vorgeschlagen, die Sache zu stoppen, bevor sie unlösbar wird. Die wollten das nicht.

Was haben Sie denn gegen Laxey?

Nichts. Der Verwaltungsrat hat nur klargestellt, dass er ihre Stimmen wegen der Restriktionen durch die Lex Koller nicht eintragen kann. Der Immobilienerwerb durch Ausländer ist eingeschränkt. Deshalb muss Implenla schweizerisch beherrscht bleiben. Wir müssen bei jedem Kauf von Bauland, welches wir entwickeln wollen, gegenüber den Behörden diesen Nachweis erbringen. Andernfalls könnten wir diesen Teil unseres



«Durch Einschüchterung versucht man zum Ziel zu kommen»: Implanica-Chef Affentranger.

Geschäfts, der bis zu einem Viertel unseres operativen Profits ausmacht, nicht mehr betreiben. Der Schweizer Laxey-Chef hätte das wissen müssen. Als ich ihm das erklärt habe, ist er sehr bleich geworden.

Warum hat Laxey denn weiter gekauft?

Sie haben geglaubt, mit Druck kippt Implanica um und trägt die Stimmrechte ein.

Was haben Sie gegen Hedge-Funds?

A priori nichts. Die meisten sind allerdings kaum transparent, behördlich sehr wenig reguliert. Meist wissen Sie nicht einmal, wer dahintersteckt. Laxey ist auf der Isle of Man domiziliert, einem englischen Steuerparadies, das auf keiner grauen oder schwarzen Liste auftaucht. Die Kompensationen von

Hedge-Funds-Managern tauchen in keinem Geschäftsbericht auf, weil sie gar keinen publizieren. Ich kann Ihnen aber sagen, sie liegen teilweise weit über dem, was wir bei den Grossbanken kritisieren. Wir haben es jetzt mit so einem zu tun, der nach unserer Überzeugung sogar ein Gesetz gebrochen hat.

Wieso?

Laxey hat seine Position unter Missachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlegungsregeln aufgebaut. Dieser Fall ist jetzt beim Bundesgericht hängig. In den ersten beiden Instanzen – darunter die Eidgenössische Bankenkommission – haben wir mit unserer Argumentation recht bekommen.

Das erinnert an den Fall Sulzer.

Ich kann den konkreten Fall nicht beurteilen. Ich weiss aber aus eigener Erfahrung, was ein Hedge-Fund für einen Druck auf den Verwaltungsrat ausüben kann. Da braucht es Geschlossenheit, was bei uns zum Glück der Fall war. Wenn sogar eine NZZ aus einer urliberalen Position heraus schreibt, wir sollten die Macht des Faktischen anerkennen und die Stimmen eintragen, braucht es Rückgrat im Aufsichtsgremium.

Laxey hat auch Sie eingeklagt.

Nicht nur mich, zum Teil auch meine Verwaltungsratskollegen. Dieses Vorgehen ist Teil des «Kochbuches» von sogenannten *activist hedge funds*: Durch Einschüchterung versucht man zum Ziel zu kommen.

Warum versuchen Sie nicht einfach, Laxey das Paket abzukaufen? Meines Wissens gibt es eine Gruppe potenzieller Investoren um die Schweizer Johann Schneider-Ammann und Peter Spuhler, die Hand bieten würde.

Es existiert keine Gruppe um diese Personen. Was stimmt, ist, dass wir Laxey bereits mehrmals angeboten haben, ihnen bei der Umplatzierung ihres Paketes behilflich zu sein. Sie haben immer nein gesagt.

Nun haben Sie nach wenigen Wochen auch den neuen CEO verloren.

Ich habe mich gefreut, dass wir die Spitzenposition wieder besetzen konnten. Jetzt haben wir uns im gegenseitigen Einvernehmen wieder getrennt. Und abgemacht, dies nicht weiter zu kommentieren.

Sie besetzen jetzt beide Positionen.

Wir haben im Verwaltungsrat alle Möglichkeiten diskutiert. Am Schluss der Diskussion waren sich alle darin einig, die jetzt getroffene Lösung sei die beste.

Sie sind froh darüber?

Es ist jetzt so. Froh bin ich aber nicht. Ich habe mich gefragt, ob ich das kann, ob ich bereit bin, alles andere abzugeben. Und ich habe mich auch gefragt, was das privat heisst. Meine Familie wohnt in Genf, und ich hatte eigentlich vor, im Jahr 2009 etwas kürzerzutreten. Jetzt ist es anders gekommen. Es ist keine Lösung für die Ewigkeit, aber auch keine für zwei Wochen. ○

Die Geburt der Ur-Venus

Archäologen melden einen Sensationsfund: Auf der Schwäbischen Alb gruben sie die älteste Frauenskulptur der Welt aus. Die 35 000-jährige «Venus vom Hohlen Fels» stellt die Forscher vor die Frage, wie der Mensch zum Schöpfer wurde. *Von Kai Michel*



«Die Geburt der Venus»: Das Bild des florentinischen Malers Sandro Botticelli stammt von 1485.

Die Sensation liess sich nicht unter Verschluss halten. Am Montag schon raunte die Lokalpresse, dass Archäologen in der Karsthöhle Hohler Fels auf der Schwäbischen Alb in Deutschland eine Frauenfigur aus Mammutelfenbein gefunden hätten. Sagenhafte 35 000 Jahre sei sie alt und damit 10 000 Jahre älter als die berühmteste Menschendarstellung der Urgeschichte, die Venus von Willendorf. Noch aber habe keiner die alte Dame sehen dürfen. Die Wissenschaftler weigerten sich, die Sache zu kommentieren; sie verwiesen auf eine Pressekonzferenz und darauf, dass am Donnerstag der Fundbericht in *Nature* erscheine, dem wichtigsten Wissenschaftsmagazin der Welt.

Tatsächlich berichtet in dessen neuester Ausgabe der Prähistoriker Nicholas Conard von der Universität Tübingen, dass sein Team im letzten September im Höhlenboden einige Elfenbeinbruchstücke entdeckt und sie nun zu einer sechs Zentimeter grossen Figur zusammengepuzzelt habe. Das groteske Wesen, das dabei Gestalt annahm, überrascht auf den ersten Blick: In seiner massigen Statur erinnert es eher an den Comic-Helden Hulk, der mit einem Höhlenbären kämpft, als an eine Frau. Aber die monströsen Brüste sind nicht zu über-

In ihrer Statur erinnert sie an den Comic-Helden Hulk, der mit einem Höhlenbären kämpft.

sehen. «Und die Vulva mit den markant dargestellten Labia majora», schreibt Conard, «ist deutlich zwischen den geöffneten Beinen erkennbar.» Eine solche Überbetonung der Geschlechtsmerkmale bei gleichzeitigem Desinteresse an der Darstellung von Kopf, Gesicht, Armen und Beinen, so der Forscher weiter, verweise auf die Verwandtschaft mit der Venus von Willendorf und ihresgleichen.

Tatsächlich ist die Willendorfer Steinzeit-skulptur, das wissen die wenigsten, kein Einzelstück. Archäologen haben über 200 solche «Venus-Figurinen» gefunden, und zwar von Frankreich bis Sibirien, alle zwischen 30 000 und 21 000 Jahre alt. Keine gleicht der anderen, aber alle ähneln sich in ihrer mehr oder minder üppigen Geschlechtlichkeit.

Als der Marquis de Vibraye im Jahr 1864 die erste dieser Urzeit-Damen entdeckte, nannte er sie «Vénus impudique» (unzüchtige Venus). Sie schien ihm ganz das Gegenteil jener Schönheitsgöttinnen zu sein, wie sie die abendlän-

dische Kunst so gerne darstellte. Ob die Venus von Milo oder jene, deren Geburt Botticelli in einer Muschelschale grandios in Szene setzte: Sie präsentieren ihre klassische Nacktheit züchtig. Dagegen wirken die paläolithischen Urahnen geradezu obszön. Auch bei der Venus von Willendorf, dieser «überreifen, dicken

afrikanischen Blombos-Höhle; sie sind 75 000 Jahre alt. Aber erst mit der Ankunft der anatomisch modernen Menschen in Europa vor 40 000 Jahren taucht das auf, was wir heute als Kunst verstehen: figürliche und gemalte Abbilder der Natur. Forscher sprechen von der «human revolution», die damals stattfand.

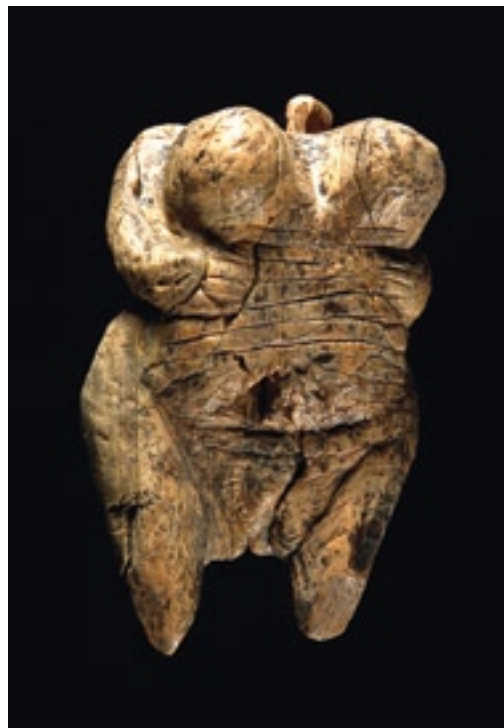
modernen Menschen in Europa waren erstaunlich frühreife Künstler.»

Über die Gründe dafür lässt sich nur spekulieren. Sandra Pichler, Anthropologin von der Universität Basel, weist auf die Möglichkeit von Kulturkontakten hin mit den damals noch in Europa herumstreifenden Neandertalern. Die nutzten auch schon das Feuer, schnitzten Speere und bemalten ihren Körper mit Farbpigmenten. Für John Hawks, Paläoanthropologe an der Universität von Wisconsin, könnte die soziale Komplexität und damit die gesellschaftliche Differenzierung so zugenommen haben, dass sich einzelne Individuen auf die zeitaufwendige Kunstproduktion verlegten, um ihr Prestige zu steigern.

Offen aber bleibe die Frage, so sagen Sandra Pichler und John Hawks, ob nicht anderswo künstlerische Vorstufen zu finden sind oder diese, weil aus Holz oder Lehm geschaffen, nicht die Zeiten überdauerten. «Was aber den Venus-Fund vom Hohlen Fels zur Sensation macht», sagt Pichler, «ist neben dem hohen Alter, dass er zeigt, dass das menschliche Abbild gleich zum künstlerischen Repertoire gehört.» Das zeuge von einer ganz anderen Qualität der Selbstwahrnehmung, als es blosse Tierbilder täten.

Wieso aber leisteten sich die Menschen plötzlich den Luxus, aus Elfenbeinzähnen kleine Figürchen zu schnitzen? Der Alltag vor 35 000 Jahren war hart. Es herrschte Eiszeit. Während sich die Archäologen recht einig sind, dass die Tierminiaturen und Zwitterwesen wie der Löwenmensch wahrscheinlich einer magisch-schamanistischen Weltvorstellung entsprungen sind und dazu dienten, Geister und Ahnen zu beschwören, wird über die Frage, warum die Steinzeit-Michelangelos ihr Talent auf stattliche Frauen verwendeten, kontrovers diskutiert.

«Vermutlich gibt es genauso viele Thesen über die Bedeutung der Venus-Figuren, wie es Interpreten gibt», sagt Walpurga Antl-Weiser, Leiterin der Sammlung Alt- und Jungsteinzeit am Naturhistorischen Museum Wien und Hüterin der Willendorf-Venus. Männliche Forscher vertreten gerne die Idee, die drallen Damen seien handliche Erotika, «das paläolithische Äquivalent zu *Playboy* und *Hustler*» (so der Anthropologe Geoffrey Pope), für Zeiten,



Venus vom Hohen Fels: Ur-Ahnen der Kunst.



10 000 Jahre jünger: die Venus von Willendorf.

Frau», zeigten sich die Archäologen brüskiert über die Weise, in der sie ungeniert ihre «grossen Milchdrüsen, den ansehnlichen Spitzbauch und die vollen Hüften» zur Schau stellt.

Bei dem neuen Fund aus der Höhle Hohler Fels handelt es sich um die älteste dieser Frauenskulpturen, sozusagen um die grosse Urmutter, Ur-Venus und Ur-Eva in einem. Allein deshalb schon wird sie für Diskussionsstoff sorgen. «Über keine Frage der Urgeschichte haben Forscher mehr Tinte verspritzt als über jene nach den Brüsten und Hintern der Venus-Statuetten», spöttelt die amerikanische Anthropologin Olga Soffer. Trotzdem ist noch immer ungeklärt, zu welchem Zweck sich die Altvorderen diese drallen Weiber im Taschenformat – kaum eine ist grösser als zwanzig Zentimeter – schufen: Sind sie Fruchtbarkeitsidol, Gebrauchsporno, Steinzeitbarbie?

Die Debatte erhält eine neue Dimension: Die kleine Elfenbeinfigur ist nämlich auch die älteste identifizierte Menschendarstellung der Welt. Es geht also um den Anfang der Kunst und die Frage, was unsere Vorfahren überhaupt zu schöpferischen Menschen werden liess. Die Entwicklung des *Homo sapiens sapiens* vollzog sich in Afrika vor 200 000 bis 100 000 Jahren. Als die ersten Anfänge künstlerischen Schaffens gelten Kreuzschraffuren und durchbohrte Schmuckschnecken in der

Auf der Schwäbischen Alb machten sich Menschen erstmals daran, mit Feuersteinklingen Figuren aus Elfenbein zu schnitzen. In den Höhlen Hohler Fels, Vogelherd, Hohlenstein-Stadel und Geissenklösterle fanden sich in den letzten Jahren Löwen, Mammute und Pferde in Miniaturformat, darunter auch zwei kunstvoll geschnitzte Löwenmenschen – alle 30 000 bis 35 000 Jahre alt. Ältere Kunstobjekte wurden bisher nicht entdeckt. Auch die ersten Musikinstrumente lagen dort: zwei Flöten aus Schwanenknochen, sowie eine dritte aus Elfenbein, geschickt ausgehöhlt und mit Birkenpech, dem Kontaktkleber der Steinzeit, zusammengefügt. Jetzt gehört mit der Ur-Venus auch eine Frau zum ersten Kunstensemble der Menschheit. Wurde hier, kaum hundert Kilometer von der damals eisbedeckten Schweiz entfernt, die Kunst erfunden? Gab es einen ästhetischen Urknall in Schwaben?

Auch der Entdecker der neuen Venus, Nicholas Conard, plädiert für einen solchen «lokalen Ursprung». Von hier aus könnte sich die Kunst über Europa verbreitet haben – etwa an die Ardèche, wo vor 32 000 Jahren ein halbes tausend fantastische Tierbilder an die Höhlenwände von Chauvet gezeichnet wurden. Damit müsse die Theorie einer schrittweisen Entwicklung der Kunstfertigkeit beerdigt werden, sagen Archäologen wie Anthony Sinclair von der Universität Liverpool. «Die ersten

Wurde hundert Kilometer von der damals eisbedeckten Schweiz entfernt die Kunst erfunden?

in denen die Jäger einsam durch die Steppen streiften.

Weibliche Forscher bezweifeln das; meist mit dem süffisanten Hinweis, dass die Venus-Figurinen doch oft ältere Frauen darstellten, mit vom Stillen strapazierten Brüsten – und die seien wohl nicht einmal in Eiszeitnächten

Venus-Figurinen aus der europäischen Steinzeit

Venus von Dolni Vestonice



Die in Mähren entdeckte Statuette wurde aus einer Mischung aus Tierknochenmehl und Lehm gebrannt. Sie ist damit eine der ältesten Keramiken der Welt.

Venus von Kostenki



Die Skulptur trägt eine ähnlich kunstvoll geflochtene Kappe wie die Venus von Willendorf. Die gewobene Struktur um den Hals setzt sich auf dem Rücken einem BH gleich fort.

Venus von Lespugue



Diese 25 000 Jahre alte Figur aus Elfenbein wurde 1922 in einer Höhle am Fuss der Pyrenäen gefunden. Auf ihrer Rückseite trägt sie eine Art Kordel-Schürze.

ein Männertraum gewesen. Frauen plädieren eher für die Deutung als Fruchtbarkeitsidol. Doch, wendet Antl-Weiser ein: «In den herumwandernden Jäger- und Sammlergruppen war eine hohe Fruchtbarkeit der Frau nicht erstrebenswert.» Babys waren beim Umherziehen eine Last. Populär ist es ebenfalls, die Venus-Figuren als Abbilder der Grossen Göttin und damit des Matriarchats zu interpretieren. Doch auch dafür, sagt die Sammlungsleiterin, existiere kein archäologischer Beleg.

Was zumindest sicher ist: Die Venus von Willendorf – und das gilt für die meisten ihrer Schwestern – ist eine überraschend realistische Darstellung einer beleibten Frau. Die Fleischfalten an Achseln und Knien sind naturgetreu. «Das macht niemand aus der Fantasie heraus», sagt Antl-Weiser, «da muss es Vorbilder gegeben haben.» Natürlich sei Übergewicht nicht die Norm gewesen im Jungpaläolithikum: «Eine Frau von solcher Statur war eine Ausnahmerecheinung.»

Gerade das nicht Alltägliche, Herausragende aber wird verehrt. Könnten die Venus von Willendorf und ihre Kolleginnen also Porträts von Matronen, reichen Häuptlingsmüttern oder opulenten Clan-Chefinnen sein, auf deren Korpulenz die Sippe stolz war wie auf ein Statussymbol?

Doch dann hätten auch die Gesichter der Porträtierten Aufmerksamkeit verdient. Die aber fehlen. Nein, die Venus-Figurinen scheinen keine Individuen darzustellen. Sie verweisen auf ein höheres Prinzip. Schliesslich ähneln sie sich über ganz Europa hinweg: Brüste, Bauch und Vulva stehen im Blickpunkt. Bei

denen von Monpazier und Grimaldi ist sogar der geöffnete Muttermund im Moment der Geburt dargestellt. Das wäre die einfachste Erklärung, sagt Antl-Weiser: Im kurzen Frauenleben von damals waren Schwangerschaft, Geburt und Stillen von konkurrenzloser Bedeutung. Viele Figuren sind an einer Stelle gebohrt. Auch die neue Ur-Venus hat an der Stelle des Kopfes einen Ring, so dass sie als Anhänger getragen werden kann. Dienten sie Schwangeren als schützendes, schmerzabwehrendes Amulett?

Die Gefahr des Spekulierens ist: Es kann den Blick auf Wesentliches verstellen. Tatsächlich ist erst in den letzten Jahren registriert worden, dass die Steinzeitdamen keinesfalls völlig nackt sind. Erst den Anthropologen Olga Soffer und James Adovasio fiel auf, dass der Kopf der Venus von Willendorf nicht mit einer merkwürdigen Frisur bedeckt ist, sondern dass es sich um eine kunstvoll gewebte Haube handelt: «Der Skulpteur hat mit seinem Feuersteinstichel mehr Zeit für die Kopfbedeckung aufgebracht als für den Rest der Figur», schreiben die beiden Anthropologen in «The Invisible Sex».

Nachdem ihnen das klar geworden war, entdeckten sie auch an fast allen anderen Frauen Textilien: mal nur einen Gürtel, dann ein Tuch oder einen Rock. Und stets gaben sich die Künstler bei deren Gestaltung grosse Mühe. Auch die Ritzungen, mit denen Arme und Bauch der Venus vom Hohlen Fels verziert sind, könnten Textilien andeuten, vermutet jetzt der Archäologe Paul Mellars in seinem *Nature*-Fundkommentar.

Solche Beobachtungen entlarven nicht nur das Klischee vom bloss Felle tragenden Steinzeitmenschen. Sie zeigen, was man vorher nicht wusste: Die Kulturtechniken des Fädenmachens und des Webens werden schon seit gut 35 000 Jahren beherrscht. Und das ist nicht zu unterschätzen, geht es doch um mehr als um Kleidermode. Mit Schnüren lassen sich Transportbehältnisse für den Alltag fabrizieren. Babys werden auf den Rücken ihrer Mütter gebunden, so dass diese arbeiten oder längere Strecken marschieren können. Und mit Seilen sind Baumstämme schnell zu einem Floss zusammengebunden.

Vor allem aber lassen sich Netze knüpfen, mit denen man Kleintiere jagen und fangen kann: Hasen, Vögel, Füchse, Fische. Die Wissenschaftler tragen immer mehr Hinweise dafür zusammen, dass das Bild von den Steinzeitjägern, die sich todesmutig mit Speeren auf Mammut und Höhlenbär stürzten, nur ein heroischer Mythos ist. Aas spielte eine viel wichtigere Rolle über die längste Zeit der Menschheitsgeschichte hinweg. Da war jede Verbesserung der Jagdtechnik, die für frisches, unverdorbenes Fleisch sorgte, ein gewaltiger Kulturfortschritt.

Zur «human revolution» gehört also beileibe nicht nur die Entdeckung der Kunst. Auch eine auf den ersten Blick banale Kulturtechnik wie das Weben brachte die Menschheit enorm voran. Es bleibt spannend, was die neue Venus vom Hohlen Fels den Forschern alles erzählen wird. Man muss nur genau hinsehen und darf sich nicht allzu sehr von ihrer üppigen Weiblichkeit ablenken lassen. ○

Die erste Kunst von der Schwäbischen Alb

Flöte



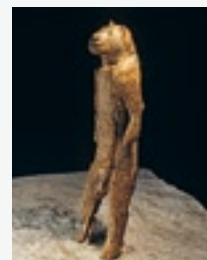
Diese Elfenbeinflöte aus der Geissenklösterle-Höhle gehört zu den ältesten Instrumenten der Geschichte. Forscher bauten sie nach und entlockten ihr anmutige Töne.

Mammut



Die 35 000 Jahre alte Mammutfigur aus Elfenbein ist nur 3,7 Zentimeter lang und wiegt 7,5 Gramm. Sie besticht durch ihre kunstvoll naturalistische Darstellung.

Löwenmensch



Dieses Zwitterwesen aus Mensch und Tier stellt vermutlich einen Schamanen dar, der mit seiner Löwenmaske Geister der Ahnen oder Totentiere beschwören soll.

Zimmermann und Gentleman

Der neue Mister Schweiz André Reithebuch trägt den Kosenamen «Rehli» und ist überhaupt ein richtig *gmögiger* Bergler. Sein Vorgänger Renzo Blumenthal wittert Gefahr und spuckt bereits Gift und Galle.
Von Dominique Feusi



So schön Postkartenschweiz: Mister Schweiz Reithebuch.

Das Wichtigste, was seine Eltern ihm beigebracht haben, ist «Anstand, Freundlichkeit und ein respektvoller Umgang mit Menschen». Er ist «freundlich, aufgestellt und bodenständig» und nennt als Schwächen: «Ich bin pingelig und habe einen ausgeprägten Ordnungssinn.» Zum Glück fehlt dem Glarner Zimmermann «nichts», und er kann sich an niemanden erinnern, dem er lieber nicht begegnet wäre. Und seine Mutter..., natürlich, man freut sich auf diese Aussage bereits wie auf einen Schlagerrefrain, seine Mutter nennt ihn «Rehli». Der schönen Augen wegen. Könnten wir etwas Musik haben?

Die Schweiz hat gewählt und sich 2009 für André Reithebuch, den beruhigenden Heimatfilm mit einem Schuss Richard Gere und «Deine Welt sind die Berge» im Programm, als offiziell schönsten Mann der Eidgenossenschaft entschieden. Im Finale gegen die bewegende Geschichte von Vize-Mister-Schweiz Gomes de Barros, dessen Vater vor acht Jahren an einer Krankheit starb und welcher Mutter und Schwester bei einem Familiendrama verlor. Er war angetreten, «um den Jungen zu zeigen, dass man seine Ziele trotz einer schweren Jugend erreichen kann». In einem Casting sind in solchen Momenten Hammer-Argumente gefragt. Man hat ja schliesslich ein Herz. *Time for a chance*, er hat sie verdient. In solchen Zeiten ver-

teilt man gerne wohlwollend ein paar gute Karten. Manch einer rechnete bereits mit dem Susan-Boyle- oder Paul-Potts-Effekt.

Ach, der Paul Potts, der singt ja in diesem Handy-Spot auch immer so schön. Jury-Mitglieder sagen in solch magischen Augenblicken: «Du hast meine Seele berührt.» Oder auch: «That was the biggest wake-up call ever!», wie «Britain's Got Talent»-Jurorin Amanda Holden den Auftritt der 48-jährigen Arbeitslosen Boyle in einem der meist angeklickten YouTube-Filmchen aller Zeiten kommentierte. Die ungeküsste Jungfrau mit der Erscheinung eines Zaunpfahls sang «I Dreamed a Dream», und man wollte wieder an das Gute glauben. Klicken Sie es ruhig nochmals an, Ihr Arbeitgeber wird es begrüssen, denn selten haben 7:07 Minuten so viel Hoffnung und so viel Glauben an den kleinen Mann zurückgegeben. Das ist internationaler Honig. Das ist ganz grosses Kino. Doch zurück in heimische Gefilde.

Bündnerisches Donnerrollen

Wir schalten um und senden wieder «direkt aus dem Centro Esposizioni in Lugano». «Centro Esposizioni» klingt nach einem Ort, wo einem der Zahnschmelz gerinnt, wenn Christa Rigozzi als Folienkartoffel die Bühne betritt. Und natürlich wird bei dieser Wahl auch nicht gesungen, es wird nach dem schönsten Mann

des Landes gesucht. Und dazu zog André Reithebuch im Finale gegen Gomes de Barros das Hammer-Argument, das nur einem Sieger gebührt, das Hammer-Argument in seiner ursprünglichsten Form: «Wenn ich Mister Schweiz würde, wäre das der Hammer!»

Jetzt tun wir mal nicht so enttäuscht. Es war schliesslich Samstagabend. Da war Gomes de Barros etwas viel Realität, etwas sehr Montagmorgen. Und sind die Berichte nicht schön, wie die Seniorinnen in Linthal nun für den André Socken stricken, weil der Bub ja Schuhgrösse 48 hat, und der OK-Präsident in Sachen Empfang vor lauter Aufregung kaum sprechen kann und dabei betont, dass er nun gar nicht mehr aufgeregt sei, «weil er sich jetzt einfach freut»? So viel Material, so schön Finanzkrisen-, Schweinegrippe- und Peer-Steinbrück-frei. So schön Postkartenschweiz.

Doch nun lässt Renzo Blumenthal, ehemals alleiniger Herrscher dieser Idylle, ein Donnerrollen fahren. Natürlich, als hätten wir es nicht gewusst, der Film vom Zimmermann und Gentleman ist etwas arg bunt koloriert und professionell retuschiert, da ist Marketing im Spiel, das hatten wir vorher aber noch nicht! Platzhirsch Blumenthal spricht nun angriffslustig vom «Mister Gekauft» und schmolzt: «Nur weil wir ähnlich sind, bedeutet das für André noch lange nicht, dass er Erfolg haben wird. Er sollte mich ja nicht als Massstab nehmen. Zwischen Graubünden und dem Glarnerland liegen immer noch viele Berge.» Das sass.

Die erste Runde ist damit eröffnet. Schliesslich gilt es, natürlich ganz im sportlichen Sinn, Renzos Rekordmarke vom Amtsjahr 2005 von über 450 000 Franken zu verteidigen. Und wenn Mister-Schweiz-Chef Urs Brülisauer berichtet: «Wir werden für André sämtliche damaligen Sponsoren von Renzo anfragen», da könnten wir doch verstehen, dass es dem Renzo schaurig schlecht passt, wenn da ein «Rehli» daherstakst und ihm das Image streitig macht. Ein Zickenkrieg zwischen einem Bio-Bauern und einem Zimmermann? Das hatten wir noch nicht. Letztes Jahr beschäftigte uns in der Zeit kurz nach Stephan Weilers Amtsantritt ein Phänomen namens «Blitz-Gebissoperation».

Eben, die aktuelle Konstellation scheint gar nicht so unspannend zu sein. Jetzt seien wir doch mal ein bisschen dankbar.

Aber ehrlich, eigentlich interessiert Sie das alles überhaupt nicht. Also wirklich, es gibt doch Wichtigeres auf dieser Welt. ○

Zwietracht unter Freunden

In den vergangenen Jahren waren die Interessen der USA und Israels im Orient nahezu deckungsgleich. Jetzt zeichnen sich Verschiebungen ab, die für Israel gefährlich sein könnten.

Von Pierre Heumann



Unsicherer Partner mit Nahost-Ambitionen: US-Präsident Obama an der Klagemauer in Jerusalem.

Als er Präsidentschaftskandidat war, warnte Barack Obama vor unrealistischen Erwartungen, wonach der Chef im Weissen Haus die Krisenregion Nahost allein und im Nu befrieden könne. Jetzt versucht er es trotzdem – und stellt die Freundschaft mit Israel auf eine harte Bewährungsprobe. Dabei könnte es zu einem ernststen Konflikt zwischen Obama und Premierminister Benjamin Netanjahu kommen, wenn sich die beiden nächste Woche in Washington treffen.

Ausgerechnet dort, wo sich Israel am stärksten bedroht fühlt – bei der nuklearen Aufrüstung des Irans –, möchte Obama nämlich eine konziliante Politik verfolgen. Er könnte sich vielleicht sogar mit einer iranischen A-Bombe abfinden – das zumindest befürchten Politiker und Militärs in Jerusalem. Die iranische Bombe wird von der israelischen Bevölkerung denn auch als reale Gefahr wahrge-

nommen. So strahlte kürzlich das israelische Fernsehen die Warnung des iranischen Generalstabschefs Attalah Salihi aus, Israel innerhalb von elf Tagen zerstören zu können. Dass Präsident Mahmud Achmadinedschad routinemässig ins gleiche Horn bläst, trägt nicht gerade zur Beruhigung der Israelis bei.

Wandel der Nahostpolitik

Netanjahu will deshalb Druck machen. Die informelle Frist für Fortschritte, um den Iranern mit diplomatischen Mitteln die Bombe auszureden, müsste aus seiner Sicht Ende Jahr auslaufen. Denn einen «kritischen Dialog» mit dem Iran haben die Europäer bereits in den letzten fünf Jahren versucht – ohne Erfolg. Er gab den Mullahs hingegen Zeit, ihrem Ziel, der A-Bombe, näherzukommen.

Doch nicht nur in der Einschätzung der iranischen Gefahr sind sich der Amerikaner und

der Israeli uneinig. Obama hat die europäische Sicht verinnerlicht, wonach die Lösung des israelisch-arabischen Konflikts die Voraussetzung sei, um andere Probleme in der Region zu lösen – zum Beispiel die nukleare Aufrüstung des Irans. Also setzt Obama im Mittleren Osten neue Prioritäten. Zunächst will er Israel unter Druck setzen, um den Konflikt mit den Palästinensern zu lösen. Dann werde es einfacher sein, das iranische Atomproblem zu entschärfen.

Der Streit um die Frage «Was kommt zuerst, Palästina oder der Iran?» belastet das amerikanisch-israelische Verhältnis. Die israelische Regierung registrierte seit Obamas Amtsübernahme, dass sich die Koordination zwischen Washington und Jerusalem verschlechterte, meinte denn auch kürzlich die linksliberale Tageszeitung *Haaretz*. Die neue Regierung betrachte Israel offenbar nicht mehr als «speziellen» oder «aussergewöhnlichen» Staat im

Mittleren Osten, mit dem die USA einen anderen Dialog pflegen müssten als mit befreundeten Ländern wie Jordanien oder Ägypten.

Amerika steht vor einem grundlegenden Wandel seiner Nahostpolitik und signalisiert eine neue Kühle gegenüber Israel. So liess die Staatssekretärin im US-Aussenministerium, Rose Gottemoeller, bei einer Uno-Konferenz in New York eine Bombe platzen. Sie forderte in der vergangenen Woche ausdrücklich vier Staaten auf, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV) beizutreten: Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel. Dass die US-Vertreterin Nordkorea und Israel in einem Atemzug nannte und dabei die nukleare Aufrüstung Teherans unerwähnt blieb, sorgte in Jerusalem für Aufregung. Gravierender noch ist für Jerusalem aber, dass die US-Regierung erstmals die Existenz israelischer Atomwaffen bestätigte und damit am Kern der Beziehungen zwischen Israel und seiner Schutzmacht USA rührte. Bislang konnte sich Israel darauf verlassen, dass die USA eine Kontrolle der atomaren Waffenbestände verhindern. Das hatten 1969 Golda Meir und Richard Nixon in einem Geheimabkommen vereinbart. Dabei hatte sich Israel nur verpflichtet, keine Nukleartests durchzuführen. Im Gegenzug verzichteten die USA darauf, Israel zur Unterzeichnung des NVV zu drängen.

Umworbene Islamisten

Hinter Gottemoellers Äusserung verbirgt sich ein grundlegender Schwenk. Die US-Regierung will zum ersten Mal die Beziehungen zu Israel anderen Zielen unterordnen – zum Beispiel dem Dialog mit dem Iran oder der globalen Abrüstung. Dabei riskiert sie den Konflikt mit der einflussreichen Israel-Lobby. Das belegt die Kritik von Vizepräsident Joe Biden, der Israel in ungewöhnlich scharfer Form aufforderte, an der Zwei-Staaten-Lösung festzuhalten und seine Siedlungspolitik aufzugeben. «Baut keine weiteren Siedlungen, reisst bestehende Aussenposten ab, erlaubt den Palästinensern Bewegungsfreiheit und gebt ihnen Zugang zu ökonomischen Chancen», sagte Biden – vor der Versammlung der israelischen Lobbyvereinigung Aipac in Washington.

Anders als sein Vorgänger teilt der neue Chef im Weissen Haus die Welt nicht mehr nach Kriterien von Gut und Böse ein. Obama ist pragmatisch. Um bei islamischen Staaten zu punkten, könnte er Israel Konzessionen abverlangen. Wenn Obama die «Achse des Bösen» in Richtung Westen drehen will, müsste er Ländern wie Syrien oder dem Iran allerdings allherhand bieten – und dabei Israel unter Druck setzen. Der Rückzug von den Golanhöhen, die Räumung von Siedlungen, eine Teilung Jerusalems bis hin zur Kontrolle der Nuklearstation Dimona durch internationale Beobachter wären aus Sicht Netanjahus der schmerzliche Preis zur Erfüllung von Obamas Nahost-Ambitionen.

Bereits sehen sich Islamisten vom Westen umworben, ohne dass sie Zugeständnisse machen oder ihren Kurs mässigen müssen. So zeigte sich Aussenministerin Hillary Clinton im vergangenen Monat bereit, einer künftigen palästinensischen Einheitsregierung mit Hilfgeldern unter die Arme zu greifen, selbst wenn dort Hamas-Minister vertreten wären, die in Washington offiziell als Terroristen bezeichnet werden. Obama weist den Weg: Auch die britische Diplomatie sucht den Kontakt zur Hisbollah, der von Teheran finanzierten schiitischen Terrorgruppe im Libanon. Und ein Hamasführer gab einer Zeitung zu Protokoll, dass in den letzten Wochen vier EU-Staaten «solide, direkte Kontakte» etabliert hätten.

Obama geht auf Achmadinedschad zu

Doch Islamisten interpretieren die sanfteren Töne als Schwäche und stellen Forderungen. So hat das geistliche Oberhaupt des Irans, Ajatollah Ali Chamenei, den Aufruf zu einem Neuanfang in den Beziehungen zurückgewiesen. Er warf dem US-Präsidenten vor, lediglich von einem Wandel zu sprechen, aber an der Politik der Vorgängerregierung von George W. Bush festzuhalten. Allein, Obama lässt sich nicht beirren. Sobald im Iran die Wahlen über die Bühne sind, wolle er das Gespräch mit dem neuen Präsidenten suchen, sagen US-Diplomaten.

Systematisch bereitet Obama die Begegnung mit Teheran vor. Als er den Iranern im März via Video zu ihrem Neujahrsfest Noruz gratulierte, sprach er nicht einfach vom Iran, sondern von der «Islamischen Republik Iran». Damit benutzte ein amerikanischer Präsident erstmals seit 1979, dem iranischen Revolutionsjahr, den korrekten Namen des Landes – für Teheran ein klares Zeichen, dass die USA die islamische Revolution und damit auch die islamische Republik anerkennen.

Israel hat hingegen andere Prioritäten und hält Obamas Ansatz für naiv. Der Iran müsse daran gehindert werden, zur Atommacht aufzusteigen. Das wäre ein Sieg für die Ajatollahs, die kaum einen Tag vergehen lassen, ohne Zerstörungsdrohungen gegen Israel auszustossen, sowie ein Erfolg für Hamas und Hisbollah. Gleichzeitig müssten die gemässigten arabischen Kräfte eine empfindliche Niederlage einstecken, sollte die Islamische Republik über die A-Waffe verfügen.

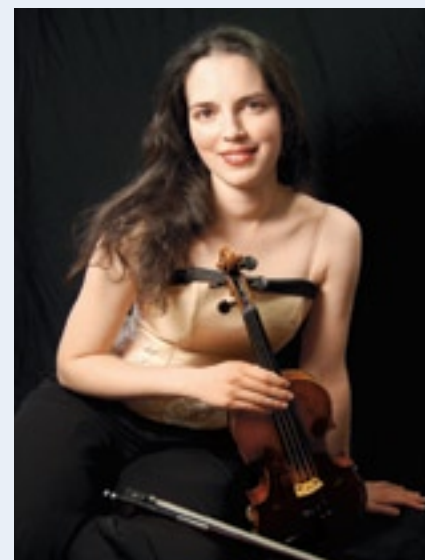
Ein amerikanisch-iranischer Dialog wäre für Jerusalem äusserst beunruhigend. Denn bei Gesprächen kämen auch Themen zur Sprache, die Israel direkt und existenziell betreffen – zum Beispiel das iranische Atomprogramm sowie die Positionen und Ambitionen des Irans in Syrien, im Libanon oder bei den Palästinensern. Wenn über Israels regionale Ur-Interessen verhandelt wird, will sich Jerusalem aber nicht auf Stellvertreter verlassen – zumal sich die Israelis nicht mehr sicher sind, ob sie sich auf die USA noch verlassen können. ○



Platin-Club

Weltwoche-Verlosung

Die Weltwoche verlost 25x2 Tickets für das Konzert «Ein Sommernachts-traum» am 5. Juni 2009, 19.30 Uhr, KKL Luzern, Konzertsaal.



Sophia Jaffé

Galakonzert zum 200. Geburtstag von Felix Mendelssohn Bartholdy

Felix Mendelssohn Bartholdys Geburtstag jährte sich am 3. Februar 2009 zum 200. Mal. Grund genug, seiner genialen Musik ein Konzert zu widmen.

Die Münchner Symphoniker unter der Leitung ihres Chefdirigenten Georg Schmöhe eröffnen das Konzert mit der Ouvertüre aus «Ein Sommernachts-traum» op. 21. Sophia Jaffé versprüht mit ihrer Violine Anmut und offeriert ein akustisches und optisches Gesamtkunstwerk.

Mit Mendelssohns Konzert für Violine und Orchester in e-Moll op. 64 wählte sie für ihren Auftritt in Luzern eines der populärsten Instrumentalkonzerte. Im zweiten Konzerteil interpretieren die Münchner Symphoniker Mendelssohns 4. Sinfonie, die «Italienische».

Weltwoche-Verlosung

Gewinnen Sie 25x2 Tickets!

Registrieren Sie sich jetzt auf www.weltwoche.ch/platinclub, und mit ein wenig Glück gehören Sie schon bald zu den Gewinnern.

Teilnahmeschluss: 23.5.2009

Vorverkauf unter www.classic-events.ch und an allen Ticketcorner Vorverkaufsstellen.

Berlusconi ärgert seine Gegner

George W. Bush hat als Prügelknabe ausgedient. Jetzt avanciert Italiens Premier Silvio Berlusconi wieder zum Lieblingsfeindbild aller Wohlmeinenden. Zum Leidwesen seiner Gegner ist der Cavaliere in Italien populärer denn je. Von Stefano Bernasconi



Näher am Puls: Serien-Premier Berlusconi.

Silvio Berlusconi sorgt für Schlagzeilen. Seine Frau Veronica Lario, vor langer Zeit selber als unbekanntes Starlet vom Mailänder Bau- und Medientycoon geehlicht, empört sich über die jungen, schönen und tüchtigen Ministerinnen und über attraktive Kandidatinnen aus der Unterhaltungsbranche auf der Liste seines Popolo della Libertà für die bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament. Als der Premier in Neapel in Anwesenheit von deren Eltern und Grosseltern die Geburtstagsparty einer 18-Jährigen besucht, die ihn angeblich «Papi» nennt, kündigt seine Frau ihm die Scheidung an. Die Anti-Berlusconi-Presse berichtet genüsslich und seitenlang.

Nicht nur bei der von Erfolg- und Ideenlosigkeit geplagten italienischen Linken und in in ihren Hoforganen *Repubblica* und *Unità* flackert einmal mehr die Hoffnung auf, diesmal sei der Bruchpunkt erreicht und der Cavaliere werde endlich straucheln. Die meisten Kollegen, von der *Woz* über die *SRG* bis hin zur *NZZ* oder zum *Economist*, teilen diese Hoffnung. Doch alles sieht danach aus, dass sie der Mailänder wieder einmal bitter enttäuschen wird.

Womit erklärt sich die anhaltende Popularität des 72-Jährigen, den die Italiener 2006 nach nicht besonders erfolgreichen fünf Amtsjahren mit der knappsten denkbaren Mehrheit abgewählt und dem sie weniger als zwei Jahre

darauf zu einem triumphalen Wahlsieg und zu einer dritten Amtszeit verholfen haben? Einige Erklärungselemente:

1 — Berlusconi ist zwar ein Milliardär und Tycoon, er scheint aber besser zu wissen, wo die einfachen Leute der Schuh drückt, als die abge-

Berlusconi weiss über die einfachen Leute besser Bescheid als die abgehobene *casta* der Politiker zur Linken.

hobene *casta* der Politiker zur Linken, die mit pseudointellektuellen Ausschweifungen Probleme wie Migration und Kriminalität verdrängen. Keine Regierung hat dafür Patentrezepte, aber die derzeitige scheint diese Fragen tatsächlich anpacken zu wollen. Die unkontrollierte Einwanderung, der viele Italiener mit einer Mischung aus Wut und Resignation gegenüberstanden, wird in Rom nicht mehr wie zu Prodis Zeiten mit Schulterzucken hingenommen. Die Armee patrouilliert in den grössten, von der Ausländerkriminalität besonders geplagten Städten. Aus rein polizeilicher Sicht mag das – vergleichbar dem Wachestehen schweizerischer WK-Soldaten vor ausländischen Botschaften – kein besonders effizientes Mittel sein. Aber für die Bevöl-

kerung ist es ein Zeichen, dass ihre Sorgen endlich ernst genommen werden. Und offensichtlich schätzen es die Leute, ihre Soldaten im täglichen Leben präsent zu sehen.

2 — Der Ministerpräsident hat es meisterhaft verstanden, sich als einer zu positionieren, der die Ärmel hochkrempt und zupackt. Nachdem die Politiker in Rom und Neapel sich die Verantwortung für die Abfallberge in Neapel jahrelang gegenseitig und alle der Camorra zugeschoben haben, erklärte Berlusconi vor den letzten Wahlen, er werde das Problem mit Hilfe der Armee und der Infrastruktur der norditalienischen Regionen innerhalb von drei Monaten im Wesentlichen lösen. Das hat er getan.

Angesichts der Erdbebenkatastrophe in den Abruzzen wurde er zuerst auf dem falschen Fuss erwischt. Einer seiner bekannt lockeren und unüberlegten Sprüche gegenüber Obdachlosen in Zeltlagern («Ihr müsst das halt ansehen wie einen Campingausflug...») schien das Mass vollzumachen. Blitzschnell reagierte der gewiefte Taktiker und begnadete Improvisator. Zehn Tage lang erschien er täglich persönlich im Erdbebengebiet und hörte sich die Sorgen der Leute mit nie erlahmendem Interesse an. Selbst viele seiner politischen Gegner zeigten sich beeindruckt. Die Katastrophendienste erbrachten in den Abruzzen Bestleistungen, und auch der Wiederaufbau scheint wider Erwarten gut angelaufen zu sein. Das Meisterstück, mit dem der Cavaliere alle überrumpelte, war aber die Verlegung des pompösen G-8-Gipfels vom kommenden Juli von der Luxusatmosphäre einer Insel bei Sardinien in eine nüchterne Kaserne der Finanzpolizei – mitten im Erdbebengebiet.

3 — Gewiss, noch immer schlägt sich der blendende Politikvermarkter Berlusconi mit der Justiz herum. Sein zu Beginn der Legislatur zusammengezimmertes Immunitätsgesetz für höchste Staatsämter würde in keinem anderen zivilisierten Land durchgehen. Dennoch hat es der Premier verstanden, seine neue Regierung in den Ruf der Seriosität zu bringen. Das hebt sie vorteilhaft ab von der linken Vorgängerregierung von Romano Prodi mit ihren endlosen Streitereien und extremistischen Exzentrikern unter den Ministern. Aber auch das Kabinett Berlusconi II (2001–2006) war schlechter. Der alte Vorwurf, der Premier sei nur ein Showman, ist zwar nicht verstummt, findet aber wesentlich weniger Widerhall als auch schon. Selbst Kritiker anerkennen, dass der Unternehmer zum zweiten Mal eine stabile Regie-

rung anführt. Das gab es im demokratischen Italien noch nie.

Die Vereinigung von Berlusconi's Forza Italia mit der ehemals neofaschistischen Alleanza Nazionale im neuen Popolo della Libertà ist zustande gekommen und bisher ein Erfolg. Der frühere Alleanza-Chef Gianfranco Fini ist im staatsmännischen Repräsentativamt des Kammerpräsidenten parkiert worden. Mit dem unsicheren Alliierten Umberto Bossi von der Lega Nord, der schon die Regierung Berlusconi I (1994) zu Fall gebracht hat, herrscht gutes Einvernehmen. Die von der Lega seit Jahrzehnten angestrebte Reform in Richtung eines echten Föderalismus inklusive finanzieller Autonomie für die Regionen, Provinzen und Gemeinden ist in gemässiger Form soeben verabschiedet worden, wenn auch noch lange nicht umgesetzt. Rechtzeitig vor den Europawahlen wird das Parlament auch noch dem umfangreichen Sicherheitspaket der Regierung zustimmen.

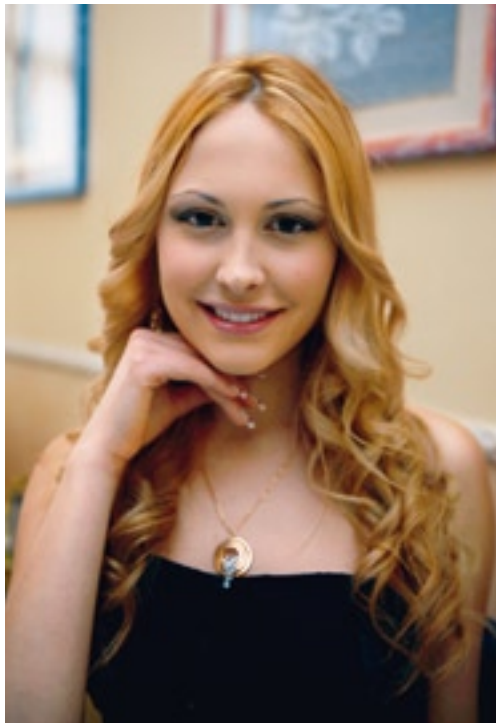
Wie liberal ist Berlusconi?

Trotz gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten, etwa in der im nach wie vor mehrheitlich gut katholischen Italien heftig umstrittenen Frage der Sterbehilfe, scheinen der hyperaktive Regierungschef und der ehemals kommunistische, auf die Würde der Institutionen bedachte greise Republikpräsident Giorgio Napolitano, dem Berlusconi mit viel Respekt begegnet, ebenfalls recht gut miteinander zu harmonieren. Auch wenn er es selber immer weit von sich weist, gehen nicht wenige Italiener davon aus, dass der Cavaliere bei der nächsten Vakanz, und falls seine gegenwärtige solide Mehrheit im Parlament dannzumal noch besteht, selber Ambitionen auf das formell höchste Staatsamt hegen könnte.

Trotz den Erfolgen bleibt die Frage, wofür Berlusconi wirklich steht. Unsinn ist der von den *usual suspects* unter den aufgeregten italienischen Linksintellektuellen und ihren ausländischen Nachbetern erhobene Verdacht, der Premier strebe nach einer – womöglich sogar «faschistischen» – Diktatur. Berlusconi ist Demokrat und hat dies auch mehrmals nach verlorenen Wahlen unter Beweis gestellt. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob er auch ein Liberaler sei. Er behauptet dies, drückt sich aber seit je um unpopuläre Entscheide, etwa wenn es um dringende Reformen des vollkommen ineffizienten italienischen Sozialsystems geht. Seine Koalition umfasst Liberale, Christdemokraten, Sozialisten, Nationalisten, Separatisten und waschechte Etatisten. Der bunten Berlusconi-Truppe liegt der eigene Erfolg sicher näher als Prinzipientreue, aber das gilt auch für ungezählte andere Politiker.

4 — Kaum hatte die Regierung Berlusconi III vor einem Jahr ihre Tätigkeit aufgenommen, setzte die Wirtschaftskrise voll ein. Italien war schlecht gerüstet. Von allen grossen Industrie-

ländern ist es dasjenige mit der drückendsten Schuldenlast, welche die wechselnden Regierungen der Linken und der Rechten gemeinsam zu verantworten haben. Auch hatte das Land von den Boomjahren kaum profitiert. Der wirtschaftliche Motor tuckerte am Rand des Stillstands, und nur gerade die produktivsten Regionen im Norden vermochten mit



Noemi Letizia: zweifelhafte Komplimente.

der europäischen und internationalen Dynamik Schritt zu halten. Gewisse Aspekte der Krise trafen Italien aber auch weniger brutal als andere Industrieländer. Die italienischen Banken sind international verhältnismässig wenig aktiv und wurden vom Subprime- und Derivate-Kollaps weniger betroffen als etwa die UBS. Es zirkuliert das Bonmot: «Weshalb geht es unseren Bankiers immer noch relativ gut? – Weil sie nicht Englisch können...» Auf der anderen Seite haben die KMU-Lastigkeit der Wirtschaft und die Stärke der Familien die sozialen Auswirkungen der Krise gedämpft.

Zurück zum jüngsten Wirbel um den notorischen Schürzenjäger Berlusconi. Als ihn seine Frau am langen 1.-Mai-Wochenende zum zweiten Mal innert Jahresfrist unmittelbar vor Wahlen angriff, und zwar in der Presse seines gefährlichsten Gegners Carlo De Benedetti, ebenfalls Grossunternehmer und Medientycoon, aber der Linken zugeneigt, schien der Premier einen kurzen Augenblick lang zu wanken. Aber schon am Tag darauf trat er unter dem Titel «Jetzt rede ich» nicht etwa auf einem seiner eigenen Fernsehkanäle auf, sondern in der bekanntesten politischen Sendung des Landes auf dem staatlichen Sender Rai Uno. Ernst, für einmal ohne lockere Sprüche und unter Verzicht auf jeden Angriff gegen seine Frau, widerlegte er die Vorwürfe recht

überzeugend. Vor allem aber führte er fast zwei Stunden lang geduldig und überlegt aus, was seine Regierung geleistet und sich noch vorgenommen habe. Selbst Kommentatoren, die dem Ministerpräsidenten sonst nicht besonders wohlgesinnt sind, zeigten sich beeindruckt und legten eher wenig Sympathie für Signora Berlusconi's Art an den Tag, eheliche Zwistigkeiten auszutragen.

Die Episode widerlegt im Übrigen die alte Mär vom angeblichen Medienmonopol des Premiers, das die Demokratie gefährde. Frau Lario fand sofort bereitwillige Kanäle, um die Angriffe auf ihren Ehemann zu lancieren. Von den fünf führenden Zeitungen Italiens gehört Berlusconi eine einzige. Seine Mediaset-TV-Stationen sind heftiger Konkurrenz durch die staatliche Rai ausgesetzt, von deren drei Kanälen einer traditionell Domäne der Linken ist. Danaben gibt es eine Reihe weiterer potenter privater Anbieter. Von einem Meinungsmonopol der Berlusconi-Medien kann keine Rede sein. Auch in Italien stehen die meisten Journalisten verlässlich links der Mitte.

Auf der Strasse und in den Kaffeebars tönt es gegenwärtig nicht schlecht für den stets perfekt frisierten Premier. Niemand stört sich daran, dass er sich seit Jahrzehnten mit jungen und schönen Damen umgibt. Seine Gattin, die selber aus dem Showbusiness kommt, dürfte gewusst haben, worauf sie sich einliess. Dass Berlusconi jeder Frau, übrigens auch älteren und weniger schönen, gerne Komplimente macht, auch solche, die nicht sehr geschmackvoll sein mögen, finden viele Italienerinnen und Italiener normal. Traut man den jüngsten Umfragen, sind die Kritiker in der Minderzahl, und der Popularitätstest der an sich belanglosen Europawahlen dürfte für die Regierungskoalition positiv ausgehen.

Von den fünf führenden Zeitungen des Landes gehört Berlusconi eine einzige. Seine TV-Stationen haben viel Konkurrenz.

Schliesslich: In der Politik muss man nicht gut sein, nur besser als die Gegner. Amtsvorgänger Prodi verschwand in der Versenkung. Der als Sammelbecken aller Berlusconi-Gegner gegründete Partito Democratico taumelt von Krise zu Krise. Sein erster Vorsitzender, der ehemalige Ministerpräsident und Bürgermeister von Rom, Veltroni, warf nach kurzer Zeit entnervt das Handtuch. Sein Nachfolger Franceschini ist ein farbloser Apparatschik aus dem Dunstfeld der ehemaligen Democrazia Cristiana. Im Hintergrund lauert Massimo D'Alema, der eigentliche starke Mann der Linken, und wartet auf seine Chance. Er und Berlusconi gehen pfleglich miteinander um, als ob sie wüssten, dass sie einander noch einmal brauchen werden. ○

Lob der Spitzenmedizin

Mein Freund Markus Schneider erlitt Komplikationen nach einer Herzoperation. Um ein Haar wäre der *Weltwoche*-Autor gestorben. Dank einer monatelangen Intensivbehandlung gelang die Rückkehr ins Leben. Sein Fall zeigt, was wir der Spitzenmedizin verdanken. *Von Oswald Oelz und Tom Haller (Bild)*



Erst lief alles perfekt, dann ging alles schief: Journalist Schneider.

Es war ein milder Frühsommertag. Ich grillierte Stücke vom Lamm, und wir tranken ein oder zwei Glas Retsina. Markus Schneider erklärte mir, wie ich die Texte zu einem geplanten Buch abzuliefern hätte. Ich war zuversichtlich; schliesslich war Markus ein gestandener Journalist, dessen Artikel ich in der Vergangenheit mit Genuss gelesen hatte. Dann stiessen wir auf mein künftiges Buch an. Und auf seine Herzoperation.

Eine Aortenklappeninsuffizienz habe er; das Ventil zwischen linker Herzkammer und Aorta schliesse nicht mehr richtig und rinne deswegen, erzählte Markus. Man habe ihm vorgeschlagen, diese defekte Klappe am Universitätsspital zu ersetzen. Ich sagte ihm mit tiefer Überzeugung, fast mit verhaltener Begeisterung: Ja, das solle er unbedingt machen lassen, die Operation sei heutzutage in geübten Händen und in Zentren mit hohen Fallzahlen Routine. Komplikationen seien höchst-

tens bei ein bis zwei Prozent der Patienten zu erwarten, und er sei ja jung und sonst völlig gesund. *No problem.*

Mein Optimismus hatte Gründe. Vor über 45 Jahren, als Student der Medizin, hörte ich in Innsbruck die Vorlesung über die Krankheiten der Aortenklappe. Patienten mit deutlichen Beschwerden hatten schlechte Karten: Sie starben innert Monaten oder weniger Jahre. Viel Vernünftiges könne man nicht machen, dozierte der Professor. Zwar gebe es in Amerika Chirurgen, die solche fehlerhaften Klappen durch Kunstklappen aus Stahl und Plastik ersetzen, aber das sei wohl wieder so ein abgehobener, typisch amerikanischer Holzweg. Und so erstickten die Patienten damals. Wenn sie Glück hatten, bekamen sie genügend Morphium.

Als ich 1968 nach Zürich kam, war das schon anders. Åke Senning, der charismatische Chef der Herzchirurgie am Universitätsspital, ersetzte die defekten Herzklappen, und ich sah

die Patienten in ein neues Leben treten. Inzwischen kann diese Operation mit gutem Erfolg sogar bei über Achtzigjährigen durchgeführt werden. Das alles berichtete ich Markus, schwärmend über den persönlich erlebten Fortschritt der Heilkunde. Alles werde gutgehen, er habe ein neues Leben vor sich. Darauf einen letzten Schluck Retsina.

Dann erfuhr ich noch, dass Markus am 7. August 2007 erfolgreich operiert worden war, und dachte mir gar nichts mehr. Jetzt würde er sich erholen und ein neues, von der Spitzenmedizin geschenktes Leben führen. Dann kam die Nachricht, dass er auf der Intensivstation der Neurochirurgie des Universitätsspitals Zürich in extremis behandelt werde.

Wochenlanges Koma

Die allermeisten Operationen an der Aortenklappe sind erfolgreich, die Patienten werden gesund: Wir haben es weit gebracht! Vergessen werden oft die wenigen Pechvögel, bei denen ernsthafte Komplikationen auftreten. Für die ist die Statistik bedeutungslos. Der Pfeil eines wütenden Geschicks hat sie getroffen, sie sind unschuldig, weder liederlicher Lebenswandel noch Sünde können haftbar gemacht werden. Die vierzigjährige Frau, die weder geraucht, getrunken noch sonst die Normen überschritten hat und trotzdem an Leukämie erkrankt, sucht nach Erklärungen und findet keine. Das ist noch immer wie zu Zeiten, als man an den Blitze schleudernden Zeus glaubte.

Alles lief perfekt bei Markus Schneider – doch dann ging alles schief, was nur schiefgehen konnte. Noch beim Anstehen im Esssaal der Rehabilitationsklinik in Seewis im Graubündner Prättigau, eine gute Woche nach der Herzoperation, dachte Markus wohl an alles Mögliche, als ein Blutgerinnsel Teile seines Gehirnkreislaufs verstopfte. Danach folgten eine schwere Gehirnblutung, Hirnoperation und wochenlanges Koma an der Beatmungsmaschine. Und jede mögliche Komplikation nahm er auch noch mit.

Man muss es sich so vorstellen: Wie im Boxring liegt Markus am Boden, Halluzinationen von Nashörnern und einem Tiger quälen ihn. Er ist hilflos, ratlos, empört und auch zornig. Dieser Zorn ist Teil der Überlebensstrategie, die ihm kurz vor dem Auszählen wieder auf die Beine hilft. Er will sich vom Schicksal nicht vernichten lassen. Die Ärzte helfen ihm dabei, entscheidend aber ist sein persönlicher Lebenswille und das Netz seiner Lieben. Alle



Geschenktes Leben: Herzoperation.

sind in tiefer Sorge und voller Anteilnahme; alle sind überfordert, bewahren aber Fassung. Angst, Not, Ratlosigkeit, Mitleid und Zuversicht wechseln in wirbelndem Emotionsmix, die Hoffnung bleibt. Das ist nicht immer so. Ich habe erlebt, dass der Ehemann seine Frau nicht mehr besuchte, weil er ihr Leiden nicht ertragen konnte.

Menschen wollen nicht mit Schläuchen an Maschinen angeschlossen werden. Der Vorwurf, der Natur nicht ihren Lauf zu lassen, das Leiden der Patienten zu verlängern und den Patienten zur Sache zu degradieren, ist von Gesunden häufig zu hören. Darum werden Verfügungen unterzeichnet und Organisationen beauftragt, für ein Sterben in Würde zu

Das Medizinsystem ernährt mehr als zehn Prozent der Bevölkerung und entrichtet Steuern.

sorgen. Das kann sich schnell ändern, wenn man krank wird. Ich erinnere mich an einen Patienten unserer Klinik, der nach überstandem Herzinfarkt am Ausgang des Spitals wegen eines Herzstillstandes zusammenbrach. Er wurde sofort erfolgreich reanimiert, auf die Intensivstation gebracht und dort beatmet. Einige Tage später – er war inzwischen wieder auf der normalen Bettenstation – erzählte er mir, wie er mit dem Beatmungsschlauch im Mund langsam wieder zum Bewusstsein kam. Ihm fiel zu seinem Schrecken als Erstes seine Exit-Verfügung ein. Er hoffte sehr, dass wir diese nicht finden und, wenn doch, nicht beachten würden. Wir hatten sie nicht gefunden, und wir hätten sie auch nicht beachtet. Der Mann ging später mit einer kleinen Narbe im

Herzmuskel weitgehend gesund nach Hause. Markus hatte keine solche Verfügung, und Christa, seine Frau, dachte in allen Krisen nie daran, die Behandlung einstellen zu lassen. Ich habe in den Gesprächen mit ihr und in den späteren Diskussionen mit Markus nie den Eindruck gehabt, dass die beiden die Extremmedizin als unmenschlich, entwürdigend oder sinnlos empfunden haben.

Gewiss trübt der Machbarkeitswahn zeitweise die Entscheidungen der Intensivmediziner. Ausser in gänzlich aussichtslosen Situationen «kann man ja immer noch etwas machen». Diese ärztliche Maxime führt zu Überbehandlungen und sinnlosem Aktionismus. Auch das habe ich oft erlebt, und ich nehme mich nicht davon aus. Wir wollen Erfolg haben, und Agieren ist meist einfacher als Resignieren. Andererseits habe ich im Laufe der letzten Jahrzehnte den eindrücklichen Fortschritt der Medizin und die Heilbarkeit vieler früher aussichtsloser Krankheiten erleben dürfen.

Als ich 1972 als Assistenzarzt auf der Intensivstation des Universitätsspitals Zürich anfang, betreuten wir viele junge Patienten mit kardiogenem Schock, also Pumpversagen des Herzens aufgrund eines ausgedehnten Herzinfarkts. Was immer wir machten und wie viel Medikamente wir auch einsetzten: Bei mehr als neunzig Prozent der Betroffenen waren die Massnahmen erfolglos, sie starben noch auf der Intensivstation. Die wenigen, die das Spital verlassen konnten, starben in den nächsten Monaten an Herzversagen.

Heute werden dank Kathetertechnik und optimierter Intensivmedizin mehr als die Hälfte dieser Patienten gerettet, und sie können danach ein normales Leben führen. Ein Patient wie Markus wäre vor dreissig Jahren gestorben. Vor zwanzig Jahren hätte er seine Krankheit kaum überlebt. Heute ist er dank Intensivmedizin seiner Familie erhalten geblieben, hat ein Buch geschrieben und arbeitet wieder in einer Redaktion.

Sein «Fall» hat Kosten von einigen Hunderttausend Franken verursacht, eine ordentliche Stange Geld. Genug jedenfalls, um einmal mehr dem Gezeter Auftrieb zu geben, dass die Gesundheit zu teuer sei und wir uns die moderne Medizin nicht mehr leisten könnten. Allen Taschenspielertricks zum Trotz werden die Gesundheitskosten weiterhin um mindestens fünf Prozent pro Jahr wachsen. Auch die Politiker schreien lauthals mit; der noch gesunde Vorsitzende der Gesundheitsdirektorenkonferenz liess vor einigen Jahren gar verlauten, dass «die Gesundheit nicht das höchste aller Güter» sei, und outete sich als Rationierungsguru. Dies ist ein zu respektierender ehrsamer katholischer Standpunkt. Aber es ist die Meinungsäusserung einer *vanishing species*. Von einem Patienten jedenfalls habe ich diese Meinung nur ganz selten gehört, und ich habe kaum je einen getroffen, der seine eigene

Behandlung aus Kostengründen abgelehnt hätte. Auch Grüne schlucken zwar demonstrativ Globuli und trinken Fencheltee, beanspruchen aber bei ernsthafter Krankheit trotzdem alle Segnungen der Spitzenmedizin.

Wachstumskuh Gesundheitswesen

Gerade in Krisenzeiten sollten wir dankbar sein, dass wenigstens die Gesundheitskosten wachsen. Das Medizinsystem ernährt mehr als zehn Prozent der Bevölkerung und entrichtet Steuern. Vom medizinischen Koloss leben nicht nur Ärzte und Krankenschwestern, sondern auch Politikerinnen, Ökonomen, Journalisten, Krankenkassen- und Verwaltungsbeamte, Juristinnen, Ethiker, Sozialarbeiterinnen, die Pharmaindustrie, Bankerinnen ... Warum wollen wir unsere beste Wachstumskuh aushungern und klapprig werden lassen? Warum sollten wir auf Fortschritt und mehr Gesundheit verzichten? Immerhin steigt hierzulande die Lebenserwartung jedes Jahr um weitere zwanzig Tage.

Einschneidendes Sparen bei der öffentlichen medizinischen Versorgung trifft zudem nur die Bedürftigen; die Begüterten können sich ja weiterhin jegliche Behandlung einkaufen. Die Kranken dürfen nicht durch das Versorgungsnetz fallen. Wie eine reiche Gesellschaft mit ihren Schwachen umgeht, fällt letzten Endes auf sie zurück. Jeder von uns kann einmal schwach werden. Auch deswegen ist der Fall von Markus Schneider eine Erfolgsgeschichte sinnvoll angelegter Ressourcen.



Markus Schneider

Der Journalist und Buchautor erlitt nach einer Herzoperation zwei Hirnschläge und wurde für fünf Wochen in ein künstliches Koma versetzt. Er überlebte und schrieb darüber das Buch «Grimassenherz. Eine Reise zurück ins Leben». Echtzeit-Verlag. 96 S., Fr. 28.-. www.echtzeit.ch
Dieser Text ist eine gekürzte Version des Nachworts, das der frühere Chefarzt Oswald Oelz dazu verfasst hat.

Aus bestem Holz geschnitzt.

Je besser das Holz, desto einzigartiger der Tisch. Nach diesem simplen Prinzip und jahrhundertalter Handwerkskunst fertigen wir exklusive Möbel aus Massivholz individuell für Sie an. Überzeugen Sie sich selbst auf www.suessholz.ch.



«Diese Dinge sind natürlich teuer»

Vor neun Jahren gründete sie die Online-Luxus-Boutique Net-à-porter. Bei dieser Art des Einkaufens müsse keine Frau länger die taxierenden Blicke von Verkäuferinnen ertragen. Die Kundinnen danken es ihr. Und machten Natalie Massenet zu einer der einflussreichsten Frauen im Modebusiness. *Von Holger Christmann*

Unter der Glaskuppel des Londoner Whiteleys Centre im Stadtteil Notting Hill geht es zu wie in einem Bienenschwarm: 170 Mitarbeiterinnen – dazwischen wenige Männer – sitzen Schulter an Schulter an ihren Arbeitsplätzen, viele telefonieren. Frauen auf Stiletto eilen zwischen Meeting-Rooms und Grossraumbüro hin und her. Das alles sieht wenig hierarchisch aus, dafür sehr dynamisch. An der Wand meldet ein elektronischer Globus jede Bestellung, die eingeht. In Europa ballen sich an diesem Vormittag schon zahlreiche Lichtpunkte. Manchmal dreht sich der Globus auf dem Bildschirm, und es trifft ein Auftrag aus dem noch schlafenden Amerika ein oder aus Hongkong. An der Weltkarte erkennt Natalie Massenet eindrucksvoll, wo sie jetzt schon steht. Ihr Online-Store Net-à-porter ist von Zürich bis L.A. die Kult-Site unter zahlungskräftigen Modeliebhaberinnen. Net-à-porter, vor neun Jahren von Massenet, einer ehemaligen Modejournalistin, gegründet, steigerte seinen Umsatz jährlich um 50 bis 60 Prozent – und auch die Krise hat den Aufwärtstrend nicht gestoppt. Massenet gelang mit Net-à-porter eine kleine Revolution: Sie verkürzte den Zeitraum zwischen Modenschau und Verkauf der Kollektion an den Kunden von 6 Monaten auf 48 Stunden. Massenet verkörpert ihr Metier auch äusserlich: Perfekt gestylt, in einem Outfit von Miu Miu und High Heels von Givenchy, begrüsst sie ihren Gast.

Wer Ihr Büro unter der Kuppel zum ersten Mal betritt, ist beeindruckt von den vielen Menschen, die hier arbeiten.

Ich sage neuen Mitarbeitern immer: «Schauen Sie sich das genau an. In einem Jahr werden Sie es nicht wiedererkennen. Es wird alles viel grösser sein.» Sie lachen dann meistens und glauben mir nicht. Ein Jahr später sagen sie dasselbe zu den Neulingen.

Es scheint, dass Net-à-porter das neue Shopping-Erlebnis ist. Von arabischen Prinzessinnen bis Gwyneth Paltrow, alle schwärmen davon. Geht überhaupt noch ein Trendsetter in eine Einkaufsstrasse?

Was die Celebrities angeht: Bei uns finden sie all die Mode und die Labels, die sie lieben – und das Paparazzi-frei. Ansonsten sprechen wir grundsätzlich nicht über unsere Kundinnen. Wenn sie das selbst tun, freuen wir uns natürlich.

Was machte Sie überhaupt so sicher, dass ein Online-Shop für Mode funktioniert?

Ich war Moderedaktorin von *Women's Wear Daily*, *W* und *Tatler*. Es war schon damals mein Job, Ausschau nach neuen Trends zu halten. 1998 arbeitete ich für die Designerin Isabella Blow, die bei der *Sunday Times* für Mode zuständig war. Ich sollte ein Mode-Shooting zum Thema «Edwardian Style» betreuen. Mein Mann gab mir den Tipp, dafür doch mal über eine Suchmaschine zu recherchieren. Ich war überrascht, was es alles zu dem Stichwort gab. Nur eines gab es nicht, einen Online-Store für Mode. Ich dachte: Hey, Gelegenheit!

Es war Ihnen sofort klar, dass Sie eine Marktlücke entdeckt hatten?

Da ich vom Journalismus kam, plante ich ein Online-Modemagazin. Ich wollte erzählen, was *hot* und *trendy* ist, nur dass man die Teile anklicken und kaufen kann. Und mit Net-à-porter war der perfekte Name frei. Aus ihm ergab sich dann auch der Anspruch: Alle Prêt-à-porter-Häuser sollten vertreten sein, aus Paris, aus New York, aus London. Das hiess aber auch, dass alles top sein musste: der Service, der Look, die Verpackung. Sie musste noch schöner sein als die in den Luxusgeschäften.

Gerade Kollektionen von Luxus-Anbietern gibt es nicht in allen Ländern und nicht immer vollständig. Da musste Ihnen das Internet als perfekte Lösung erscheinen.

Absolut. Ich erlebte als Moderedaktorin immer wieder, dass gewisse Teile in den Magazinen abgebildet waren, diese aber nicht erhältlich waren. Das fand ich frustrierend. Von daher war klar, dass sich Net-à-porter an eine globale Klientel wenden sollte. Ich verstehe bis heute die Leute nicht, die eine Website für ein einziges Land eröffnen. Das Internet bringt die ganze Welt an einen Tisch. Wer das nicht nutzt, verpasst eine Riesenchance. Ausserdem: Eine Frau in Hongkong will doch dasselbe Paar Chloé-Schuhe wie die Frau in Paris. Sie lesen ja dieselben Modemagazine.

Ein Argument gegen den Online-Kauf ist: Man will Kleidung anfassen und anprobieren, bevor man sie erwirbt.

Aber das können Sie ja bei uns. Nur: Sie tun das bei sich zu Hause, nicht in fremdem Ambiente. Es ist doch viel angenehmer, das Kleid von Marc Jacobs vor dem eigenen Spiegel, im eigenen Licht und mit den eigenen Sachen anzuprobieren, als zu fremden Menschen

hinfahren zu müssen und sich bei denen in einer Umkleidekabine ausziehen zu müssen. Zu Hause sind deine beste Freundin oder dein Mann dabei, und sie sagen dir, ob es dir steht ... dann dieses Gefühl, wenn es an der Tür klingelt und die schöne schwarze Box ankommt. Das ist, wie sich selbst ein Geschenk gemacht zu haben. Wir liefern in 48 Stunden rund um den Erdball, in London und New York ist die Chloé-Tasche am selben Tag bei Ihnen.

Und wenn man merkt, man will sie doch nicht?

Dann tippt man nur ein: «Ich möchte es nicht», und am nächsten Tag – *ding dong* – kommt jemand an die Tür und holt es ab.

So funktioniert es? Man sendet es einfach zurück?

Man schickt es nicht zurück. Wir holen es ab. Das Geld wird Ihnen erstattet, oder Sie bekommen einen *store credit*.

Die Modewelt reagierte dennoch nicht durchweg begeistert auf Ihre Idee.

Das ist bis heute so. Es gibt immer noch Absagen. Aber ich hatte Glück. Die ersten Leute, die ich ansprach, kannten mich aus meiner Zeit als Journalistin: Tamara Mellon von Jimmy Choo – ihre Firma hatte damals explosionsartig Erfolg – und Anya Hindmarch, die Designerin. Beide, Frauen, Mütter und *big shots* der Modeindustrie, sagten: «Das ist die Art, wie ich einkaufen möchte. Ich habe keine Zeit, in Geschäfte zu gehen.» Als ich dann drei Monate später meine Bestellungen bei ihnen verdoppelte, waren sie sehr glücklich. Mit Marken wie Jimmy Choo an Bord konnten wir auch andere Labels überzeugen, heute kooperieren über 200 Designer mit uns.

Wie wichtig waren Ihre guten Beziehungen bei der Gründung von Net-à-porter?

Es ist sehr von Vorteil, wenn Sie die Leute, die Sie brauchen, einfach direkt anrufen können. Meine Kontakte in der Modewelt und die Kontakte meines Mannes in der Welt der Investmentbanker ergaben eine perfekte Kombination. Der Rest war harte Arbeit, Anklopfen an viele Türen, oft auch «nein» hören.

Welche Absage nagte am meisten an Ihnen?

Ich kann nicht eine herausheben. Es gibt immer noch Kandidaten auf meiner Wunschliste.

Zum Beispiel?

Chanel, Balenciaga, Gucci, Prada. Aber sie



«Wir demokratisieren den Zugang zur High Fashion»: Online-Modeunternehmerin Massenet.

werden sich alle noch für Net-à-porter entscheiden. Ich bin geduldig.

Sie sagen, die Modeindustrie erlebe gerade eine Revolution. Der bisherige Modezyklus sei überholt. Werden wir bald alle im Internet einkaufen?

Warum existiert der Modezyklus, so wie wir ihn kennen? Es begann mit der Haute Couture. Reiche Frauen reisten aus der ganzen Welt nach Paris, um die neueste Kollektion von Dior zu sehen. Sie gaben ihre Bestellung auf, und sechs Monate später traf die Kollektion bei ihnen zu Hause ein – massgeschneidert. Die *Vogue*-Redaktoren fuhren ebenfalls mit dem Dampfer nach Paris, sie machten Zeichnungen von den Entwürfen, fuhren zurück nach New York und veröffentlichten die Bilder Monate später in der *Vogue*. So erfuhren alle, die nicht nach Paris fuhren, was angesagt war. Mit der Zeitschrift in der Hand gingen sie zu ihrem Schneider. Mit der Nähmaschine kam das Prêt-à-porter – und damit die Fertigrösse. Die Frauen boykottierten sie anfangs. Sie fragten: Wie kann mir ein Kleidungsstück mit einer Konfektionsgrösse passen? Ich bin ein Individuum. Mit dem Internet erleben wir den Übergang von der Haute Couture über das Prêt-à-porter zum Net-à-porter.

Das heisst, wie so oft verändert eine technische Revolution viel mehr, als man anfangs dachte.

Ja. Heute kann jede Frau auf Style.com oder Fashion TV die Modenschau selbst live miterleben. Die Frauen wollen dann nicht sechs Monate warten, bis die Ware zu haben ist. Die Modehäuser wissen ja auch längst, dass zwei Kollektionen pro Jahr viel zu wenig sind. Deshalb werden immer häufiger sogenannte Cruise-Collections lanciert. Dennoch wird sich das Rad in Zukunft noch schneller drehen.

Sie haben mit Designern Neues ausprobiert, etwa mit Halston, dem Kultlabel aus der Zeit des «Studio 54», das von Ihrer Freundin Tamara Mellon wiederbelebt wurde, oder mit Roland Mouret.

Ja, wir organisierten eine kleine Show in Paris für wenige Leute und gaben Tausenden die Möglichkeit, im Internet dabei zu sein. Roland Mouret erklärte seine Kreationen. Wenn er das bei Bergdorf Goodman in New York macht, gibt es zwanzig privilegierte Frauen, die dabei sind und ihn befragen können. Wir demokratisieren den Zugang zur High Fashion.

Aber ganz arm darf man nicht sein, wenn man bei Ihnen einkauft.

Die Durchschnittsbestellung liegt bei 500 Pfund. Unsere Kundinnen beziffern ihr Haushaltseinkommen auf 150 000 Pfund in Grossbritannien und 300 000 Dollar in den USA.

Geht die globale Wirtschaftskrise spurlos an Ihrer Klientel vorüber?

Da wir global aufgestellt sind und der Markt noch lange nicht gesättigt ist, wachsen wir auch jetzt. Nehmen Sie eine Grossstadt im Mittleren Westen, wo wir bislang zwei Kundinnen hatten. Wir brauchen dort zwei weitere, und schon haben wir unseren Umsatz um 100 Prozent gesteigert. Natürlich sind wir uns der Tatsache bewusst, dass viele gutverdienende Leute ihre Jobs verlieren. Aber trotzdem stellen wir uns jetzt keine anderen Fragen als während des Booms. Wir fragen uns: Was kaufen die Frauen jetzt, und wie wollen sie es kaufen? Wir haben zum Beispiel eine schlichtere Verpackung im Angebot, für Kundinnen, die jetzt mit ihren Einkäufen noch weniger auffallen wollen.

Dennoch haben Sie gerade einen Outlet-Store eröffnet, www.outnet.com. Ist der eine Reaktion auf die Krise?

Die Sparte «Sale» hatten wir schon lange. Nur haben wir jetzt daraus eine eigene Marke kreiert. Wir wollen dort die Kundin von morgen abholen, die noch nicht den vollen Preis bezahlen kann, aber es eines Tages tun wird. Das Timing war aber nicht unpassend.

Auf der Weltkarte sah man viele Bestellungen im Grossraum London, in England insgesamt. Ist das Ihr stärkster Markt?

England und die USA sind bislang unsere wichtigsten Märkte. Hier sind wir am bekanntesten. Aber der europäische Markt und Asien insgesamt wachsen. Heute gab es schon mehrere Bestellungen aus Hongkong, Peking und Schanghai. In den Schwellenländern ist zum Teil das Einkaufen im Geschäft noch so ein neues Erlebnis, dort wird es eine Weile dauern, bis wir Fuss fassen.

«Jede Frau dieser Welt wird im nächsten Herbst Stiefel bis über die Knie tragen.»

Wann werden die Männer das berühmte «ding-dong» an der Tür hören, um den Tom-Ford-Anzug in Empfang zu nehmen?

Das wird noch eine Weile dauern. Wir wollen erst mal eine Sache gut machen. Viele junge Unternehmen verzetteln sich ganz am Anfang mit zu vielen Spin-offs und vernachlässigen ihre Kernkundschaft.

Heute versuchen Modelabels oft, über Celebrities Bekanntheit zu erreichen. Zu Ihnen kommen die Stars, aber Sie reden nicht darüber. Warum?

Kate Hudson und Gwyneth Paltrow haben schon öffentlich gesagt, dass sie bei uns Kundinnen sind. Aber ob Gwyneth Paltrow oder die Hausfrau aus Zürich: Wir behandeln alle Kundinnen gleich. Auch das ist ein Unter-

Natalie Massenet

Natalie Massenet, 43, wurde in Los Angeles geboren und wuchs in Madrid, Paris und L. A. auf. Nach ihrem Bachelor in Literatur arbeitete sie als Autorin und Stylistin für das Branchen-Fachblatt *WWD* und für das Modemagazin *W*, bevor sie im Jahr 2000 in London Net-à-porter gründete, die erste Online-Luxus-Boutique. Die Skepsis der Branche war damals gross; heute hat die Firma 400 Mitarbeiter in London und New York. Ihre Konkurrenten von damals gingen pleite, doch Net-à-porter wächst unaufhörlich. Mit Kooperationen mit verschiedenen Designern gelang es Net-à-porter, den Zeitraum zwischen Modenschau und Verkauf der Kollektion an den Kunden von 6 Monaten auf 48 Stunden zu verkürzen. Die *Financial Times* nennt Net-à-porter das «Barometer der Mode». Der *Guardian* zählt die Firma zu den «fünf coolsten Arbeitgebern in England». Massenet ist verheiratet mit dem Investmentbanker Arnaud Massenet und hat zwei Kinder, Isabella, 9, und Ava, 3. Sie lebt in London. (hc)

schied zum Einkaufen da draussen. Wenn Sie in ein teures Geschäft kommen, werden Sie taxiert und unterschiedlich bedient, je nachdem, was die Verkäuferin denkt, wer Sie sind. Das verunsichert viele Frauen. Bei uns bekommt jede Kundin unseren besonderen Service.

Gibt es Frauen, die Sie für ihren Stil bewundern?

Ich habe Audrey Hepburn dreimal getroffen. Das waren magische Begegnungen. Ich kannte ihren Sohn, Jean Ferrer, aus Los Angeles und war auf seiner Hochzeit. Ich war damals 25 Jahre alt. Audrey Hepburn war so aussergewöhnlich, so elegant und rein in ihrem Stil, und sie war so grosszügig als Mensch. Sie sprach nie über sich, sondern immer über dich. Sie nahm mich zur Seite und sagte mir Dinge, die ich mein Leben lang bewahren werde. Von Isabella Blow habe ich gelernt, über den Tellerrand zu schauen, ein Individuum zu sein und Richtungen einzuschlagen, in die sonst niemand geht. Wenn Sie herausragen wollen, dürfen Sie nicht wie alle sein.

Gibt es im Moment Stilikonen?

Jemand, der mich umhaut, ist Lady Gaga. Sie hat eine enorme Präsenz. Sie wird modisch ein Vorbild für die Mädchen sein. Fasziniert bin ich auch von Kate Moss. Sie ist eine Individualistin und geht sehr entspannt mit dem Ruhm und dem Modezirkus um. Auch Michelle Obama ist eine tolle Frau. Und

die *Vogue*-Chefin Anna Wintour. Sie hat es geschafft, sich zwanzig Jahre an der Spitze zu halten und dabei Subjektivität und Geschäft, Kommerz und Ästhetik in einem sehr durchdachten Produkt miteinander zu verbinden.

Sie fördern gern Talente. Wem sagen Sie eine grosse Zukunft voraus?

Die Talentförderung ist nicht uneigennützig. Das sind Designer, an die ich glaube: Roland Mouret, Christopher Kane, Mario Schwab, in New York Alexander Wang und Jason Wu. Der ist erst 26, erlebt gerade seine zweite Saison und kleidet schon Amerikas First Lady ein. Er macht Kleidung, die tragbar und voller Raffinesse ist. Auch Luella Bartley wird ihren Weg gehen.

Was verkauft sich denn im Moment sehr gut bei Ihnen?

Louboutin-Schuhe sind die Renner, auch Boyfriend-Jeans mit grossen Löchern drin, Leder-Leggings, Rock-'n'-Roll-Zippers und Marken wie Balmain. Diese Dinge sind natürlich teuer.

Und was kommt im Herbst auf uns zu?

Jede Frau dieser Welt wird Stiefel bis über die Knie tragen. Der Trend geht sehr stark in Richtung Leder – und Rock 'n' Roll.

Wagen Sie einen Ausblick? Wo wird die Modeindustrie in, sagen wir, drei Jahren stehen?

Wir erleben gerade das Ende des Systems, wie wir es kennen. Die Hersteller werden die Ware noch schneller zum Kunden bringen. Es wird nicht zwei grosse Kollektionen, sondern viele kleine geben. Wichtig bleiben die Flagship-Stores und umwerfend gut gestaltete Multibrand-Stores mit eindrucksvollem Service und Mehrwert. Verschwinden werden die kleinen lokalen Geschäfte. Und es werden all die Händler verschwinden, die keinen Service und



In zwei Tagen um die Welt: Net-à-porter-Box.

keinen Mehrwert bieten. Wenn deine Geschäftsidee ist, dass du selbst mehr arbeitest, damit der Kunde weniger arbeitet, dann ist das eine Idee mit Zukunft. Wenn du denkst, du arbeitest weniger, dein Kunde mehr, und du verlangst mehr Geld von ihm – dann ist das keine gute Idee.

Und die Modenschauen?

Ihre Tage sind gezählt. Und die Fashion-Shows werden künftig Events für die Kundinnen sein. Mehr und mehr Kunden werden zu den Schauen eingeladen sein.

Wie bitte? Es gibt doch jetzt schon ein Gerangel um die Plätze.

Es gibt doch jetzt schon Platz für Tausende. Und die Kundinnen sollten dort sein. Sie sind die, die das Geld für Mode ausgeben,

viel Geld. Die Luxusmarken werden alles aufbieten, um ihre Kunden zu erreichen. Sie werden den besten Kunden die Tickets schenken. Denn am Ende werden alle davon profitieren. Und die Kunden werden das Erlebnis der Schauen lieben.

Wird auch Net-à-porter mehr Konkurrenten haben?

Ja. Jeden Tag kommen neue hinzu. Aber wir haben achteinhalb Jahre Vorsprung (*lacht*).

Wo erholen Sie sich von der Mode?

Jeden Freitagabend packen mein Mann und ich den Wagen voll mit Essen und tollem Rotwein und fahren in unser Cottage, zwei Stunden von London entfernt. Dort gibt es nur grüne Wiesen, Kühe und Hühner – und nicht mal Handy-Empfang. Wenn wir dann Sonntagabend zurück in die Stadt fahren und ich meinen Blackberry einschalte, bekomme ich jedes Mal fast eine Herzattacke.

Sie wuchsen in L.A. auf. Woher kommt eigentlich Ihr durch und durch französischer Name?

Mein Vater war Franzose, ein Nachfahre des Opernkomponisten Jules Massenet. Meine Mutter war Engländerin und modelte für Chanel, sie lebte in Paris. Sie traf dort wohl eine Menge Natalies, und deshalb bekam sie irgendwann ein Baby, das sie dann auch Natalie nannte. Mein Vater war zuerst Auslandskorrespondent, wechselte danach in die PR und machte Brigitte Bardot in den USA bekannt. Er arbeitete mit den Glamour-Stars seiner Zeit. Meine Eltern waren ein sehr modisches Paar, sie waren aber auch bescheiden in ihrem Lebensstil. Ich hatte also immer schon den Antrieb, mir mein eigenes Leben aufzubauen.

www.net-a-porter.com
www.outnet.com



WER UNS KENNT, KENNT UNS VON FREUNDEN

Wir pflegen unsere Kunden, wie man Freunde pflegt und machen Geschäfte, wie man sie mit Freunden macht: offen und erfolgreich. Schon seit 100 Jahren. Rufen Sie uns an: 0800 242 124

CIC BANQUE CIC | SUISSE |

CIC – La banque des connaisseurs

Basel, Freiburg, Zürich
Genf, Lausanne, Locarno, Lugano, Neuchâtel

www.cic.ch

100
1909 – 2009

Tonleiter der Erregung

Von Daniele Muscionico

Hell fällt das Licht dorthin, wo sich das Geheimnis verbirgt, der Schlüssel zum Geheimnis vielmehr. Der Hals, die Brust, und weiter unten... wer weiss, der wisse: Diese Jungfrau ist ein Jüngling, «Der Lautenspieler» von Michelangelo Merisi da Caravaggio.

Die Lippen sind wollüstig geöffnet, die Wangen von fiebrigen Rosen geküsst, das Gesicht hat die Form eines Herzens, das Grübchen am weichen Kinn ist das Bett für den Finger der Geliebten – alles an dem Knaben ist Erwartung, Verheissung, Lust.

Der Maler dieses Bildes kopiert zuhauf, erreicht von keinem, ist ein Urknall der Kunstwelt, 400 Jahre ist es her, und noch heute klingt die Wucht des Ereignisses nach. Mit Caravaggio beginnt die Autonomie des Blicks, der sich selbst die Welt erobert, jenseits übernommener Dogmen, kirchlicher Vorschriften und dem Manierismus der vorherrschenden Kunst. Der Barock! Die Feier des Körpers und der Körperlichkeit. Die Mittel, mit welchen er sie ins Bild setzt, sind Lichtregie und Nahsicht, ist ein übersteigerter Realismus, Dramatik und Pathos, Ironie und Erotik.

Im Frankfurter Städel-Museum ist Caravaggio ausgestellt, unterstützt von Museen aus ganz Europa und den USA, als Glanzstück «Der Lautenspieler», die Inkunabel des barocken Musikantenbildes. Glanzstück? Der Maler hatte sein Model in der Gosse gefunden und vor der Staffelei zum Lautenspieler kultiviert. Ein Täuschungsmanöver, dem Betrachter ins Stammbuch schreibend: «Glaube nicht, Mensch, du kennst deinen Nächsten!»

Wenn Caravaggio Heilige oder Apostel malt, nimmt er sich Modelle vom römischen Strassenstrich, Aussenseiter der Gesellschaft. Würde der Zöllner Matthäus vor seiner Berufung durch Jesus nicht auch als Sünder gebrandmarkt von seinen Angehörigen? Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein. Caravaggio brüskiert die Öffentlichkeit immer wieder durch Renitenz gegenüber Autoritäten, muss dafür ins Gefängnis, steht vor dem Richter. Er erregt Anstoss und ist selber ein Erregter – hingerissen von seiner Leidenschaft und von seinem jähen Temperament. 1606 erschlägt er im Affekt einen Menschen. 35 Jahre alt, ist er auf dem Höhepunkt seines Ruhms als Maler.

Das Ende ist Flucht, vier Jahre lang, dennoch malt er weiter, Heilige vorzugsweise, an sie glaubt er, an die Grenzgänger der bürgerlichen Ordnung, an Kippfiguren, wie er selber eine ist. Er lebte *dalle stelle alle stalle*, von den Sternen in die Gosse. Was bleibt, hat seinen Platz im Himmel gefunden.



Feier des Körpers und der Körperlichkeit: «Der Lautenspieler» von Caravaggio.



Christin mit mangelhaftem Design

Die amtierende Miss California kämpft gegen Homosexuellen-Ehen, ist gläubig und dennoch mit dem Herrgott unzufrieden.



Wittert einen politischen Skandal: Carrie Prejean, Vize-Miss-USA.

Carrie Prejean — Die Zweitplatzierte der diesjährigen Miss-USA-Wahl machte bereits bei ihrer Nichtwahl Schlagzeilen. Die amtierende Miss California antwortete auf die Frage, was sie von Homosexuellen-Ehen halte: «Die Ehe in meinem Land soll einem Mann und einer Frau vorbehalten sein.» Mit diesem Satz habe sie ihren Sieg verschenkt, war Prejean überzeugt und witterte einen politischen Skandal. Mittlerweile fungiert sie als Sprachrohr der National Organization for Marriage, einer christlich-fundamentalen Vereinigung, die sich vehement gegen die Vermählung Gleichgeschlechtlicher zur Wehr setzt. Nun tauchten von Prejean auf der Internetseite

TheDirty.com einschlägige Bilder auf, die sie nur mit einem Höschen bekleidet zeigen. Prejean pariert die Vorwürfe, sie verstosse damit gegen die Statuten des Miss-California-Vertrags, so: «Ich bin Christin, und ich bin Model. Models posieren nun einmal für Fotos, auch in Unterwäsche und Badeanzügen.» Da hat sie recht. Eine Antwort schuldig bleibt sie allerdings auf die jüngste Enthüllung: dass sie sich nämlich vor der Wahl die Brust hat vergrößern lassen. Schon klar, weshalb sie schweigt: Wer Begriffe wie «widernatürlich» verwendet, sollte dem Herrgott nicht ins Handwerk pfeuschen – selbst wenn man dessen Busen-Design als mangelhaft empfindet. (bwe)

Heidi Klum — Sie kommt immer mal wieder in dieser Rubrik vor, die Heidi. Und meistens fällt uns etwas Böses ein, wir geben es zu. Daran ist sie nicht ganz unschuldig, die umtriebige Deutsche. Zeigt pausenlos ihre Zähne, ist auf allen Kanälen, und überhaupt immer so wahnsinnig auf Draht. Es gibt aber auch noch andere, die keine netten Sachen sagen über sie. Zum Beispiel ihr ehemaliger Modelagent John Casablancas. Er nannte Klum kürzlich «eine talentlose deutsche Wurst». Wir mögen das irgendwie, weil es so was Liebevolleres hat. Dann aber fügte er noch an: «Hinter ihrem Lachen und ihrer blonden Art schlägt das Herz eines Hais.» Vielleicht hat das die Heidi doch etwas getroffen. Und sie sinniert jetzt, was Casablancas wohl damit gemeint haben könnte. Jedenfalls sagte sie unlängst: «Mein Kopf ist einfach immer am Denken.» Wir ahnen Schlimmes. (bwe)

Roberto Cavalli — «La crise n'existe pas», titelte dieses Blatt unlängst, und wenn auch alle fanden, da lägen wir jetzt vielleicht ein wenig daneben – Modedesigner Roberto Cavalli hätte dieser Aussage unumwunden zugestimmt. Während die Konkurrenz jammert, die Preise senkt und zu mehr Bescheidenheit aufruft, zündet sich der italienische Modegockel die nächste Montecristo an und hat keineswegs im Sinn, kürzerzutreten: Signore Cavalli setzt vielmehr auf Expansion. Soeben lancierte er eine eigene Kreditkarte, selbstverständlich mit goldenem Logo und Schlangenlederprint, eröffnete in Dubai einen Nachtclub, bietet seit



Weiss nichts von einer Krise: Roberto Cavalli.

kurzem auch eine Hundekollektion mitsamt Skianzügen für die Vierbeiner an und setzt neu auf die immer wieder totgesagte Königs-

disziplin der Mode, die Haute Couture. In der obersten Etage seines im Februar mit viel Pomp eröffneten dreistöckigen Flagship-Stores an der Pariser Rue Saint-Honoré befindet sich ein Atelier für Massanfertigungen, ein Kleid kostet ab 20 000 Franken aufwärts, alles Handarbeit. Schlechtes Timing? Nonchalance? Ignoranz? «No success without excess», sagt der Mann mit der dunkelbraunen Lederhaut und grinst die Krise einfach weg. (bwe)

Carl Hirschmann — Der Mann, der es nicht mag, wenn man ihn Millionärssohn nennt, obschon er einer ist, besuchte am Tag der Arbeit die offizielle Kundgebung in Zürich. Und mischte sich später unter die Teilnehmer der



Mit Anarchos auf Tuchfühlung: Carl Hirschmann.

Nach-Demo, die sich mit der Polizei das übliche *Indianerlis* lieferten. Hirschmann, nicht versiert in Sachen Strassenkampf der Unterschicht, bekam eine Ladung Gummischrot ins Gesicht. Es geht nun nicht darum, dass sich der eine oder andere vermutlich sehr darüber gefreut hat. Auch nicht darum, dass der Klubbesitzer der definitive Beweis ist, dass die 1.-Mai-Veranstaltung in Zürich nichts anderes ist als ein alljährliches Happening, wo sich jeder mal ein wenig wild und anarchisch fühlen darf. Es geht um viel mehr. Hirschmann sagt nämlich: «Ich vertrete die Meinung, dass unser überliberales Kapitalismus-system langfristig zum Aufstand der Arbeitskräfte führt. Schlimmstenfalls sogar zur Revolution.» Er hat also vorsichtshalber schon mal Tuchfühlung mit dem Proletariat aufgenommen, weil er ahnt: Von denen auf die Rübe zu bekommen, ist dann weitaus unschöner als von der Staatsmacht Gummischrot ins Gesicht. (bwe)



Mein nackter Lunch

In Zeiten wie diesen vermisst unser Kolumnist zwei Arten Gäste in Restaurants. Das heisst, die einen vermisst er im Grund nicht. Von Mark van Huisseling

Vergangene Woche blieb ich in Zürich, schon wieder. Die gute Nachricht: Ich hatte Gelegenheit zum auswärts Mittagessen. «Mittagessen, meinen manche, seien von niedrigerem Rang als Abendessen. Aber ich finde, sie sollten gesellschaftlich eine höhere Stellung haben. Wer an einem Wochentag von, sagen wir, 13.00 Uhr bis 15.30 zu Tisch sitzen kann, muss wer sein. (Die anderen sagen: «Lunch is for wimps», für Schwächlinge – und haben ein Sandwich im Schreibtisch.)» Diese Sätze, übrigens, hat MvH geschrieben, vor zwei Jahren.

Mein erster Lunch fand statt im Restaurant «Bärengasse». Mir gefällt dieses Lokal am Paradeplatz. Es gibt dort Bänke aus rotem Leder und feines Fleisch (Roastbeef und Tatarsteak, vielleicht das beste der Stadt; von Dieter Meiers Rindern aus Argentinien). Die Geschäftsführer Nico Maeder und Patrik Bruderer, mit denen ich bekannt bin, sagen «unser Bauer», nebenbei, wenn sie von Dieter, der Mitbesitzer ist, sprechen. Was es kaum gibt: sogenannte Powerluncher und *ladies who lunch*. Powerluncher (Männer, die in der Firma wichtig sind und deshalb meinen, es sei im Leben auch so) fehlen mir nicht. Eigentlich müsste es viele davon geben, UBS und Credit Suisse sind nahe. Aber man sieht bloss noch wenige (das ist das Gute an der Finanz- und Wirtschaftskrise, vermutlich).

Anders ist es mit *ladies who lunch* (Wikipedia: «Schlanke, Geld habende, gutgekleidete Frauen, die sich wochentags zu gesellschaftlichen Mittagessen treffen. Typischerweise sind sie

verheiratet und nicht arbeitend»), solche vermisse ich. (Eine *lady who lunches* ist für Ihren Kolumnisten eine Quelle wie ein Verwaltungsrat für einen Wirtschaftsjournalisten oder ein Nationalrat für einen politischen Korrespondenten.)

Als Nächstes war ich in «La Piazzetta», an einem «Apéro Prolongé»; Anlass war, dass **Ladina Donatsch**, mit der ich ein wenig bekannt bin, das Lokal übernommen hat. Das finde ich gut. Den bisherigen Wirt, **Luigi «Gigi» Giuliani**, fand ich weniger gut. Ich mag seinen Stil nicht, der geht so: Wenn man zu der Zeit ankommt, für die man reservieren liess, sagt er, man solle kurz an der Bar etwas trinken (weil der Tisch noch nicht frei sei). Zwanzig Minuten oder so später holt einen ein Kellner, der Tisch sei bereit jetzt. (Das heisst, es ist dann ein anderer Tisch.) Dafür steht das Getränk von der Bar auf der Rechnung. (Um fair zu sein, in letzter Zeit war es nicht oft so – es gab meistens genug freie Tische.) *Ladies who lunch* habe ich zwei gesehen immerhin, **Aurélie Wolfensberger** und **Christine Moor**. (Das heisst, Christine ist, streng gesehen, keine *lady who lunches* mehr; sie hat einen Job seit einiger Zeit, am Empfang der «Seerose», eines Restaurants in Zürich Wollishofen.)

Am folgenden Tag ass ich im «Terrasse», einem Lokal, das mir gefällt (Vorsicht, grosse Gäste wie Ihr Kolumnist, 193,5 cm lang, lassen sich keinen Tisch am Fenster geben, die Beine der dazugehörigen Stühle sind abgesägt, man sitzt tief, ähnlich wie auf ... Sie wissen schon; einen Tisch an einer der Säulen also). Anzahl gesehener *ladies who lunch*: nil. (Das ist etwas von dem vielen Schlechten an der Finanz- und Wirtschaftskrise, vermutlich.)

Mein *last chance saloon* sozusagen war das «Rive Gauche» im Hotel «Baur au Lac». Und dort fand ich, auf einer Bank nebeneinander erst noch, **Kristina Dillier**, **Jacqueline Sander plus**, schon wieder, **Aurélie W.** und **Christine M.** (**Raquel Marquard** hatte zu einem sogenannten «Flying Buffet» eingeladen sowie zu der Präsentation der Brillen von **Thomas Muster**, einem ehemaligen Tennisspieler.) Der neue Mister Schweiz, **André Reithebuch**, war auch dort, er führte Sonnenbrillen vor (was schwierig ist in meinen Augen; MvH sagt nur, die Sonnenbrille ist besetzt). Die *ladies* mochten es trotzdem. Ferner war **Bernard Thurnheer** dort, die *ladies* sahen durch ihn durch (er mochte es nicht, so sah es aus).

Nun möchten Sie wahrscheinlich noch zwei Antworten: Weshalb diese Überschrift, «Mein nackter Lunch»? Weil es möglicherweise die beste im Heft ist. (Und man zeigen möchte, dass man seinen Burroughs gelesen hat.) Und was ich von den *ladies who lunch* dieses Mal erfahren habe – das erzähle ich so nicht, logisch. Man schützt Quellen, sonst ist man schnell auf dem Trockenen. (MvH können Sie vertrauen, also: geheimnisse@markvanhuisseling.ch.)

«Nur noch Altvater-Jeans haben einen Reissverschluss»

Paul Hunkeler ist Chef der niederländischen Jeansmarke G-Star Raw für Österreich und die Schweiz. Er empfiehlt, die Denim-Hose nicht zu waschen. Im Trend seien abgewaschene Hosen.



«Jeans zu Jeans ist eigentlich vorbei»: Country-Manager Hunkeler.

Wohin gehen die Jeanstrends?

Bei den Herren ist die ganze Röhrli-Geschichte immer noch stark, aber es geht zurück auf den klassischen Fit, den 501-Look.

Bei uns heisst sie 3301 Classic.

Was liegt mehr im Trend, *used* oder roher Denim?

Trendig sind Optiken, die *destroyed*, abgewaschen sind.

Wenn man jetzt doch Dunkelblau bevorzugt: Wie lange soll man Jeans tragen, bis man sie zum ersten Mal in die Wäsche gibt?

Als Jeansfreak empfehle ich, Raw Denim überhaupt nicht zu waschen. Tragen, tragen, tragen, und wenn überhaupt, dann trocken reinigen. Einen rohen, unbehandelten Denim gibt es im Übrigen sehr selten. Die meisten Firmen bieten ihn nicht mehr an, sie verkaufen einfach den Look eines rohen Denim. Selbst wir verkaufen diesen Stoff nicht sehr häufig, obwohl er

sogar Bestandteil unseres Namens, G-Star Raw, ist.

Welche Farben haben G-Star-Jeans?

Unsere Jeans haben alle Facetten von Blau, der grosse Anteil ist in dunklem Blau. Die Faded Black Denim liegen momentan im Trend. Die stärksten Jeansmodelle setzen wir immer auch in andere Qualitäten mit anderen Stoffen, Gabardine im Sommer oder Cord im Winter, in sechs bis acht Farben um.

Gehen Blue und Black Denim zusammen?

Nein. Auch nicht Blue und Blue, was man in den achtziger Jahren noch trug, geht nicht mehr. Jeans zu Jeans ist eigentlich vorbei.

Gibt es den Jeansrock noch?

Selbstverständlich. Wir verkaufen ihn sehr gut. Bei uns ist der Anteil des Jeansrocks immer höher als der aller anderen Röcke. Wir bieten ihn in drei Längen an. Unsere Linie «New York Raw» enthält sogar Dresse

mit speziell leichten Denim. Ein normaler Denim ist 13,5 Unzen schwer (das Denim-Fachgewicht: Unzen pro Quadratzentimeter). Heute arbeitet man oft mit 11 oder sogar 9 oder 8 Unzen.

Wie steht G-Star zum Military-Look?

Er ist fester Bestandteil unseres Sortiments. Der Military-Einfluss ist überall sichtbar, in den Jacken, Hemden, Overshirts.

Ist die Elwood noch immer das erfolgreichste G-Star-Modell?

Ja, sie ist weltweit unsere Nummer eins. Wobei es mittlerweile zig Elwood-Varianten gibt, mit zusätzlichen Taschen oder Reissverschlüssen. Sie ist eine 1996 in Raw Denim umgesetzte Motocross-Hose. Typisch sind die Knieschoner, die Nähte auf den Oberschenkeln und der Sattel auf dem Gesäss.

Welche Rolle spielen Limited Editions?

Speziell ist unsere «New York Raw»-Kollektion, die wir für die New York Fashion Week machen. Sie geht fast in die Haute Couture hinein. Die speziellen und doch verkäuflichen Teile verkaufen wir dann in der folgenden Saison unseren Kunden.

Wie viel kostet die günstigste, wie viel die teuerste Jeans?

Unsere günstigste ist Fr. 169.–, die teuerste Fr. 279.–. Den Hauptanteil halten wir unter Fr. 200.–, von Fr. 179.– bis Fr. 199.–. Wir entwickeln auch eigene Stoffe und Optiken und kaufen nicht einfach Denim im Grossmarkt ein.

Was ist populärer über dem Schritt, Knopf oder Reissverschluss?

Knopf. Nur noch Altvater-Jeans aus den Siebziger Jahren haben Reissverschluss. Bei Jacken sind Zipper hingegen noch immer aktuell.

Was kann man machen, wenn ein Knopf ausreiss?

Wir haben Ersatzknöpfe, nehmen die Hose aber anstandslos zurück.

Welcher Konkurrent macht die besten Jeans?

Edwin sind top. Sie arbeiten mit Japan-Denim und viel Raw Denim.

Und wer die schlechtesten?

Ich finde alle Brands, die nicht von den Jeans herkommen, fragwürdig – die Jeanslinien von Armani bis Hugo Boss und Co.

Wie viele Jeans besitzen Sie?

Drei Paar.

Die Fragen stellte Jürg Zbinden.

Wie das perlt und wie es prickelt

Von Jürg Zbinden

Perlen und Champagner sind mehr als nur flüchtige Bekannte. Häufig treffen sie bei Anlässen der High Society aufeinander. Man sieht sie zusammen an Empfängen, Bällen und Premieren, sei es im Theater oder in der Oper, und aus Filmen sind sie überhaupt nicht wegzudenken. Keine Stilikone steuerte mehr bei zur Popularität von Perlen als Jackie Kennedy, einfach indem sie diese trug. Ihre dreireihige Kette mit falschen (!) Perlen löste 1996 in der Sotheby's-Auktion sagenhafte 211 500 Dollar. Ein triftiger Grund für die Auktionatoren, mit einem Glas auf den Sensationserfolg anzustossen. Perlen und Champagner von allererster Qualität erfreuen auch wertkonservative Anleger, denn sie sind krisenfester als jede Aktie.

1 — Das 90 Zentimeter messende Sautoir besteht aus Süsswasser-, Südsee- und Tahiti-Kulturperlen. Der Verschluss ist aus 750er-Gelbgold. Fr. 13 900.–. Kurz, Bahnhofstr. 80, Zürich.

2 — Absolut erschwinglich sind die Ohrhänger aus Gelb- und Rotgold mit Südsee-Kulturperlen (9–9,5 mm). Sie kosten nämlich Fr. 660.–. Kurz, Bahnhofstr. 80, Zürich.

3 — An den Ohrhängern mit zwei Südsee-Kulturperlen blitzen 70 Saphir-Brioletten und 48 Brillanten. Der Preis: Fr. 10 000.–. Der entsprechende Ring ist mit 49 Saphir-Brioletten und 44 Brillanten geschmückt. Er kostet Fr. 13 000.–. Ohrhänger und Ring sind auch mit Tahiti-Kulturperlen erhältlich. Alles von Türler Uhren & Juwelen, Bahnhofstr. 28, am Paradeplatz, Zürich.

4 — Madame Lily Bollingers prickelnder Trinkspruch: «Ich trinke Champagner, wenn ich froh bin und wenn ich traurig bin. Manchmal trinke ich ihn, wenn ich allein bin; und wenn ich Gesellschaft habe, dann darf er nicht fehlen. Wenn ich keinen Hunger habe, mache ich mir mit ihm Appetit, und wenn ich hungrig bin, lasse ich ihn mir schmecken. Sonst aber rühre ich ihn nicht an, ausser wenn ich Durst habe.» – «La Grande Année 1999» von Bollinger gibt es bei Globus für Fr. 139.–.

5 — Das Collier aus barocken Südseeperlen in rarem Weiss ist von berückender Schönheit. Sein Verschluss, ein in Weissgold gefasster Korallenast, Moro, mutet an wie ein kleiner Kontinent. Preis auf Anfrage. Beatrice Rossi, Storchengasse 10, Zürich.

2



4



1



3



5





Auto

Viriler Zwerg

Er ist ein Sympthieträger. Selbst dann, wenn er mächtig was unter der Haube hat und frech wird. *Von Ulf Poschardt*

Zu Recht gab es nach meiner Verherrlichung der AMG-Orgie mit dem C 63 vor zwei Wochen empörte Leserbriefe. Wie kann man nur einen Mittelklassewagen mit über 450 PS derart euphorisch loben, wenn er gut zwanzig Liter Super verbraucht? Als ich die Briefe las, erinnerte ich mich an die Freuden der Zeit mit dem Mercedes, seinen wuchtigen Anzug und – noch viel wichtiger – die brachial zugreifenden Bremsen, deren an Körperverletzung grenzende Art zuzupacken meine Mitfahrer mehr beeindruckte als die wuchtige Beschleunigung.

Smart Fortwo Cabrio Brabus Xclusive

Hubraum: 999 cm
 Leistung: 98 PS
 Höchstgeschwindigkeit: 155 km/h
 Preis: 34 150 Franken



Der Umstieg auf den Smart Brabus bedeutete deswegen eine grosse Umstellung. Obwohl die kleine Rennschüssel überraschend kräftig nach vorne stürmt, sind es vor allem die zivilen Bremsen, die einen nach dem AMG-Abenteuer wieder in der Realität ankommen lassen. Nach kurzer Umgewöhnung bezaubert der Smart nicht nur mit einer guten Traktion und einem stattlichen Drehmoment, sondern mit einer Schaltwippe am Lenkrad, mit der man sich in der Stadt superzügig durch die weniger flinken Mitstreiter schlängeln kann.

Am besten: Niemand nimmt einem in diesem Auto etwas übel. Trotz der 225er-Reifen, der hypervirilen Alu-Felgen und der niedlichen Spoilerchen. So könnte der Formel-1-Wagen für Mickymaus aussehen. Noch immer ist der Smart ein Sympthieträger, selbst wenn er in schwarzer Kriegsbemalung daherkommt. Während die automobile Oberschicht den Smart längst akzeptiert hat, tut sich das Allerlei der unteren Mittelschicht mit dem schnellen Winzling noch schwer. Sie schneiden den Turbo-Dreizylinder und unterschätzen dessen Speed. Aber das sind genau die Menschen,

die sich vor allem nicht über die Qualität, sondern die Grösse ihres Autos definieren. Damit kann der Smart nicht dienen, sondern eher mit einer Exzellenz in der Verarbeitung und in den Materialien, die nur subtil aufscheint, wenn man sich den Kleinen genauer ansieht. Das Drei-Speichen-Lederlenkrad der Xclusive-Ausstattung ist das so ziemlich überzeugendste Sportgerät, das ich in den letzten zwanzig Jahren testen durfte.

Mehr als die ausgereifte Technik des Smart, der nun in sein elftes Jahr geht, ist es das Gefühl, das dieses Winz-Cabrio erzeugt, das seine Benutzer beseelt. Die soziale Deeskalation dieses schwäbischen Produktes entspannt nicht nur den Fahrer, sondern auch alle Verkehrsteilnehmer um ihn herum. Selten kommt man schneller und entspannter an, selbst die rabiatesten Spurwechsel erzeugen keinen Unmut. Das tiefergelegte, überaus sportliche Fahrwerk mag keine Schlaglöcher und auch keine Spurrillen auf der Autobahn. Dort wird es ab Tempo 140 laut, wackelig und etwas unkomfortabel, besonders bei ordentlichen Frühjahrsböen. Aber wer will mit dem Smart schon Langstrecken fahren? In der Stadt gibt es bis heute kein besseres Auto. Und die Brabus-Abstimmung hilft Speed-Junkies beim Entzug. Es sollte ihn auf Rezept geben.

Ulf Poschardt ist stellvertretender Chefredaktor der *Welt am Sonntag* in Berlin.

Batman mit scharf

Lohnt sich die Anschaffung eines Blu-Ray-Players? Was bringt die DVD der Zukunft? Von David Schnapp

Bisher hat die Blu-Ray-Disc noch nicht richtig eingeschlagen. Zu teuer sind die Filme, zu klein das Angebot, und die Studios ziehen aus Angst vor Raubkopien nicht richtig mit. Schade eigentlich, denn wer Blu-Ray einmal gesehen hat, sieht keinen Grund mehr, sich normale DVDs zu kaufen. Wir haben uns von Pioneer ein Premium-Gespann liefern lassen: den Blu-Ray-Spieler BDP-LX71 und einen Plasma-Fernseher der obersten Hubraumklasse.

Der 50-Zoll-Plasma ist eine eindrucksvolle Erscheinung: mächtig, schwarz und glänzend. Und weil er so gut ist, kann es sich Pioneer leisten, den Fernseher nackt auszuliefern. Einen Standfuss oder eine Wandhalterung muss man separat ordern, und auch Lautsprecher sind keine eingebaut. Wer 6000 Franken für den Bildschirm ausgibt, leistet sich wohl auch gleich eine anständige Surround-Anlage.

Wir machen einen Vergleich und schauen uns den James-Bond-Film «Casino Royale» als normale DVD und als Blu-Ray an. Es ist, als würde man fünfzig Kilometer in einem Subaru Justy fahren und dann auf einen Porsche Carrera umsteigen. Der BR-Film strahlt in tiefen, brillantesten Farben und atemberaubender Schärfe. Dagegen wirkt die DVD wie die grauen Männer aus Michael Endes «Momo».

Etwas anders sieht es bei Filmen aus, die noch nicht in der höchsten Auflösung gefilmt wurden und auf High Definition hochgerech-

net werden. Wir sehen «Amadeus» von Milos Forman. Im Bild ist hier kein grosser Vorteil gegenüber der DVD zu erkennen, allerdings wird aus der Tonspur mehr rausgeholt.

Höhepunkt unseres Videoabends ist dann «Batman –The Dark Knight»: Hier zeigt sich die Überlegenheit von Blu-Ray zusammen mit einem Top-Plasma deutlich. Obwohl es häufig Nacht ist bei «Batman», zeigt der Fernseher dank hohen Kontrastwerten ein tiefes Schwarz und ein absolut scharfes, kontrastreiches Bild. Nicht immer überzeugt hat uns der Player. Bis das Gerät aufstartet, geht viel Zeit verloren. Und dass kein Tonsignal mehr wiedergegeben werden konnte, nachdem das Gerät während eines Films abgeschaltet und später wieder gestartet worden war, ist zumindest merkwürdig.

Fazit: Der Plasma von Pioneer ist uneingeschränkt zu empfehlen, sowohl Digital-Fernsehen als auch Full-HD-Bilder sind darauf schlicht beeindruckend. Abgesehen von den erwähnten Macken ist auch beim Blu-Ray-Player an der Qualität der Bild- und Tonwiedergabe nichts auszusetzen. Zusammen ist das auf jeden Fall ein ausgezeichnetes Gespann.

Pioneer Blu-Ray-Spieler BDP-LX71. Video-D/A-Wandler 297MHz/12 Bit. Fr. 1399.–. **Plasma-TV PDP-LX5090H Kuro 50 Zoll.** Diagonale 127 cm. HD Ready 1080p. Digitaler DVB-T-, DVB-S/S2- und Analog-Tuner. Fr. 4990.– (Standfuss Fr. 329.–, Seitenslautsprecher PDP-S62 Fr. 349.–). www.pioneer.ch



Atemberaubend brillant: Blu-Ray-Spieler und 50-Zoll-Plasma-Fernseher von Pioneer.

Bella Barbera

Von Peter Rüedi



Eine Krise ist eine Chance. Entgegen dem alltäglichen Gebrauch meint die griechische Bedeutung des Worts nichts anderes als «Entscheidung», «Wendepunkt». Ohne den Glykolskandal Mitte der achtziger Jahre ist der miraculöse Aufstieg des österreichischen Weins zur Weltklasse nicht denkbar, ohne den Methanol-skandal in Italien nicht die Wiedergeburt des Barbera. Piemontesische Spitzenproduzenten wie Giacomo Bologna, Aldo Conterno oder Angelo Gaja machten aus der Sorte, deren saure, anspruchslose Säfte den Alltagskonsum einer aussterbenden Trattoria-Kundschaft ausmachten, ein Edelprodukt *malgré elle*. Sie adelten die tanninarme, ertragreiche Barbera durch Mengenbeschränkung und Ausbau in Barriques und verhalfen ihr gegen den Strich zu ungeahnter Noblesse. Der neue Barbera-Adel gehört inzwischen fest ins piemontesische Gotha, aber ansonsten haben sich die Verhältnisse erfreulich eingependelt zwischen traditioneller Alltäglichkeit und modischer Überinszenierung.

Drei Flaschen sind dafür ein gutes Beispiel, welche die Weinhandlung am Küferweg anbietet. Diese hat sich auf biologisch produzierte Weine spezialisiert, allerdings ohne ihrer Kundschaft unter weltanschaulichem Vorwand Ranzenklemmer anzudrehen. Die einfachste Version des «Bella Barbera»-Pakets ist ein handfester, gutstrukturierter, jung zu trinkender Wein, das, was man gemeinhin «bäurisch» nennt – wunderbar zu aller Art deftiger Speisen, von der Salami an aufwärts. Er kommt von den Fratelli Rovero in San Marzanotto bei Asti. Die vier Brüder bauten auch (im grossen 2500-Liter-Fass) den Vigneto Gustin 2003, einen runden, charaktervollen, gutaustarierten, eleganten Barbera d'Asti. Er gefällt mir besser als der dritte, der Barbera d'Alba 2006 von Marina Marcarino in Neive, der zwar saftig, süffig und vif ist, dessen Frische sich aber etwas gar viel Kohlensäure verdankt (ein respektloses Schütteln der Flasche beweist es). Was, bei so viel schöner Frucht, zugegeben auf hohem Niveau gemeckert ist.

Barbera d'Asti 2007. Fratelli Rovero. Fr. 12.50.
Barbera d'Asti Vigneto Gustin 2003. Fratelli Rovero. Fr. 16.–. **Barbera d'Alba 2006.** Marina Marcarino, Punset. Fr. 17.80. Weinhandlung am Küferweg Obfelden (www.kueferweg.ch)

Bestseller

Belletristik

- 1 (-) **Judith Hermann:** Alice
(Fischer)
- 2 (1) **Michael Theurillat:** Sechseläuten
(Ullstein)
- 3 (3) **Martin Suter:**
Das Bonus-Geheimnis (Diogenes)
- 4 (2) **Alex Capus:** Der König von Olten
(Knapp)
- 5 (4) **Daniel Glattauer:**
Alle sieben Wellen (Zsolnay)
- 6 (5) **Sarah Kuttner:** Mängelexemplar
(Fischer)
- 7 (8) **Charlotte Roche:** Feuchtgebiete
(DuMont)
- 8 (-) **Susanna Schwager:** Das volle Leben
(Wörterseh)
- 9 (7) **Gregory D. Roberts:** Shantaram
(Goldmann)
- 10 (6) **Fred Vargas:** Der verbotene Ort
(Aufbau)

Sachbücher

- 1 (1) **Eckart von Hirschhausen:**
Glück kommt selten allein ... (Rowohlt)
- 2 (2) **Largo, Beglinger:** Schülerjahre (Piper)
- 3 (5) **Nik Hartmann:** Über Stock und Stein
(Edition Fona)
- 4 (3) **Mikael Krogerus, Roman Tschäppeler:**
50 Erfolgsmodelle (Kein & Aber)
- 5 (4) **Rhonda Byrne:** Das Geheimnis (Goldmann)
- 6 (6) **Ernst J. Schneider:** Zivilgesetzbuch,
Obligationenrecht (Orell Füssli)
- 7 (8) **Bernhard Moestl:** Shaolin (Knaur)
- 8 (9) **Duden:** Die deutsche
Rechtschreibung (Brockhaus)
- 9 (7) **Rolf Hiltl:** Hiltl (Orell Füssli)
- 10 (-) **Michael Greenberg:** Der Tag, an dem
meine Tochter verrückt wurde
(Hoffmann & Campe)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband
SBVV/Media Control

Apropos: «The Dolder Grand»

Dieser Bildband ist ein Geschenk, ist Aufschwung im Kopf, ist das richtige Zeichen zur richtigen Zeit: Zum ersten Geburtstag des wiederauferstandenen «Dolder Grand» schenkt das Hotel sich und uns allen den Beleg dafür, dass Ästhetik, Design, Luxus nichts anderes als Lebens-Mittel sind. «The Dolder Grand», 3,5 Kilo schwer, 640 Seiten stark – das Resultat von fünf Jahren Arbeit der Fotografen Nadja Athanasiou, Michael Bühler und Peter Lüem –, ist das Erlebnis «Dolder» als Volksausgabe; halb so teuer wie der Preis der billigsten Suite für eine Nacht. So viel Opulenz in Bild und Material, so viel Überschwang in Ausstattung und Grafik und Druck, so viel Vorder- und Hintergründigkeit über die Wiederherstellung einer Traummaschine zeugen von einer Vision in visionslosen Zeiten. *Nos compliments!* (MD)

Literatur

Würde der Vergänglichkeit

Sie galt als die Verkörperung des «Fräuleinwunders» in der deutschen Literatur. Nun legt Judith Hermann neue Erzählungen vor. Aus harmlosem Spiel ist Ernst geworden. *Von Thomas David*

Judith Hermann war der «Leitstern der neuen deutschen Literatur», das, bei aller Peinlichkeit des Begriffs, prominenteste «Fräuleinwunder» des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Vornehmlich ältere oder sogar eher schon betagte Kritiker hörten in «Sommerhaus, später», dem 1998 erschienenen Debüt der 28-jährigen Berliner Schriftstellerin, den «Sound einer neuen Generation». Auch Judith Hermanns früher Ruhm erwies sich als der Inbegriff aller Missverständnisse, die sich Rilke zufolge «um einen neuen Namen sammeln».

Ihre elegischen, im lyrischen Seufzerschritt eines Endzeitwalzers dahinschwebenden Erzählungen trafen den Nerv einer porösen, unabwendbar auf das neue Jahrtausend zustolpernden Zeit. Ohnmacht und Melancholie, ungestillte Sehnsucht, ungelebtes Glück: Die lethargische Sensibilität von Hermanns Protagonisten, die sich in der Bohème des neuen Berlin schlafwandlerisch durch ihr etwa dreissigjähriges Leben träumen, hatte Ende der Neunziger etwas apart Apathisches und erweist sich noch zehn Jahre später als derart zeittypisch, dass einem die erschöpften und inzwischen auch erblassten Figuren beim Wiederlesen kaum mehr einen Schritt entgegenzukommen vermögen. Der feine Staub einer vergangenen Zeit liegt über dem gefeierten Debüt, dessen unverwechselbaren Sound Judith Hermann in den sieben Erzählungen von «Nichts als Gespenster», ihrem 2003 veröffentlichten zweiten Buch, erfolgreich variiert und mit einer bereits etwas dunkleren Färbung versehen hatte, ohne den in der Pose ihrer Selbstentfremdung faszinierend schönen Figuren dabei jedoch allzu nahe zu treten und sehr viel mehr zuzumuten als ein etwas reiferes Bewusstsein für Verlust und Vergänglichkeit und die unbestimmte Angst vor einer leeren Zigarettenschachtel.

Ein paar Jahre älter

Doch vielleicht hat Judith Hermann endlich selbst die Geduld verloren mit der Unentschlossenheit und den lähmenden Befindlichkeiten ihrer früheren Figuren. In «Alice» verhandelt die inzwischen 39-jährige Autorin die letzten Dinge. «Alice» erzählt von Tod und Abschied: von den letzten Abschieden, den endgültigen Verlusten, angesichts deren der melancholische Lifestyle der beiden früheren Bücher wie ein harmloses Spiel anmutet, bei dem niemand wirklich etwas verliert. Alice begleitet Maja und deren kleines Kind nach

Zweibrücken, wo Majas Ehemann Micha im Sterben liegt. Sie folgt einer Einladung nach Italien, wo ihr Gastgeber schon kurz nach Alices Ankunft in ein Krankenhaus eingeliefert wird und stirbt. Sie leistet der Ehefrau ihres sterbenden Freundes Richard Beistand und trifft den Freund ihres homosexuellen Onkels, der sich vor Alices Geburt das Leben nahm. Und sie schafft schliesslich die Sachen ihres Geliebten Raymond aus der Wohnung, über dessen plötzlichen Tod der Leser nur spekulieren kann.

Das schwarze Band des Todes

Es ist das schwarze Band des Todes, das die fünf Erzählungen von Judith Hermanns neuem Buch zusammenhält: In «Alice» flicht Hermann dem Leben einen Kranz und führt ihre Protagonistin in das Schauspiel ein, das von der unabänderlichen Tragödie der menschlichen Existenz erzählt. «Möchtest du vor mir sterben oder nach mir», so Alice, als sie nach einem Besuch bei dem offenbar an Lungenkrebs erkrankten Richard nach Hause zu ihrem Freund zurückkehrt. «Ich glaube, nach dir, hatte Raymond gesagt. Es dauerte etwas, bis er darauf gekommen war, er schien die Frage auch an sich unmöglich zu finden. Warum? Ganz sicher war er sich nicht gewesen. Und du? Sie hatte den Kopf geschüttelt und ihm mit der Hand den Mund zugehalten. Sie hatte nicht darauf antworten können.»

Der Gestus des Schweigens, mit dem Alice sich der Antwort auf Raymonds Frage entzieht, folgt dem vertrauten Impetus, mit dem sich bereits die etwa zehn Jahre jüngeren Figuren aus «Sommerhaus, später» von jeder schmerzhaften Erfahrung abzuwenden versuchen. Alice treibt als beinahe Vierzigjährige mit der gleichen Haltlosigkeit durch ihr fortschreitendes Leben, sie hat keine Familie, anders als die eine oder andere Figur aus «Nichts als Gespenster» keine Kinder, offenbar keinen sonderlich erwähnenswerten Beruf: Sie hat «tatsächlich nichts von dem», was sie braucht, und kann freilich auch der bezwingenden Poesie des Todes, der sie in Hermanns dunkel glänzender Abschiedsrevue ausgesetzt ist, kaum etwas abgewinnen. Sie begleitet Maja nach Zweibrücken: Sie besucht ihren früheren Geliebten Micha zwei letzte Male im Krankenhaus und beobachtet in einer der vielen eindringlichen Passagen des Buchs, wie sich der morphiumbetäubte Sterbende mit reglos offenen Augen zum Licht hin orientiert, «dem



Ungestillte Sehnsucht, ungelebtes Glück: Schriftstellerin Hermann.

grauen und doch hellen Tag, wie eine Pflanze, seinen Körper, seinen Kopf, seine Arme und Hände dem Fenster zugewandt». Sie besucht den siebzigjährigen Conrad, mit dem Alice eine Freundschaft verbindet, deren latente Erotik weitgehend unausgesprochen bleibt, noch am Krankenbett, doch sie schlägt die Einladung seiner Frau, sie in die Kapelle zu begleiten, wo Conrads Leichnam aufgebahrt liegt, dann ebenso umstandslos aus, wie sie es vor Jahren abgelehnt hatte, von ihrer verstorbenen Grossmutter Abschied zu nehmen.

Judith Hermann erspart dem Leser den Blick auf die kalte Realität des Todes, sie verzichtet in «Alice» auf die Schilderungen von körperlichem Leid und qualvoller Agonie, von auswegloser Angst oder der möglicherweise existenziellen Verzweiflung der Sterbenden, die spätestens seit Tolstois Erzählung «Der Tod des Iwan Iljitsch» zu den etablierten Topoi der Weltliteratur zählen, und bleibt mit ihrer Protagonistin letztlich auf Distanz, ohne dem Buch dabei jedoch Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit zu nehmen. Vielmehr ist es gerade Alices instinktives Bemühen, jenem starken Sog von Verlust und Trauer standzuhalten, dem sie in der schicksalhaften Chronologie von Hermanns Inszenierung ausgeliefert ist, die sie als literarische Figur aussergewöhnlich

und nur allzu menschlich macht. Hermann beschreibt die fremde Intimität der möblierten Ferienwohnung unweit des Krankenhauses, die Maja und Alice in Zweibrücken anmieten, um dem sterbenden Micha möglichst nahe zu sein. Sie benennt die Reihen von Shampoos und Duschgels, die auf dem Rand der Badewanne stehen, die Pantoffeln unter der Garderobe, «Wasserkocher, Kaffeemaschine, elektrische Jalousien, Fernseher, Videorekorder, Bettwäsche, Schlüssel». Sie notiert immer wieder die alltäglichsten Details, doch was sich anfangs wie ein ermüdender narrativer Leerlauf ausnimmt, gibt sich bereits in der zweiten Erzählung als überzeugende literarische Strategie zu erkennen: Die Alltagshandlungen illustrieren nicht nur Alices Abkehr von dem Schrecknis des Todes, sondern beschwören auch eine dingliche und vollkommen diesseitige Realität herauf. Eine Art Rettungsanker in Abschied und Verlust.

Mehr, als sich in Worte fassen lässt

«Das Küchenfenster zum Hof hinaus weit offen, und Alice goss die Blumen auf dem Fensterbrett. Blumen mit blauen Blättern, deren Namen sie nicht kannte», heisst es, während die Protagonistin in diesem Moment längst auf den Anruf wartet, mit dem Richards Ehe-

frau Alice über den Tod ihres Mannes informiert. «Dreizehn blaue Blätter an jedem Blütenköpfchen, Alice hatte sie gezählt. Zwischen den Stengeln hatten winzige Spinnen ihre Netze gewebt. Das Quecksilber des Thermometers an der Hauswand über dem Blumenkasten stand auf 27 Grad Celsius. Am Himmel schon der blasser halbe Mond, Andeutung von Gewitter über den Dächern, absolut windstill jetzt.» Man könnte Judith Hermann vorhalten, dass auch «Alice» wieder nicht der Roman ist, den die Kritik seit dem grossen Erfolg von «Sommerhaus, später» von ihr erwartet. Man könnte ihr anlasten, dass die Abfolge der Todesfälle nur wenig plausibel ist, zumal sich die Autorin erst in der letzten ihrer fünf Erzählungen bemüht, die Figuren und Erfahrungen der vorausgegangenen Kapitel zueinander in Beziehung zu setzen. Aber nichts von alledem spricht gegen Judith Hermanns grossartiges neues Buch, das dem Mysterium des Todes seine Rätselhaftigkeit und den Sterbenden ihre Würde bewahrt und in Alice eine Heldin hat, die am Ende des Buchs mehr über die Vergänglichkeit unser aller Leben weiss, als sich in Worten sagen lässt.

Judith Hermann: Alice. S. Fischer. 192 S., Fr. 39.90

Engelsgesang, cool und innig

Von Peter Rüedi

Ohne Spannung keine gute Musik, gewiss. Das berühmte Zitat von Karl Valentin («Kunst ist schön. Macht aber viel Arbeit») betrifft ja auch den Konsumenten. Was unter Umgehung des Hirns direkt ins vegetative Nervensystem rutscht, mag als Muzak zu einem verkaufsfördernden Ambiente beitragen. Kunst ist es nicht. Die hat im weitesten Sinn etwas mit Widerstand zu tun. Mit einer Anstrengung (die ja auch eine Lust sein kann: Wie sonst würden sich Millionen mit Schach vergnügen oder auch nur mit Sudokus?). Allerdings und andererseits: Ein Teil der sogenannten Moderne hat sich so abgeschlossen, dass kein Uneingeweihter mehr über die Mauer kommt. Klassik zum Mitpfeifen ist ein Graus, zugegeben, aber Musik, die vorsätzlich auf die Zufügung von Schmerz aus ist, auch. Nicht alles, was Vergnügen bereitet, ist Schrott und nicht alles grosse Kunst, was Qualen verursacht.

Die Feststellung ist weniger banal, als sie scheint. So sehe ich vor meinem geistigen Auge schon die Verächter von Andy Sheppards neuer CD aufmarschieren, das heisst die, die sich das Vergnügen an dieser entspannten, hochmelodiösen, eingängigen Musik mit dem zutreffenden Titel «Movements in Colour» nicht eingestehen wollen. Dabeikann auch entspannte Musik spannend sein. Der englische Saxofonist mit Jahrgang 1957, von dessen breitgefächertem Œuvre am besten bekannt ist, was in der langen Zusammenarbeit mit Carla Bley entstand, hatte immer einen Hang zu indischer Musik, afrikanischen oder lateinamerikanischen Grooves. Von dem, was als «Weltmusik» so beliebt wie beliebig ist, ist er weit entfernt. Als Komponist und Improvisator erfindet er fabelhaft einfache und geniale Kleinkunstwerke, selbstverständlich und logisch. Seine Partner wählt er, nicht anders als einst Ellington, als changierende Klangfarben: Über dem kenianischen Perkussionisten Kuljit Bhamra, der auf der Tabla nicht orientalisierende Ornamentik, sondern, mit dem Bassisten Arild Andersen, das eigentliche Fundament des Ganzen ist, und über den beiden Gitarristen John Parricelli und Eivind Aarset singen Sheppards Saxofone cool und innig ihren Engelsgesang.



Andy Sheppard:
Movements in Colour.
ECM 2062 1795042

Leuchtende Himmelfahrt

In «Angels & Demons» jagen die Illuminati Tom Hanks durch Rom.
Von Wolfram Knorr



Pure Schnitzeljagd: Hanks als Dr. Robert Langdon, Ayelet Zurer als Vittoria Vetra.

Der Vatikan ist auch nicht mehr das, was er mal war. Seine Hochleistungshirten müssen einen Skeptiker, den sie früher als Ketzer gebrandmarkt hätten, zu Hilfe holen, um ein schauerlich drohendes Unheil aus ihrem Glaubens-Camelot abzuwenden. Vier Kardinäle sind entführt und der Pontifex maximus sogar vergiftet worden! Nicht ihrer Schweizergarde, der Sicherheitspolizei oder den Carabinieri trauen die Pontificalen eine rasche Aufklärung zu, sondern nur dem amerikanischen Professor und Illuminati-Fachmann Robert Langdon (Tom Hanks). Denn die Ganztagschristen haben es mit einer totgeglaubten Geheimgesellschaft zu tun, die sie vernichten will. In ihrem Zerstörungsfuror beweisen die Illuminati, dass sie ganz auf der Höhe der Zeit sind: Granaten, Raketen, Sprengstoff und Atombomben sind antiquiert, Schnee von gestern. Ein echter Knaller ist Antimaterie! Damit hat noch keiner gezündelt! Also klauen die Verschwörer aus der Forschungsstätte Cern in Genf *a bisserl* von dem Zeug und platzieren es, eingeweckt in einer Glasröhre, in den Tiefen des Vatikans. Dort blitzt der Funkenregen wunderkerzenartig vor sich hin. Es geht schliesslich ums finale Licht (Illuminatus) beim grossen Bumm.

«Angels & Demons» ist die Verfilmung eines früheren Romans des Supersellerautors Dan Brown, der mit «The Da Vinci Code» auf dem

Buch- und Kinomarkt rasant absahnte. Es war also nur eine Frage der Zeit, bis sich Hollywood auch «Illuminati» krallen würde. Das Quasisequel geht auf Nummer sicher: Wie schon in «The Da Vinci Code» geht's um eine pure Schnitzeljagd. Nach der Vergiftung des Papstes und dem folgenden Konklave haben die bösen Illuminati alle Würdenträger schön beisammen, um ihnen ratzfatz eine leuchtende Himmelfahrt zu beschern. Langdon muss, die Zeit drängt, den Illuminati-Kram enträtseln, denn die Antimaterie (britzel, britzel) hängt irgendwie von einer schwach werdenden Batterie ab.

Überrumpelnd ist die furiose Bildgestaltung, angesichts einer Produktion, die weder im Vatikan noch in den sakralen Stätten Roms drehen durfte. Die Nachbauten, digitalen Tricks und heimlich mit der Handkamera auf dem Petersplatz gedrehten Szenen fügen sich zu einem glaubhaften Ambiente. Eine technische wie dramaturgische Glanzleistung. Bussfertig führt «Angels & Demons» im Grunde einen herrlichen Eiertanz zwischen verstockten Gläubigen und Wissenschaftshörigen auf, um keine Gruppe als potenzielle Zuschauer zu vergrätzen.

Angels & Demons.
Regie: Ron Howard. USA, 2009

Vorsicht, gute Menschen von links

Jan Fleischhauer wuchs «unter Linken» auf und wurde aus Versehen konservativ. Davon handelt sein Buch. Von Henryk M. Broder

Verdammt, warum habe ich das Buch nicht geschrieben? Warum musste es Jan Fleischhauer sein? Nicht, dass ich es ihm nicht gönnen würde, aber ein wenig neidisch bin ich schon. So wie ein älterer Zirkusartist bei allem Respekt auf einen jüngeren Kollegen neidisch ist, der scheinbar mühelos eine grandiose Vorstellung hinlegt. Fleischhauers Buch ist grandios, es kommt in meine VIB-Ecke, neben die Bücher von Wilhelm Reich, Alice Miller und Götz Aly.

Bevor ich Ihnen sage, warum Sie Fleischhauers Buch unbedingt lesen sollten, auch wenn Sie glauben, über die Linke und die Linken Bescheid zu wissen, erlauben Sie mir eine kurze Rückblende.

Anfang der sechziger Jahre kam in der von Adenauers Politik geprägten Bundesrepublik ein kleines Buch auf den Markt, dessen Titel den damaligen Zeitgeist auf den Kopf stellte: «Vorsicht, gute Menschen von links». Denn es gab damals keine «Linken» in der Bonner Republik, von ein paar in der Illegalität verharrenden Kommunisten abgesehen. Der Autor hiess Rudolf Krämer-Badoni, war der Sohn eines rheinischen Postbeamten, katholisch, konservativ und ein radikaler Einzelgänger, der, wenn er es für nötig hielt, sich auch mit seiner Kirche und dem politischen Establishment anlegte. «Vorsicht, gute Menschen von links» war eine Polemik gegen einen Trend, der vor allem in der Literatur Gestalt annahm,

lange bevor sich Linkssein und Gutsein zu einem soziokulturellen Programm vereinigt hatten.

Krämer-Badonis Buch fiel mir mit grosser Verspätung in die Hand. Ich las es und war erst einmal empört. Wie ein Messdiener, der zufällig über Voltaire stolpert. Und dann dauerte es noch ein paar Jahre, bis mir selber einiges klar wurde. Das Ergebnis war ein Buch im Jahre 1976 mit dem Titel «Linke Tabus». Auf 110 Seiten beschrieb ich Phänomene wie linken Kitsch, linken Opportunismus und linken Antisemitismus. Damit, glaubte ich, wäre das Thema umfassend und abschliessend abgehandelt.

Blick zurück ohne Zorn

Und nun kommt Jan Fleischhauer, Jahrgang 1962, und bilanziert, was seitdem passiert ist. Es ist kein Blick zurück im Zorn, keine Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit, wie sie bei den 68ern gerade en vogue ist, es ist eine Momentaufnahme: wie die Linke zum «juste milieu» derjenigen werden konnte, «die über unsere Kultur bestimmen», die in dem Bewusstsein leben, nicht nur «im Recht zu sein», sondern «einfach immer recht zu haben».

Dabei geht es nicht nur um die Trittbrettfahrer der Geschichte, die aus jedem Unglück ihren persönlichen Gewinn zu ziehen verstehen, nicht um die blinden Passagiere, die das Kom-

mando an Bord übernehmen wollen, sobald das Schiff den Hafen verlassen hat, wie die Erben der DDR-Diktatur, die in der Bundesrepublik längst mitreden und mitregieren, es geht um eine Form der kulturellen Hegemonie, die sich flächendeckend breitgemacht hat, ein Perpetuum mobile, das seine Energie aus der Wechselwirkung von Grössenwahn und Impotenz bezieht. Denn die Linke ist grössenwahnsinnig und impotent zugleich. Sie will die ganze Welt verändern, wird aber mit ein paar Migranten mit Kriminalitätshintergrund vor der eigenen Tür nicht fertig. Sie möchte alle Ressourcen gerecht verteilen, achtet dabei vor allem darauf, dass sie bei der Umverteilung nicht zu kurz kommt. Sie nimmt sich gerne der vielen Opfer des Kapitalismus an, die sie zum eigenen Vorteil noch einmal viktimisiert.

Für all das liefert Fleischhauer eine Fülle von Beispielen. Sie liegen sozusagen auf der Strasse, er hat sich nur die Mühe gemacht, sich nach ihnen zu bücken. Eine ebenso einfache wie effektive Methode des Chronisten, der sicher sein kann, dass sich seine Leser nicht einmal an das erinnern können, was sie gestern in der «Tagesschau» gehört haben. Geschweige denn an das, worüber vor 40 Jahren geredet wurde. Fleischhauer zitiert aus einem im Oktober 1967 im «Kursbuch» abgedruckten Gespräch unter vier hauptberuflichen Revolutionären, die im Begriffe waren, den Garten Eden auf Erden zu errichten und damit «die phantastische Erfüllung eines uralten Traums der Menschheit» zu verwirklichen. Jeder verstockte Atheist, der dieses Protokoll gelesen hat, wird dem Allmächtigen dafür danken, dass Er diese totalitäre Utopie verhindert hat.

Derselbe Grusel stellt sich beim Leser ein, wenn Fleischhauer seine Eindrücke von einer Sitzung der Deutschen Islamkonferenz wiedergibt, deren Teilnehmer sich gegenseitig vorjammern, wie sehr sie in Deutschland benachteiligt werden. Der Vertreter der repressiven Mehrheitsgesellschaft kann da nur zur Kenntnis nehmen, «welche Zumutung er und die anderen 75 Millionen Deutschen für die Fremden in ihrer Mitte bedeuten». Auch Fleischhauers Buch ist eine Zumutung – für alle, die an der fixen Idee festhalten, dass man die Natur des Menschen «par ordre de mufti» ändern könne, vorausgesetzt, der Mufti ist ein Gutmensch, der sich in sein benachteiligtes Gegenüber einfühlen kann.

Es ist ein Genuss, Fleischhauer zu lesen, so viel kluge Bosheit kommt selten so leichtfüssig daher. Er schreibt so, wie Jackie Chan kämpft. Auch dessen Gegner merken erst, dass sie getroffen wurden, wenn sie am Boden liegen. Das hätte sogar Rudolf Krämer-Badoni gut gefallen.

Jan Fleischhauer: Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde. Rowohlt. 351 S., Fr. 32.90



Momentaufnahme des linken «juste milieu»: Globalisierungsgegner.

Guter Rat ist selten

Nach einem Betriebsunfall in der Schreinerei lag Mike Keita im Spital. Und lernte dort einen aufstrebenden jungen Journalisten kennen, der sich für ihn interessierte.

«Doppelpass», Folge 25.

Von Charles Lewinsky

Alwin Berger hatte einen Artikel geschrieben und verkauft. Mit Foto. Keinen grossen Artikel, aber immerhin einen, der tatsächlich erschienen war, und das kam bei ihm nicht allzu häufig vor. Er war ja, auch wenn er das Mike anders erzählt hatte, kein Journalist, der nebenher in einem Büro aushalf, sondern ein Bürolist, der ab und zu für Zeitungen schrieb.

«Einer von vielen» hatte er seinen Artikel genannt und darin Mikes Geschichte erzählt. Das Ganze ein bisschen dramatisiert, nicht aus Sensationslust selbstverständlich, sondern nur im Interesse der Sache. Die Leute sollten die Story schliesslich lesen und nicht gleich weiterblättern, um zu sehen, wo GC diese Woche ein paar hundert Millionen herbekäme. Heutzutage, sagte er abends im «Weissen Hirschen» zu seinen ihn bewundernden Tischgenossen, heutzutage war es im Journalismus leider einfach so: Wenn man nicht schon in den ersten Zeilen ein Feuerwerk zündete, las keine Sau weiter.

Mikes Ankunft in der Schweiz war so ein spektakulärer Einstieg gewesen. Achtundvierzig Stunden in einem Lastwagen versteckt, das hatte etwas. Vor allem, wenn man von der Allwissenheit des Internets profitierte und als Vergleich die Geschichte von den vierundfünfzig Burmesen einbaute, die in diesem Fischkühltransporter erstickt waren. «Ein Mensch in Not riskiert sein Leben, um in die Schweiz zu gelangen.» Den Satz hatte er tatsächlich in den Computer getippt, dann aber gleich wieder gelöscht, weil die Redaktion ihm den bestimmt als zu unjournalistisch emotional aus dem Text gestrichen hätte. Man hatte es nicht leicht in diesem Beruf und musste leider vieles, was einem wichtig war, weglassen. Wenn ein Artikel verkäuflich bleiben sollte.

So hatte er auch die Verwandtschaft mit dem Fussballstar, von der Mike immer wieder anfang, nicht erwähnt. Die Story war einfach zu unglaublich, und er wollte den armen Kerl ja nicht lächerlich machen. Aber dass jemand auf Mike geschossen hatte, bloss weil er aus Versehen in einen fremden Garten geraten



war, das war natürlich ein brauchbares Detail gewesen. Dramatisch. Genau so wie die Geschichte mit der Hand in der Kreissäge. «Skrupelloser Ausbeuter macht sich die Notlage eines Flüchtlings zunutze und lässt ihn ohne alle Sicherheitsmassnahmen arbeiten.» Da konnte man sich so richtig hundert Zeichen lang empören.

Das Echo auf den Artikel war leider nicht gewaltig gewesen. Keine karrierefördernde Flut von Leserbriefen, wie er sie sich eigentlich erhofft hatte. Die paar wenigen Leute, die sich auch sonst immer empörten, empörten sich auch dieses Mal, und den andern, denen das Thema schon immer gleichgültig gewesen war, blieb es auch weiterhin egal.

Allerdings: Einen wichtigen Brief hatte sein Artikel dann doch ausgelöst. Das Schreiben war im Krankenhaus angekommen, genau an dem Tag, an dem Mike als geheilt entlassen wurde. Ein Schreiben von der Fremdenpolizei.

«Sie befinden sich illegal in der Schweiz», hiess es darin. «Sie werden aufgefordert, unser Land umgehend zu verlassen.» Dann stand da noch etwas von einer Ausreisefrist von dreissig Tagen und dass widrigenfalls eine Anzeige beim Untersuchungsrichter möglich sei, der, wenn er es für gegeben erachte, Haft anordnen könne.

Es war ein höflicher Brief gewesen, das musste man zugeben. Inhaltlich hart, aber korrekt formuliert.

Mike hatte ihm das Schreiben gebracht und ihn um seinen Rat gebeten. Leider war er in einem sehr ungünstigen Moment damit ge-

kommen. Alwin war gerade einem echten, zeilenrächtigen Skandal auf der Spur. Ein Gemeindepräsident hatte eine Waldhütte mit Steuergeldern luxuriös ausbauen lassen und dann dem Jagdverein, in dessen Vorstand er sass, für einen symbolischen Betrag vermietet. Das war genau die Art von Story, die man mit etwas Glück sogar an den *Blick* verscherbeln konnte, und der *Blick* war für einen knallharten Recherchierjournalisten wie Alwin fast so etwas wie der Olymp.

Er hatte also wenig Zeit für seinen ehemaligen Zimmergenossen erübrigen können und ihm nur geraten, besser nicht hier auf dem Land zu bleiben, wo jeder jeden kannte, sondern sich nach Zürich abzusetzen, wo man als Ausländer nicht so sehr auffiel. «Ausserdem triffst du dort sicher ein paar Landsleute, die dir weiterhelfen können», hatte er noch gesagt. «Und wenn es ganz schlimm wird, kannst du immer noch einen Asylantrag stellen.»

Hinterher tat es ihm leid, dass er Mike so abgewimmelt hatte. Erstens natürlich, weil er an dessen Problem ein kleines bisschen mitschuldig war. Der Sozialdienst des Krankenhauses war nämlich nicht verpflichtet, die Fremdenpolizei zu informieren, und hätte es auch nicht getan. Ohne seinen Artikel wäre man dort wahrscheinlich nie auf Mike aufmerksam geworden. Zweitens, und das tat Alwin sehr viel mehr leid, hatte er Mike jetzt aus den Augen verloren, und dabei wäre der, da war Alwin ganz sicher, noch für mehr als einen Artikel gut gewesen.

Die Geschichte mit dem Gemeindepräsidenten verlief dann im Sand. Sie hatte zwar im



Prinzip gestimmt, aber die Beträge, um die es ging, waren zu klein gewesen, um eine überregionale Zeitung zu interessieren. Alwin musste also wieder ganz kleine Brötchen backen. Im Auftrag des lokalen Käseblattes, das sich von einem positiven Bericht einen Anzeigenauftrag erhoffte, besuchte er in Zürich eine jener Firmenpressekonferenzen, an denen man zwar nie Neues erfährt, aber doch jedes Mal ein ausgezeichnetes Mittagessen vorgesetzt bekommt. Erfolgreichere Kollegen besuchten solche Veranstaltungen nur, wenn sie auf den Bahamas oder doch zumindest in Gstaad stattfanden, aber als journalistischer Tagelöhner musste man mitnehmen, was einem angeboten wurde. Alwin hatte seinen Teller am Buffet mehrmals gefüllt – die investierte Zeit musste ja irgendwie amortisiert werden – und war dann mit angenehm vollem Bauch zu einem kleinen Bummel am See aufgebrochen. Die Trommelmusik einer Gruppe von Afrikanern erinnerte ihn an Mike, und so wurde aus dem Verdauungsspaziergang eine Recherche. Wenn sich Mike ohne viel Aufwand finden liess, überlegte er, dann lag vielleicht doch noch ein Nachzieher zu der Geschichte drin.

Die Recherche erwies sich dann als ganz einfach. «Aus Guinea?», sagte einer der Männer, ohne mit dem Trommeln aufzuhören. «Die sind nicht hier am See. Die hocken immer in der Bäckeranlage.» Die verschiedenen Volksgruppen, so schien es, hatten alle ihre festen Treffpunkte, meistens in öffentlichen Parks und nur bei sehr schlechtem Wetter in einem Lokal, wo man etwas konsumieren und dafür Geld ausgeben musste.

Alwin kam sich vor wie der legendäre rasende Reporter und bedauerte es fast ein bisschen, dass das Frühlingswetter so warm und er selber deshalb ohne Mantel unterwegs war. Stilrecht wäre es gewesen, mit hochgeschlagenem Kragen im strömenden Regen zu stehen, ein Taxi aufzuhalten und zum Fahrer zu sagen: «Zwanzig Franken extra, wenn Sie in zehn Minuten an der Bäckeranlage sind.» Aber die Sonne schien, und er war in dieser Sache nicht auf Spesen unterwegs. Also blieb ihm nichts anderes übrig, als zuerst das Tram und dann den 31er-Bus zu nehmen.

Die Leute aus Guinea waren leicht zu finden. Schon an der Busstation hörte man die Musik aus dem überlauten CD-Player, um den sie sich versammelt hatten. Sie waren zuerst sehr zurückhaltend, weil sie ihn, wie sich herausstellte, trotz seiner zum Pferdeschwanz gebundenen langen Haare für einen Beamten in Zivil hielten. Er hatte für diese Werbe-Pressekonferenz einen Anzug samt Krawatte anziehen müssen und sah wohl einfach zu seriös aus.

Die Stimmung änderte sich, als sie erfuhren, dass er ein Freund von Mike Keita war. Ja, sagten sie, den Keita kannten sie gut. Ein paar Wochen lang war er in Zürich gewesen und hatte wohl auch ein bisschen Geld verdient, in einem Lokal nahe der Langstrasse, einem Betrieb, wo man nicht so genau hinschaute, ob der Mann, der die Pfannen und die Böden schrubbt, auch eine Arbeitsbewilligung hatte. Aber – sie beschrieben es wie die Symptome einer unangenehmen, aber leider unheilbaren Krankheit – Mike war es in dieser illegalen Situation nicht wohl gewesen, und er hatte un-

bedingt etwas daran ändern wollen. Irgendein Idiot, ein Schweizer natürlich, der von diesen Dingen nicht das Geringste verstand, hatte ihm eingeredet, er solle einen Asylantrag stellen. Einen Asylantrag, man stelle sich vor! Das Dümme, was man in seiner Situation machen konnte.

Alwin nickte zustimmend und bestätigte, jaja, ein Asylantrag, das sei in diesem Fall wohl wirklich nicht sehr vernünftig. Er tat das mit so viel Überzeugung, dass keiner von seinen Gesprächspartnern auf den Gedanken kam, dass er es selber gewesen sein könnte, der Mike diesen Rat gegeben hatte.

Erstens, erklärte man ihm, stand Guinea nicht auf der Liste der Staaten, in denen man als Oppositioneller oder als Angehöriger einer bestimmten Volksgruppe akut gefährdet war. Zweitens hatte Mike keine Papiere. Und drittens hielt er sich schon längere Zeit illegal in der Schweiz auf. Mit anderen Worten: Sein Asylgesuch würde abgelehnt werden, «schneller, als man eine Banane schälen kann», wie der Wortführer der Männer es formulierte. Das war aber noch nicht das Schlimmste. Sobald man so einen Antrag stellte, war man den Behörden bekannt, und wer einmal in dieser Mühle steckt, da waren sich alle einig, der kommt nur fein gemahlen wieder heraus.

Sie hatten versucht, Mike seinen Plan auszureden, aber der war stur geblieben, «stur wie ein Pavian». Man sei doch hier in einem Land mit ordentlichen Gesetzen, hatte er immer wieder gesagt, und in einem solchen Land könne einem bestimmt nichts Schlechtes passieren, wenn man den korrekten Weg gehe. «So naiv ist der», sagten sie zu Alwin und schüttelten ob so viel Unbedarftheit die Köpfe, «naiv wie ein Katzenfisch, der glaubt, dass er fliegen kann.»

Ob sie wüssten, wo er Mike finden könne? Sie zuckten nur die Schultern. Sie hatten ihn schon ein paar Tage lang nicht gesehen.

«Vielleicht ist er tatsächlich nach Kreuzlingen gefahren, um dort seinen Antrag zu stellen», sagte der Mann, der für die anderen zu sprechen schien, und die nickten mit ernsten Gesichtern, so wie man es tut, wenn von einem Menschen die Rede ist, der in einem löchrigen Boot das Meer überqueren oder ohne Wasser den Weg durch die Sahara finden will.

«Asyl will er beantragen. Tatsächlich Asyl. Den Idioten, der ihm das geraten hat, sollte man selber aus der Schweiz abschieben.»

Schade, dachte Alwin Berger auf der Heimfahrt. Es wäre bestimmt eine gute Story geworden.

Folge 26 des Fortsetzungsromans in der nächsten Weltwoche

Im Internet

Alle Folgen für Abonnenten auf www.weltwoche.ch/doppelpass

Wir gegen den Rest der Welt

Die Lebensberaterin Lucia Eberle, 50, und der Disponent Jan Ivanovic, 29, heiraten im Mai. Den Altersunterschied sehen sie als Vorteil.

Jan: Nach der Heirat heisse ich Jan Eberle. Ich nehme den Namen meiner Frau auch an, um mich von meiner eigenen Familiengeschichte zu lösen. Ich wuchs bei meinem Vater auf. Er stammt aus Serbien. Er nahm mich meiner Mutter weg und entführte mich als Kleinkind vorübergehend in sein Land. Seit frühester Jugend machte er alles, damit ich seine Wertvorstellungen übernehme: möglichst jung eine gleichaltrige Frau heiraten und dem supertraditionellen Männerbild entsprechen, das er pflegt. Mit seinen Idealen konnte ich mich aber nie identifizieren.

Lucia: Die Frau muss den Mann mehr lieben, lautet eine Voraussetzung für die Ehe. So sind die Machtverhältnisse klar.

Jan: Mein Vater ist auch wegen seiner konservativen Ansichten seit Jahrzehnten allein, ich aber nicht. Nachdem ich mit Lucia zusammenkam, habe ich mich endgültig von ihm gelöst, und das schlechte Gewissen plagt mich deswegen nicht mehr.

Lucia: Dass sich Jan mit der Vergangenheit auseinandersetzt und die Veränderungen vorantreibt, die unsere Beziehung entlasteten, bestärkte mein Vertrauen in ihn enorm.

Jan: Mein Vater war hundertprozentig gegen unsere Verbindung. Als er realisierte, dass ich mich seinem Einfluss für immer entziehe, reagierte er extrem.

Lucia: Wir mussten die Polizei einschalten.

Jan: Eine so viel ältere Partnerin ist in seinem Kulturkreis schlicht eine Unmöglichkeit. Was er nicht weiss: Dank Lucia fand ich meinen Weg. Sie gibt mir Halt. Wegen ihr bin ich reifer und ausgeglichener als Gleichaltrige. Mit ihrer Lebenserfahrung und ihrer Persönlichkeit kann ein junges Mädchen nicht mithalten: Sie ist mein grosses Glück.

Lucia: Auch in meinem Umfeld gab es zahlreiche negative Reaktionen, als ich vor zwei Jahren bekanntmachte, dass ich mich sehr ernsthaft in einen 27-Jährigen verliebt habe. Es gehe bloss um Geld oder Sex, lauteten die harmloseren Kommentare. Es wurden mir auch handfeste Vorwürfe gemacht: «Du stiehlt einem jungen Menschen das Leben, und Kinder wird er mit dir auch nie haben können.» Erstaunlicherweise waren es vor allem Frauen, die undifferenziert reagierten.



Vier Jahre bis zum ersten Kuss: Brautpaar Ivanovic und Eberle.

Jan: Aus Eifersucht, wie ich meine.

Lucia: Wir heiraten auch, um die Ernsthaftigkeit unserer Liebe zu zeigen. Es ist nicht so, wie viele denken. Und ja: Die Hochzeitsgesellschaft ist ziemlich klein.

Jan: Wir leben im 21. Jahrhundert, aber auch in einem aufgeschlossenen Land wie der Schweiz haftet unserer Konstellation etwas Anrüchiges an. Umgekehrt wäre es anders.

Lucia: Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Bevor ich Jan kennenlernte, war ich 25 Jahre lang mit einem sehr viel älteren Partner liiert. Er war eine faszinierende, einflussreiche und sehr vermögende Persönlichkeit. Ich brachte die Jugend und die Schönheit mit. In all den Jahren gab es vielleicht einen einzigen bösen Kommentar, obwohl es sich zusätzlich um eine inoffizielle Beziehung handelte. Als mein Partner vor zehn Jahren starb, war ich mit gleichaltrigen Männern konfrontiert. Die waren mir, ehrlich gesagt, zu langweilig, zu festgefahren. Sie hatten bereits körperliche Gebrechen und waren immer müde. Dann

machte ich ein Inserat, um einen Hundesitter für meine Julie zu finden. So lernten wir uns kennen. Bevor wir uns zum ersten Mal küsstem, zogen vier Jahre ins Land, in denen wir beste Freunde wurden.

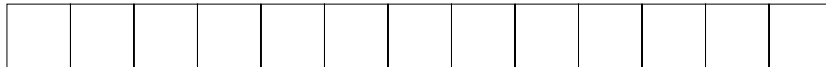
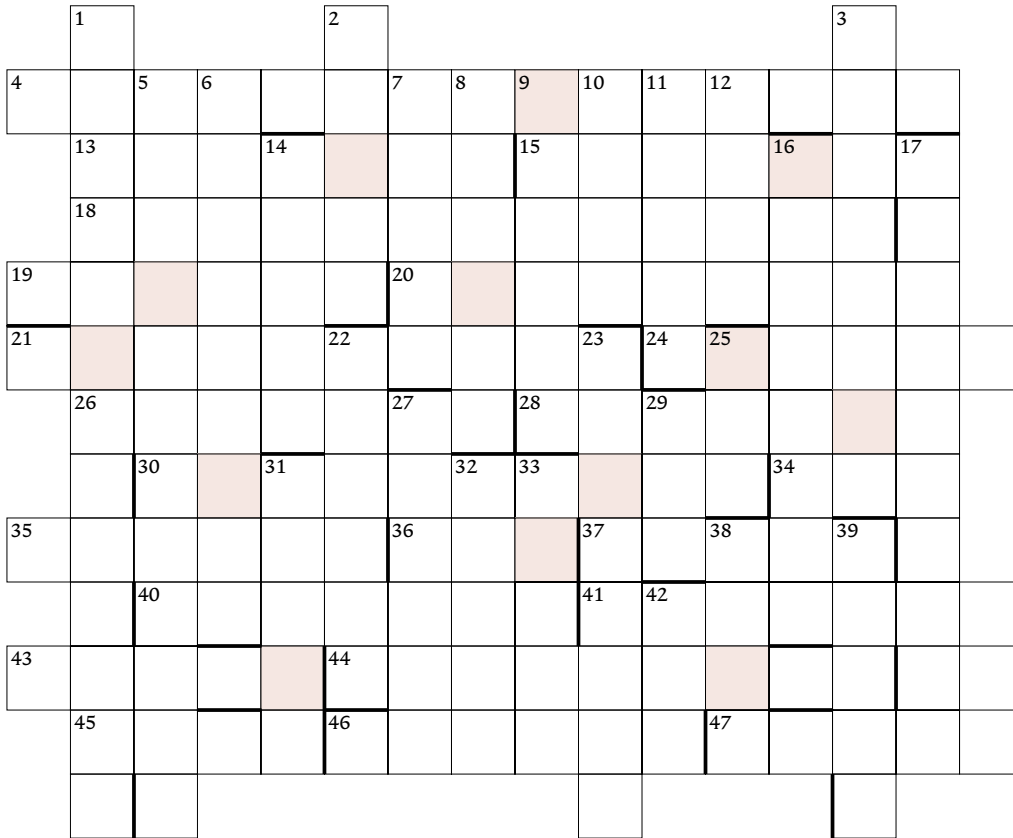
Jan: Ich liebte sie schon seit langem. Nach dem ersten Kuss erschrak ich zuerst ein wenig. Dann realisierte ich, dass Lucia die Chance meines Lebens ist.

Lucia: Ein junger Mann ist lustiger, toleranter und wagemutiger als ein mittelalterlicher. Wenn ich um Mitternacht in die Disco will, kommt Jan, ohne zu murren, mit. Natürlich leben wir nicht nur für den Moment. Wenn ich siebzig bin, ist er in den besten Jahren. Vielleicht sucht er sich dann eine Jüngere.

Jan: Oder du suchst dir einen Jüngeren, weil ich mit deinem Tempo nicht mehr mithalten kann.

Aufgezeichnet von **Franziska K. Müller**.

Hochzeitslimousinen: www.stretch.ch



Lösungswort — Ihm sitzt der Schalk im Schabernacken

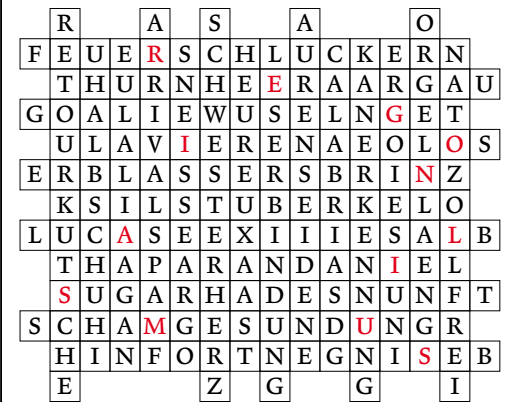
Die eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — (v. h. = von hinten) 4 Ein Terroristchen in der Diözese? 13 Zehenschleife für Sprunghafte. 15 An Gasgemischen ist in Spanien Luftsonne beteiligt. 18 Ist am Ende beim Hirnen der grösste Abschnitt. 19 Die nackte Kanonen hat einen Vornamen. 20 Die gelbe Gefahr zwischen A und E. 21 Rettet dem das Leben, der etwas in den falschen Hals bekommt. 24 Dora dealt gern in Grosswardein. 26 Die Stille verbindet Charles und Charles. 28 Der Mann an der Front im Westen von Zürich. 30 Urepischer Zweidrittelgott. 34 Damit versteht Tom mehr vom Körperbau auf einer südwestpazifischen Insel. 35 Der Vorbehalt des Hörensagens. 36 Ein Wortendkumpel von Ung und Heit in Serbien. 37 Was man sich herausnimmt, wenn ein Link das Gegenteil behauptet. 40 Eine von Vulcanos kleinen Schwestern (v. h.). 41 Was man bekommt, wenn ein Plagiator gefälschte Kopien repliziert. 43 Hatte er Angst vor Virginias Wolf? 44 Dem Dichter können sie beim Kuren dem fehlenden Reim Abhilfe schaffen. 45 Das Internet wurde dort beschleunigt. 46 Fabriken sind in Frankreich brauchbar. 47 Familie mit Bobby, J.R. & Co.

Senkrecht — (v. h. = von hinten) 1 Susis Freund ist ein Walliser Wüstling. 2 Der Filmlöwe hat öfters gut gebrüllt und ist bei 3 dem Strom nicht ganz Schnuppe. 5 Da buddeln Schweizer seit 1000 Jahren vergeblich nach Kartoffeln. 6 Frauen mögen deswegen von gewissen Früchten nicht die Schale. 7 Schwierige Zeit für schlaflose Spanier. 8 Die Sanktgaller Nagelfluh ist hier gleich mehrfach Spitze. 9 Das lateinische Volk ist bei uns bäumig. 10 Körperreset in Kurzform. 11 Des Generators dichter Ursprung. 12 Das 'Wollenicht' beim Berührungsverbot. 14 Poetischer Dativkörper. 16 Altgriechensensenmann (v. h.). 17 Buchstäbliche Vielfrasse. 22 Yngvis Ruhm kam auf den Regisseur. 23 Ibn al-Ahmar war einer davon. 25 Tierischer Teil von 10 Senkrecht. 27 Es verteilt Palmen fürs Palmarès. 29 Was man vor dem Euro im Schilde führte (v. h.). 31 Alte Trompeten sprechen Lori. 32 Die Zauberstadt zwischen Beach und CSI. 33 Sie zittern sich zurück in die Superliga. 38 Bildet mit Mèche ein liches Franzosenpaar. 39 Wo Indy Jones nach der Lade grub. 42 Dänen haben den Nager mit uns gemein.

© Daniel Krieg - Rätsel Agentur

Lösung zum Denkanstoss Nr. 116



Waagrecht — 6 FEUERSCHLUCKER 13 THURNHEER (Beni, CH-Moderator) 16 AARGAU («Rüebliand») 18 GOALIE (Goa-lie; lie = engl. Lüge) 19 WUSELN 20 GET («I can't get no satisfaction») 21 LAVIEREN 22 AEOLUS (griech. Windgott) 23 ERBLASSER (vor Neid erblassen) 24 SBRINZ (gehobelt oder gerieben) 27 SILS (Nietzsche war oft Gast in ...-Maria) 28 TUBERKEL (...bazillus, entdeckt von R. Koch) 30 LUCA (beliebter Knabennamen) 31 SEE 32 XIII (Louis XIII., Vorgänger von Louis XIV.) 33 ESALB (Blase; «Von Tuten und Blasen keine Ahnung haben») 34 HAPARANDA (schwed. Stadt) 38 NIEL (statt «Nil») 40 SUGAR (= engl. Zucker; Boxer ... Ray Robinson † 1989) 41 HADES (griech. Schattenreich und Unterwelt) 43 NUNFT (Ver...) 44 SCHAM 45 GESUNDUNG 46 HINFORT (altes Wort für «künftig») 47 NEGNEB (besingen)

Senkrecht — 1 RETOURKUTSCHE 2 ARRIVAL (4. Album von Abba mit «Dancing Queen») 3 SCHWESTERHERZ 4 AUREN (Heiligenscheine) 5 ORGELN (Pfeifen) 7 EULALIA (die heilige ... wurde verbrannt) 8 HEUREUX (= frz. glücklich; bonheur = frz. Glück (statt «bonne heure»)) 9 LESERBINDUNG 10 CALABRIA (Kalabreser-Hut) 11 ERGO («cogito ... sum») 12 NATO (= ital. geboren) 14 HALBSCHUH 15 NEISSE (Oder-Neisse) 17 ANERKENNUNG 24 SEIDEN («Der rote ...schal») 25 IES («Yes, we can!») 26 ZOLLFREI (Zoll = Inch) 29 LAENG 31 SPAM (berühmter ...-Sketch) 35 AGAN (Nebenfluss des Ob) 36 ARGO (Schiff der ...nauten konnte sprechen) 37 AAS (Frass für Geier) 39 IUNI (Rhizotrogus marginipes = Juni-käfer) 42 SDG (Abk. f. Sendung; Autokz. Sudan)

Lösungswort — REGIONALISMUS

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Polymere Werkstoffe,
Feinchemikalien/Engineering

A portrait of Alexander Pushkin, a Russian poet and playwright, is the central focus of the advertisement. He is depicted from the chest up, wearing a dark coat and a white cravat. The background is a dark, textured surface with faint, overlapping cursive handwriting in a light color. In the top right corner, the Breguet logo is displayed, consisting of a stylized watch movement icon above the brand name 'Breguet' in a cursive font, with 'Depuis 1775' written below it.

Breguet
Depuis 1775

**“Ein Dandy spaziert auf den
Boulevards (...), so lange er will,
bis ihm seine wachsame Breguet
die Mittagszeit zu Ohren bringt.”**

Alexander Pushkin, “Eugen Onegin”, 1829



Classique Drehendes Doppel-Tourbillon - Breguet, der Erfinder des Tourbillons

www.breguet.com

Montres Breguet SA, 1344 L'Abbaye (Vallée de Joux), Tel. 021 841 90 90
PARIS - CANNES - GENÈVE - WIEN - LONDON - NEW YORK - LOS ANGELES - DUBAI - MOSKAU - SINGAPUR - TOKYO - SEOUL